

17. Januar 1927

CARL SEVERING - DER WEG AUS DER KRISE

ES ist nichts Neues mehr, daß wir Deutsche uns um die Jahreswende herum um eine neue Regierung zu sorgen haben. Ja, es gewinnt fast den Anschein, als ob alle hohen Feste im Zeichen von Regierungsneubildungen stehen sollen. Das mag den Blättern für Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung ein willkommener Vorwurf sein, um der Öffentlichkeit ein Bild der deutschen Einigkeit, wie sie ist, zu zeigen. Im Ernst wird jedoch niemand behaupten wollen, daß dieser Zustand den Interessen des deutschen Volkes zuträglich sei. Nur langsam erholt sich die deutsche Wirtschaft von den Kriegsfolgen und den Nachteilen, die ihr durch die Umgruppierung in der Weltwirtschaft entstanden sind. Nur allmählich faßt in der Welt das Vertrauen zur Leistungsfähigkeit und zum Leistungswillen des deutschen Volkes feste Wurzeln. Und alle diese heute noch so winzigen Fortschritte im Gesundungsprozeß unseres Volkes werden wieder aufgehalten, zum mindesten sehr erschwert, wenn die eine Regierungskrise die andere jagt, wenn ein paar Monaten Amtstätigkeit einer neuen Ministerbank mit pupillarischer Sicherheit der Sturz folgt, und wenn bei jedem Regierungswechsel wochenlang nicht nur von allerhand Möglichkeiten der Regierungsneubildung sondern auch von den angeblichen Notwendigkeiten eines neuen Kurses, besonders in der Außenpolitik, geredet, geschrieben, telegraphiert und gekannegießert wird. Man spricht von diesen Krisen beruhigend als von Erscheinungen, die bei den in unserm Volk immer noch vorhandenen Resten von Kriegspsychose ebenso unvermeidlich seien wie die Ausbrüche bei einem Fieberkranken. Mit diesem billigen Trost wird man sich kaum abfinden lassen können. Für jeden Einsichtigen sind die häufigen Krisen jedenfalls keine unvermeidbaren Zuckungen eines kranken Volkskörpers sondern weit eher, um bei dem klinischen Bild zu bleiben, Rückfälle, hervorgerufen durch die Kurzsichtigkeit und Disziplinlosigkeit des Patienten.

Es soll hier nicht untersucht werden, wen in erster Linie die Schuld an diesen Zuständen trifft: die Regierungen oder die Parteien. Aber schon daß diese Frage praktisch aufgeworfen werden kann, beweist, daß zwischen Regierung und Parlament kein Einklang besteht, und daß die Häufung der Krisen schließlich auf diesen einen, aber sehr bedeutenden Mangel zurückzuführen ist. Man braucht zum Beleg für diese Behauptung nur die Geschichte der

letzten Krisen heranzuziehen, die für jeden halbwegs aufmerksamen Beobachter dartut, daß man mit einer Minderheitsregierung wohl eine Weile, mehr schlecht als recht, verwalten, aber bestimmt nicht eine Politik machen kann, die von der Mehrheit des Parlaments nicht geteilt wird. Der Schluß liegt nahe: Wer die häufigen Krisen vermeiden und dem Reich eine stabile Regierung geben will, der darf nicht der Fortdauer des Zustands der Minderheitsregierungen das Wort reden. Eine Minderheitsregierung mag in manchen Situationen, in denen rasch gehandelt werden muß, also in einem Übergangsstadium, als Notbehelf gelten. Auf die Dauer aber sind Minderheitsregierungen gleichbedeutend mit Minderwertigkeitsregierungen, selbst wenn ihre einzelnen Mitglieder zu den fähigsten und erfahrensten Köpfen zählen. Was uns nottut, ist eine zielsichere und vor allem stetige Politik nach innen und außen. Namentlich in der Außenpolitik wäre im Augenblick selbst die leise Steigung aus der Thoiryrichtung von geradezu katastrophalen Folgen für unser Volk. Eine Minderheitsregierung kann diesen Kurs zwar auch innehalten, wie die Kabinette Marx-Stresemann und Luther-Stresemann gezeigt haben, aber eine Gewähr für die Stetigkeit des Kurses bietet sie, die bei ihren Gesetzesvorlagen auf wechselnde Mehrheiten angewiesen ist, eben nicht.

Nun weisen die Befürworter der Minderheitsregierung auf die Parteienzersplitterung des deutschen Volkes und auf die Parteienkonstellation im Reichstag hin, um die Schwierigkeiten einer Mehrheitsbildung darzutun. Gewiß, diese Schwierigkeiten sind vorhanden. Hätten bei den Wahlen die Deutschnationalen oder die Sozialdemokraten die Mehrheit der Reichstagssitze erreicht, dann wäre das Problem der Regierungsbildung und der Stetigkeit in der Politik kein Problem mehr. Heute, da fast ein Dutzend Parteien im Parlament vertreten ist, und selbst die kleinsten Parteien für das Schicksal von Regierungen politische Bedeutung erlangen können, ist die Herstellung einer tragfähigen und tragwilligen Regierungsmehrheit in der Tat nicht ganz leicht. Sie erfordert von den einzelnen Parteien recht oft die Zurückstellung liebgeordneter und populärer Programmforderungen, manchmal sogar eine Revision an sich durchaus billiger Postulate der Tagespolitik. Aber deswegen brauchen sich die Parteien der Mitarbeit und Mitverantwortung an den Regierungsgeschäften nicht zu entziehen. Zurückstellung oder Modifizierung von Forderungen ist noch kein Verzicht, und sodann hat noch kein Mensch etwas davon erfahren, daß die Erfüllung von Forderungen an die Gesetzgebung den Parteien leichter gewesen wäre, die außerhalb der Regierungsverantwortung stehen. Man sollte deswegen die Schwierigkeiten einer Mehrheitsbildung nicht von vornherein als unüberwindlich betrachten. Die Verewigung des Krisenzustands durch Berufung einer Minderheitsregierung schafft jedenfalls größere Schwierigkeiten, die für Politik und Wirtschaft kaum noch lange zu ertragen sind.

Die Parlamentsmehrheit für eine tragfähige Regierung der Stetigkeit in der Innen- und Außenpolitik kann, wie die Dinge zurzeit liegen, nur die Große Koalition, von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei, sein. Die weltpolitische Situation wie die Zustände im Innern Deutschlands selbst lassen eine andere Kombination heute schlechterdings nicht zu. Eine deutsche Rechtsregierung (man brauchte gar nicht erst ihre Taten abzuwarten, ihre Einsetzung genügte schon) würde all den Gruppen des Auslands Wasser auf die Mühlen leiten, die Locarno und Thoiry nicht zur Auswirkung kommen lassen möchten. Die bisherigen Erfolge der deutschen Außenpolitik

wären in Frage gestellt, und die (ohnehin nur geringe) Belebung der deutschen Wirtschaft wiche neuen Depressionen. Gegen eine reine Rechtsregierung oder eine der Rechten zustrebende sogenannte Regierung der Mitte sprechen alle außenpolitischen Erwägungen. In der Deutschnationalen Volkspartei mehren sich zwar die Stimmen, die die Locarnopolitik als die für Deutschland einzig mögliche Außenpolitik bezeichnen, und die gelegentlich weit von dem demagogischen Treiben derjenigen Redner und Blätter abrücken, die die "Wahrung der völkischen und nationalen Belange" in der Diskreditierung der deutschen Außenpolitik und der Denunzierung ihrer Träger erblicken. Aber die Vertreter der Deutschnationalen haben doch in den letzten Wochen die Locarnopolitik derart in Grund und Boden gewettert, daß ihre Beteiligung an der neuen Regierung in der Weltöffentlichkeit nicht anders denn als eine Schwenkung des deutschen Außenkurses gedeutet werden könnte. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Deutschnationale Volkspartei in ihren eigenen Reihen Wandel schüfe und die gesamtdeutschen Notwendigkeiten, namentlich in der Außenpolitik, die ihre einsichtigsten Mitglieder schließlich gut erkennen, auch öffentlich, unter Abweisung jeder Demagogie, unumwunden anerkennen wollte.

Gegen die Bildung der Großen Koalition haben bisher die beiden Flügelparteien, Sozialdemokraten und Volksparteiler, lebhafte Bedenken erhoben. Nicht immer gleichzeitig und nicht immer gleichartig begründet. Gleichwohl weiß jedes Kind, daß es in der Hauptsache die gegensätzliche Haltung der beiden Parteien zu den Steuer- und Wirtschaftsfragen ist, die als das Hindernis einer Verständigung angesehen wird. Aber in den Steuerkämpfen der letzten Jahre gab es oft auch erhebliche Gegensätze zwischen dem Zentrum und den Sozialdemokraten, und in den Volksvertretungen der Einzelländer, auch solcher, in denen die Parteien der Weimarer Koalition die Regierung bilden, treten nicht selten wirtschaftliche Gegensätze zwischen dem Zentrum und den Sozialdemokraten hervor. Da hat nun die Zusammenarbeit zwischen den Weimarer Parteien dazu geführt Gegensätze mindestens nicht zu übertreiben. Ist das schon als ein Gewinn zu buchen, denn die Übertreibung der politischen Gegensätze ist eine der größten deutschen Unarten und die letzte Ursache der Parteienzersplitterung, so kommt noch hinzu, daß die Parteien sich wechselseitig auf Arbeitsgebiete geführt haben, die ihnen vorher, wenn auch nicht gerade unbekannt, so doch weniger geläufig waren. Es ist nicht von ungefähr, daß das Zentrum heute viel geschlossener und entschlossener zur Republik steht als zu Beginn des Jahres 1919, und die Sozialdemokratie zum Beispiel hat in der Behandlung wirtschaftlicher Fragen gezeigt, daß sie die grundlegende Bedeutung der Produktion erkennt, und daß sie auch bereit ist zu ihrer Förderung beizutragen.

Dagegen läßt sich freilich einwenden, daß die Deutsche Volkspartei keine republikanische Partei sei, und daß sie die besonderen Interessen der Schwerindustrie in einer Art verfechte, die eine Verständigung speziell in Fragen der Arbeitszeit, des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung und des Arbeiterrechts nahezu unmöglich mache. Alle diese Fragen sind aktuell und drängen zur Entscheidung. Aber nun fragt es sich: Wird diese Entscheidung günstiger im Sinn der Arbeiterschaft ausfallen, wenn der befürchtete Einfluß jener Interessen sich ungeschmälert und unangefochten im Kabinett auswirken kann, oder ist nicht vielmehr eine Festigung des Arbeiterstandpunkts zu erwarten, wenn Sozialdemokraten sich schon an der Durchberatung der Vor-

lagen im Kabinett beteiligen? Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit bleibt bestehen, gewiß, der Kampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird durch eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Großen Koalition nicht aufgehoben. Immerhin läßt sich dieses erreichen: Die Form des Kampfs kann leichter ihres gehässigen und vergiftenden Charakters entkleidet, Kämpfe auf Kosten der Substanz, der deutschen Wirtschaft, können vermieden werden, wenn Vertreter der gegensätzlichen Interessengruppen beizeiten die Möglichkeiten einer Verständigung erörtern. Die Gedankengänge Paul Silberbergs in seiner bekannten Dresdener Rede lassen erkennen, daß auch in den Kreisen der Schwerindustrie diese Auffassung lebendiger wird, und darum ist es nicht gerechtfertigt von vornherein eine Zusammenarbeit zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie als unmöglich zu bezeichnen. Schließlich wird niemand behaupten wollen, daß ein Abdrängen der Deutschen Volkspartei an die Seite der extremen Rechten der Republik förderlicher sei als eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei.

Im übrigen will mir scheinen, als ob die Vorgänge in den letzten Monaten des verflossenen Jahres die durchschlagende Begründung für die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Regierung der Großen Koalition geliefert hätten. Die Gesetzesvorlage zur polizeilichen Bekämpfung von Schund und Schmutz wäre wahrscheinlich nicht einmal bis zum Reichskabinett gelangt, wenn sozialdemokratische Minister rechtzeitig ihren Einspruch beim Kollegen vom Innenministerium eingelegt hätten. Sicher aber wäre es dieser Vorlage wegen zu keiner Ministerkrise gekommen, wenn die Sozialdemokraten des Kabinetts in den Beratungen ihr Unannehmbar ausgesprochen und begründet hätten. Denn darüber werden selbst die Väter des Gesetzes nicht im unklaren sein, daß es im Effekt nicht einmal weiße Salbe ist, die, vollkommen indifferent, zwar nichts nützt, aber auch nicht schadet. Das Gesetz nützt nichts, kann aber manchen Schaden anrichten, und um dieses zweifelhaften Vorzugs wegen hätte sich im Kabinett wohl kaum jemand strapaziert, wenn die Vorlage schon in den ersten Beratungsstadien in der Versenkung verschwunden wäre. Noch deutlicher mahnen die verschiedenen Ausstellungen an Reichswehr und Marine es nicht an der Kritik von außen bewenden zu lassen sondern in der Regierung den Anfängen nicht vertretbarer Maximen zu wehren. Alle die Erscheinungen, die unter der Bezeichnung Schwarze Reichswehr bekannt geworden sind, hätten sicherlich nicht den großen Umfang annehmen können, wenn die Bemühungen der Innenminister Badens, Hessens, Preußens und Sachsens auf ihre Beseitigung im Reichskabinett von Sozialdemokraten hätten unterstützt werden können. Selbstverständlich nur von Ministern, die nicht heute kommen, um morgen zurückgezogen zu werden, sondern die ihr Ressort, wie die Reichsgeschäfte überhaupt, kennen und beherrschen lernen.

Es mag sein, daß die Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an der Großen Koalition die Agitation der Kommunistischen Partei wieder beleben würde. Aber dieser parteipolitische Gesichtspunkt darf jetzt ebensowenig eine Rolle spielen wie in den Augenblicken höchster Not, in denen die Sozialdemokratie bis an die Grenzen der Selbstverleugnung das Volk über die Partei gestellt hat. Es mag tapfer, ja heroisch sein in den Augenblicken der Gefahr uneigennützig Rettungsdienste zu leisten. Richtiger ist es jedenfalls in harter Arbeit und ständigem Wachtdienst den Gefahren vorzubeugen, die, sind sie einmal über unser Volk hereingebrochen, die Arbeiter immer härter

treffen werden als jede andere Klasse. Auf den Ruhm in kritischen Lagen der Prügelknabe für alle unliebsamen Erscheinungen zu sein kann die Sozialdemokratie verzichten, wenn sie frühzeitig in der Regierung jenen unliebsamen Erscheinungen entgegenzuwirken vermag.

Das neue Jahr zeigt kein allzu friedfertiges Gesicht. Man braucht keine unmittelbaren Folgen von den Wirren in Amerika und Asien auf unsere Wirtschaft zu besorgen und kann doch der Meinung sein, daß gerade jetzt die Bildung einer stabilen Regierung mit einer stabilen Mehrheit zu einem dringenden Postulat geworden ist. Die Einsicht in die Erfordernisse einer wahren deutschen Außenpolitik, die auf die Einigung unseres Kontinents zu gemeinsamem wirtschaftlichen und politischen Schaffen abzielen muß, aber auch die Notwendigkeit von Reformen im Innern drängen zu einer Regierung, die nicht nur von Woche zu Woche die laufenden Geschäfte erledigt sondern auf längere Sicht ihre Arbeiten festlegen und durchführen kann. Wenn darum Vernunft und Verantwortungsbewußtsein die Beschlüsse der Fraktionen bestimmen, dann müssen sie auf den Weg zur Großen Koalition führen.

MAX SCHIPPEL · SOZIALDEMOKRATIE UND AGRARFRAGE NACH DER REVOLUTION

DIE gewaltigen agrarpolitischen Umwälzungen in fast allen östlichen und südlichen Ländern Europas haben die vorherrschenden sozialdemokratischen Parteauffassungen in Deutschland, seltsamer- und doch wiederum erklärlicher Weise, nur wenig beeinflusst, jedenfalls noch nicht umgestoßen. In der englischen Labour Party spielte nicht erst seit Lloyd Georges liberal-radikalem Husarenritt gegen den Landlordismus und für die Nationalisierung des Bodeneigentums¹ das Agrarprogramm eine hervorragende Rolle, obwohl die abweichende Struktur der englischen Landwirtschaftsproduktion vielfach in eine ganz andere geistige und politische Richtung drängt als im Durchschnitt auf dem Kontinent. Die vorurteilsloseste, überlieferungsunabhängigste Frontwendung haben jedoch wieder einmal unsere österreichischen Genossen in ihrem Wiener Agrarprogramm vom November 1925 vollzogen, und was sie vollends zur Begründung und Anhängerwerbung in Presse und Literatur vorbringen², gehört zu dem Überraschendsten, aber zugleich zu dem Mutigsten und Besten, das in jüngster Zeit zur Fortbildung oder, wenn man will, zur reformistischen Umbildung des Marxismus irgendwo geleistet worden ist. Selbst der lebende Eduard David und der fortlebende Arthur Schulz könnten ihre helle Freude an diesem anscheinend unaufhaltsamen Umschwung haben.

Ihre einseitigere industrielle und städtische Anschauungsweise und der schroffe, zelotisch abwehrende Ideenkonservatismus unserer vermeintlich Radikalen hat die deutsche Partei bisher sogar daran gehindert sich des in Wirklichkeit einschneidendsten Ergebnisses aller kontinentalen Revolutionen der Nachkriegszeit überhaupt bewußt zu werden. Mancherlei mehr oder weniger geistvolle Bemerkungen über die Neuaufrichtung und den Siegeszug des Kapitalismus, des Finanzkapitalismus, des Imperialismus in allen Ehren.

1) Siehe Schippel Das neue Agrarprogramm der englischen Liberalen, in den Sozialistischen Monatsheften 1925 Seite 682 und folgende.

2) Siehe Bauer Sozialdemokratische Agrarpolitik; Erläuterung des Agrarprogramms der Deutschösterreichischen Sozialdemokratie /Wien 1926/; die längeren Zitate Seite 176, 41, 123 und folgende.

Doch schließlich lenken wir hier wieder, obwohl vielfach in beschleunigter Gangart, in die altgewohnten und altbekannten Bahnen der Vorkriegszeit ein und lernen nur von neuem, daß plötzliche Unterbrechungen und Zwischen spiele, und seien sie noch so sensationell erregend, an der Gesamtstruktur eines großen Wirtschaftsorganismus herzlich wenig zu ändern vermögen. Aber die tiefste soziale Verschiebung hat sich, und zwar mit der Anwartschaft auf unerwartete Dauer und Unerschütterlichkeit, vor allem da durchgesetzt, wo unser landläufiger Parteiradikalismus nach wie vor nichts von Belang sehen will. Nämlich in der Bauernschaft, die am Ende der Revolutionsepisode in vollkommen veränderter sozialer Machtstellung ihr Haupt erheben kann: zahlreicher an Klassenangehörigen, ausgestattet mit einer ungeahnten Eigentumserweiterung, vom Großgrundbesitz als ihrem Widersacher durch revolutionärste Enteignungsgesetzgebung weitgehend befreit.

In Deutschland freilich hat das alte agrarsoziale Gesellschaftsgefüge im großen und ganzen standgehalten. Aber wir rühmen uns unseres internationalen Blicks und Interesses, und Rußland allein mit seiner Vernichtung des privaten, monarchischen und kirchlichen Großgrundbesitzes ist an agrarwirtschaftlicher Bedeutung ein Vielfaches von Deutschland. Und noch viel mehr als dereinst die regierende Minderheit des Absolutismus beugt sich heute die angeblich sozialistische Minderheitsregierung vor den Bauerninteressen, die im Grunde der ganzen russischen Sozialentwicklung ihren unabänderlichen Verlauf vorschreiben. Diese mit neuem Eigentum und neuem Leben ausgerüsteten Bauernmassen legen ihren Mehrheitswillen den scheinbar Herrschenden, die aus den großstädtischen Tiefen auftauchten, nach wie vor auf: ohne formale Demokratie und ohne parlamentarische Koalitionsbildung, bei denen ja nur bewußt und offen Kräfteverhältnisse zum Ausdruck und zur Anerkennung gelangen, wie sie sich sonst mehr unbewußt oder doch unter wohlweislichem Stillschweigen der Nächstbeteiligten politische Geltung in Gesetzgebung und Verwaltung erzwingen.

Rußland am nächsten steht wohl die Tschechoslowakei. Von über 28 % der Bodenfläche, die dem politisch und national verhaßten Großgrundbesitz bis zur Kriegsperiode noch gehörten, ist so gut wie alles, gegen außerordentlich niedrige Entschädigung, den Mittel- und Kleinbauern oder, wenn es sich um Wälder handelt, dem Staat zugefallen. In Polen kam die Landaufteilung von 1920 zwar 1923 unter dem Gegendruck der bedrohten Interessen vorübergehend zum Stocken. Bis zur Republik hielten 17 665 Großgrundbesitzer 13,2 Millionen Hektar Landes oder 35 % der Gesamtfläche Polens in Händen. Das Agrargesetz von 1920 verkündete die Enteignung aller ein Höchstmaß (durchschnittlich 180 Hektar) überschreitenden Landanhäufungen; die Entschädigung sollte nicht über die Hälfte des wirklichen Bodenwerts hinausgehen, und davon behielt der Staat nochmals 30 %. Diese 1923 unterbrochene Bewegung setzt sich jetzt unter Pilsudski von neuem fort, und zweifellos wird sie die soziale Schichtung dieser ehemals österreichischen, russischen und deutschen Agrargebiete tiefgreifend umwälzen. In Rumänien vollzog sich, mit Walter Schiff zu reden, der alle diese Tatsachen gut zusammengestellt hat³, eine »grundstürzende Agrarreform in überraschend kurzer Zeit, ...

3) Siehe Schiff Die Agrargesetzgebung der europäischen Staaten vor und nach dem Kriege, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik LIV 1925 Seite 87, 469 und folgende, jetzt kurz zusammengefaßt in der als 5. Heft der österreichischen Agrarsozialistischen Bücherei veröffentlichten Schrift Die großen Agrarreformen seit dem Kriege /Wien 1926/; hieraus die längeren Zitate Seite 26, 24, 33 und folgende.

kaum je sind die agrarischen Verhältnisse eines Landes so rasch auf ganz neue Grundlagen gestellt worden:

»Für enteignet wurden erklärt: der anbaufähige Boden des Staates und sonstiger juristischer Personen, der Besitz aller Ausländer, der Abwesenden, ferner der gesamte Großgrundbesitz soweit er eine bestimmte Grenze übersteigt; die Grenze wurde in den neuen Landesteilen niedriger festgesetzt als in Altrumänien. Andererseits wurden auch die Entschädigungen dort niedriger bemessen als hier. Auf Grund dieser Gesetze wurden fast 6,4 Millionen Hektar enteignet. Speziell in Altrumänien sank dadurch die Fläche des Großgrundbesitzes von 3,8 auf 1 Million Hektar oder von 49 % der Fläche auf 13 %, während der bäuerliche Besitz von 4 auf 6 Millionen Hektar stieg, das heißt von 51 auf 87 % der Fläche. Im Jahre 1923 waren hier 1,7 Millionen Hektar auf 462 000 Stellen verteilt . . . Seither ist die Durchführung der Agrarreform weiter fortgeschritten und wohl schon zum größten Teile beendet.«

In dem dünnbesiedelten Finnland wurden nicht nur die Pächter zu Eigentümern erhoben, sondern bis 1924 über 64 000 neue Bauernstellen teils auf Staatsgütern, teils durch Zerlegung von Privatgroßbesitzungen gegründet. In Estland räumte man mit dem Großbesitz, der fast ausschließlich den Balten gehörte und nicht weniger als 58 % des Areals umfaßte, gründlich zugunsten der Pächter und Bauern und, was die Waldungen anlangt, zugunsten des Staates auf. In Lettland ist nach Schiff die agrarsoziale Eigentums- und Betriebsumschichtung eher noch viel radikaler:

»1300 Rittergüter mit 3 Millionen Hektar, fast die Hälfte der Landfläche, waren im Besitz von Balten. Sie wurden 1920 ohne Entschädigung für enteignet erklärt; nur je 45 bis 100 Hektar blieben den bisherigen Eigentümern. Aus den enteigneten Gütern und dem Staatsbesitz sind bis Ende des Jahres 1922 43 000 neue Wirtschaften, durchaus wirkliche Bauerngüter, meist zwischen 15 und 22 Hektar, gebildet, und so die Zahl der Bauernstellen um 30 % vermehrt worden. Die Agrarreform hat also hier die landwirtschaftlichen Besitz- und Betriebsverhältnisse von Grund aus umgestaltet.«

Selbst für das gegenrevolutionäre Ungarn bedeutete das Scheitern des Karolyischen und kommunistischen Agrarradikalismus keineswegs eine vollkommene Aufhebung der Strömung für Vermehrung der bäuerlichen Wirtschaften und Verminderung der Latifundien. Schon bis 1924 waren immerhin 191 000 (stark zwergbetriebliche) Stellen mit 257 000 Hektar entstanden.

WAHREND unser landläufiger Parteiradikalismus wie hypnotisiert auf die industriesoziale Struktur, womöglich nur des eigenen Landes, allenfalls noch dieses und jenes Nachbargebietes hinstarrt und sich baß verwundert, daß hier, auf dem Feld der Industrie, die Stunde der Sozialisierung der leistungsfähigsten Großunternehmungen noch nicht schlagen wollte, hat sich demnach im stillen und fast unbeachtet eine Produktionsmittelexpropriation ganz und gar andern Schläges und von verblüffendem Umfang vollzogen. Zwar in der Tat eine Expropriation von Großbesitzern, von Expropriateuren, von wenigen »Usurpatoren durch die Volksmasse«. Aber nicht in der Richtung der Übertragung an frei assoziierte ehemalige Lohnarbeiter: der »Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau«, wie es im Kommunistischen Manifest hieß; der weitem »Konzentration der Produktionsmittel und Vergesellschaftung der Arbeit«, wie es unser genialer Meister im Kapital voraussehen glaubte. Vielmehr, wenn hier mit dem alten Schlagwortfonds auszukommen wäre, in der Richtung der Rückbildung zu individuellem Produktionsmittelbesitz und individuell-familienmäßiger Produktionsausübung.

Darin mag man eine Wendung mehr zum Guten oder mehr zum Schlimmen erblicken, je nach der sozialen Gesamtauffassung, die man im Lauf seines Lebens und seiner Studien errungen hat. Jedoch vor diesem wirklich Neuen,

vor diesem innersten Kern aller Gegenwartsrevolution in so vielen Ländern und vor den hieraus notwendig resultierenden parteipolitischen Umgestaltungen die Augen in freiwilliger Blindheit ganz zu verschließen, das sollte selbst in Leipzig nicht erlaubt sein. Denn unter den neuartigen Agrarverhältnissen laufen den verfeimten Reformisten von ehemals die Bundesgenossen aus dem ehemals unerschütterlichen radikalen Lager nur so zu.

Hören wir beispielsweise darüber Schiff in der österreichischen parteioffiziellen Agrarsozialistischen Bücherei:

»Die neueren Agrarreformen... stellen viel tiefere Eingriffe ins Wirtschaftsleben dar, denn sie schreiben vor oder ermöglichen doch die zwangsweise Aufteilung der Großgrundbesitzungen auch dort, wo diese vom Eigentümer selbst bewirtschaftet werden. Die Auflösung der bestehenden Großbetriebe und deren Ersetzung durch eine große Anzahl von kleinen Betrieben bedeutet aber eine grundlegende Veränderung der bestehenden, eingelebten Agrarverhältnisse und kann nicht ohne die stärksten Rückwirkungen auf die Volkswirtschaft bleiben... Allerdings waren die in Rede stehenden Agrarreformen, sowenig sie sich scheuten bestehende Eigentumsrechte zu beseitigen, doch auch keineswegs gegen die Einrichtung des Eigentums selbst gerichtet. Sie verallgemeinerten vielmehr den Bodenbesitz und trugen daher noch dazu bei die Idee des Grundeigentums im Volke noch fester zu verankern. Es ist daher durchaus falsch diesen Agrarreformen, wie es nicht selten geschieht, sozialistischen Charakter beizulegen. Es ist richtig, daß diese Reformen zumeist von den Sozialisten beantragt oder doch mit ihren Stimmen beschlossen worden sind; aber nicht deshalb, weil sie Ausfluß ihres Parteiprogramms waren... Am klarsten ist das in Rußland mit seiner zu 80 % bäuerlichen Bevölkerung zu erkennen... So besitzen die in Rede stehenden Agrarreformen durchaus einen bürgerlichen Charakter.«

Noch wertvoller sind die Eingeständnisse des österreichischen Agrarprogramms und Otto Bauers, der in seiner Erläuterung des Programms und noch mehr in seiner, bei aller populären Einkleidung inhaltlich ausgezeichneten wirtschaftsgeschichtlichen Schrift über den Kampf um Wald und Weide wiederum in glücklichster Weise marxistische theoretische Schulung mit Sinn und Augenmaß für ökonomische Tatsachen und politische Wirklichkeiten verbindet. Von dem hochmütigen Absprechen des typischen Großstadtaufgeklärten über die tatsächliche unwandelbare Zurückgebliebenheit und Irrationalität des bäuerlichen Betriebs ist bei Bauer kaum noch etwas zu spüren, obwohl nach ihm »der Großbetrieb in der Regel der Bahnbrecher des technischen Fortschrittes in der Landwirtschaft ist« und »technische Neuerungen zuerst im Großbetrieb erprobt werden und erst von ihm aus in die Bauernwirtschaften eindringen«⁴. Unter solchen Umständen und nach dem Gesamtergebnis der Entwicklung der letzten Jahrzehnte auf die ehemals als sicher verkündete Konzentration des landwirtschaftlichen Produktionsmittelbesitzes als Vorbereitung einer vollkommen sozialistischen Agrarpolitik zu vertrauen liegt Bauer erst recht fern:

»Die Annahme des ältern Sozialismus, daß im freien Wettbewerb um den Boden der Großbetrieb, weil er billiger produziert, obsiegen, daß er daher allmählich die Bauern zurückdrängen, auf Kosten der Bauernschaft seinen Boden ausdehnen werde, war also falsch. Nur dort, wo, wie in England, ganz besondere Umstände den Großbetrieb begünstigt haben, ist der Bauer wirklich vom Großbetrieb verdrängt worden. *Unser Agrarprogramm hat daher mit der Auffassung des ältern Sozialismus vollständig gebrochen* [bei Bauer gesperrt]. Wir wissen jetzt, daß der Bauer auch in der kapitalistischen Gesellschaft von dem landwirtschaftlichen Großbetrieb nicht verdrängt wird. In dem Augenblick, in dem der Sozialismus die Macht erobern

4) Siehe Bauer Zum Parteitag, im Kampf 1925 Seite 405. Noch viel anerkennender Hirsch Produktions-technische Betrachtung des Agrarprogrammentwurfes, ebenda Seite 422: »Ein solcher produktionstechnischer Aufschwung hätte, wenn es in der kapitalistischen Welt mit rechten Dingen zuginge, die Landwirtschaft zu ungeahnter Blüte führen müssen.«

wird, wird der größte Teil des Acker- und Wiesenbodens im freien Besitz von Bauern sein... Der siegende Sozialismus wird nur diejenigen Produktionsmittel enteignen und in das Eigentum des Gemeinwesens überführen können, die schon die kapitalistische Entwicklung in den Händen des Großkapitals und des Großgrundbesitzes konzentriert hat. Der Großteil des landwirtschaftlichen Bodens wird durch die kapitalistische Entwicklung nicht in den Händen des Großgrundbesitzes konzentriert; er kann daher auch nach der Machteroberung des Sozialismus nicht in das Eigentum des Gemeinwesens überführt werden. Da sich die bäuerliche Wirtschaft innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft behauptet, wird sie auch in die sozialistische Gesellschaft übergehen.«

Diese Bauernklasse gilt es jedoch nicht nur als zurzeit unvermeidliches Übel zu dulden sondern als den vorläufigen Hauptträger der landwirtschaftlichen Produktion positiv zu schützen und zu fördern. Der "Bauernschutz", bei dessen bloßer Erwähnung (in Deutschland zuerst konsequent durch Vollmar) der alte Parteiradikalismus jedesmal in Schrei- und vor allem Schimpfkrämpfe verfiel, wird nunmehr ausdrücklich einem nicht von gestern auf heute entworfenen und nicht nur auf heute und morgen berechneten Programm einverleibt. Die »Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit« steht an der Spitze dieses Programms. Der Sozialismus bekämpfe das Raubeigentum der Herrenklasse, aber »nicht das Arbeitseigentum der Bauern«, und »die Gemeinwesen« hätten den »Anteil der Bauern am Gesamtertrag der gesellschaftlichen Arbeit bewußt zu regulieren«. Kreditorganisationen, Stützung des Bildungs-, Meliorations-, Genossenschaftswesens neben Landzuweisungen und Steuerreformen sollen das Bauerneinkommen heben.



UN ist dieses Bauerneinkommen, obwohl die Agitation, auch die österreichische, hier gern mit den Worten Lohn und Arbeitslohn kokettiert, etwas ganz anderes als der durch die Konkurrenz des Arbeitsmarkts bestimmte, seinen eigenen ökonomischen Gesetzen folgende Arbeitslohn. Das Einkommen des Bauern bildet sich, soweit nicht in alter Weise die naturale Selbstversorgung noch mitspielt, aus dem Verkauf von Produkten, von (allerdings selbsterzeugten) Waren, von sachlichen Ergebnissen des Arbeitsprozesses. Das Verkäufer- und Produzenteninteresse fängt hier also an ganz anders als bei dem agitatorisch so viel verwendeten "reinen Konsumenten" mitzuwirken. Günstigere Einkommensgestaltung heißt hier also, im Unterschied von dem gewöhnlich, obwohl sehr kurzsichtig ausgespielten Lohnarbeiterinteresse, Preisstützung, Preiserhaltung, unter Umständen Preisemporzuehung gegenüber krisenartig gestürzten oder gesenkten "natürlichen" freien Konkurrenzpreisen.

Damit ständen wir schließlich vor dem zweiten großen Agrarproblem, das ich seit 1898, seitdem mir, anlässlich einer Fraktionsreichstagsrede gegen die Agrarzölle, die Augen über die wirklichen Zusammenhänge zwischen Agrarkrisis und Agrarschutz, das heißt Agrarpreisschutz, aufgegangen waren, unter einem Hagelschauer von jahrelangen Angriffen unverdrossen zum Verständnis in der Partei zu bringen suche. Über die nunmehr fast unbestritten herrschende Auffassungsweise in Österreich sind die Leser der Sozialistischen Monatshefte unterrichtet.⁵ Sie fand bereits in dem offiziellen österreichischen Agrarprogramm ihren Niederschlag in der Forderung des Kanitz-Jaurèsschen Getreideaußenhandelsmonopols, bei dem »der Übernahmepreis, unabhängig von dem Weltmarktpreis so festzusetzen ist, daß der Bestand des heimischen Getreidebaues gesichert wird«; wobei allerdings noch immer eine ge-

5) Siehe Schippel Zollpolitik und Arbeiter, ferner Arbeiterparteien und Handelspolitik, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 364, 680 und folgende.

wisse Ängstlichkeit aus dem an sich ganz selbstverständlichen und deshalb höchst überflüssigen Zusatz hervorleuchtet: jede »zu diesem Zwecke nicht erforderliche« Belastung der Verbraucher sei zu vermeiden. In Otto Bauers Begründungsschrift wird diese Produzentenschutzpolitik energisch unterstrichen und ausführlich begründet:

»So ist das Außenhandelsmonopol das Mittel der heimischen Landwirtschaft einen nationalen, von dem Weltmarkt, von dem Spiel der Weltbörse unabhängigen Preis für ihr Getreide zu sichern und diesen Preis möglichst stetig zu erhalten... In Zeiten der Agrarkrise, in Zeiten niedriger Weltmarktpreise des Getreides wird daher die Monopolanstalt den Übernahmepreis für heimisches Getreide über dem Weltmarktpreis festsetzen... Die Monopolanstalt gibt der heimischen Landwirtschaft eine Schutzprämie für ihr Getreide... Die Verbraucher werden... die Schutzprämie für die heimischen Landwirte bezahlen müssen... Solange wir kein Getreidehandelsmonopol haben, können wir den heimischen Getreidebau nicht anders schützen als durch das Mittel der Getreidezölle.«

Die gegebenenfalls notwendigen Opfer des Verbrauchers schildert und rechtfertigt Bauer allerdings im einzelnen nur, wenn er von dem Arbeitsschutz des Lohnarbeitsproduzenten, nicht von dem Preisschutz des bäuerlichen Unternehmerproduzenten spricht. Aber der Preisschutz ist, wie gesagt, beim "Arbeitsbauer" nur die Hülle, hinter der sich der Lebenshaltungs- und "Lohn"schutz bei dieser Klasse von "Arbeitern" verbirgt. Die folgenden Ausführungen Bauers treffen deshalb uneingeschränkt auch auf die handelspolitische "Schutzprämie" für den Getreide"arbeitsbauer" und schließlich für den ganzen Agrarschutz zu:

»Wenn wir erst das Außenhandelsmonopol für Getreide haben werden, so werden wir auch den Getreidepreis desto höher halten müssen, je besser die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter werden. Aber das ist keineswegs eine berechtigte Einwendung gegen die Forderungen der Landarbeiter... Die städtische Bevölkerung hat keinen Anspruch darauf, daß die Landarbeiter schutz- und rechtlos bleiben, daß sie in schlimmster Not und furchtbarstem Elend leben, nur damit die Preise der Agrarprodukte möglichst niedrig seien... Für die Verteuerung der Agrarprodukte werden die Industriearbeiter durch geringere Arbeitslosigkeit, durch günstigere Bedingungen im Lohnkampf, also durch höhere Löhne entschädigt werden.«⁶



ZWEIFELLOS ist bei dieser ganzen Agrarpolitik vieles kaum mehr als Übergangerscheinung und Gärungserzeugnis. Jedoch dauernd und unverlierbar wird sein, wie die Bedeutung des agrarischen Elements für unsere ganze Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung und damit für unsere ganze politische Entwicklung sich in das Bewußtsein auch der sozialistischen Parteien aller Länder einzubohren beginnt, nachdem die bürgerlichen Parteien meist ihre anfänglichen Träume von einer ausschließlich industriestaatlichen Entwicklung, auf Kosten und womöglich unter gänzlicher Preisgabe der Landwirtschaft, längst ausgeträumt haben.

Die Agrar- und Bauernfrage thronte jederzeit über den Machthabern in Rußland und schrieb sowohl der alten Monarchie wie der jungen Republik trotz aller äußerlich gewährten Absolutie und Diktatur innerlich, bei Strafe des Untergangs, ihre Bahnen vor. Die weniger agrarischen Länder im Westen und Süden Rußlands hatten die Hände zwar etwas freier, aber in den meisten von ihnen schlug der Umschwung des Kriegszusammenbruchs und selbst die sozialistisch geleitete Revolutions- und Reformpolitik vorwiegend um in eine

⁶ Siehe die übereinstimmenden Darlegungen in *Schippeel Grundzüge der Handelspolitik* /Berlin 1902/ Seite 226 und folgende. Noch weiter einschneidend ist die Übereinstimmung mit den Ausführungen über die Zoll- und Monopolmethode der Agrarpreiserhaltung in meinen *Abwehraufsätzen* von 1904, die unter dem Titel *Arbeiterklasse und Handelspolitik in der Volkstimme* /Chemnitz/ vom 3. Mai 1900 ab erschienen.

große Klassenverschiebung zugunsten des bäuerlichen Eigentums, der bäuerlichen Produktion, auf Kosten und unter Enteignung des privaten Grundeigentums und gewöhnlich sogar auf Kosten und unter Expropriation des Staatsbesitzes. Gegenüber dieser agrarischen Umwälzung ist ziemlich belanglos, was sich an Sozialisierung und Klassenverschiebung auf industriellem Gebiet als wahrscheinliches Dauerergebnis buchen läßt. So war der ökonomische letzte Kern der Revolution ein ganz anderer als er der "materialistischen Geschichtsphilosophie" unserer "Marxisten" an der Pleiße und in den sonstigen lichterlohen Brennpunkten des Vulgärmarxismus erscheint.

Wenn die österreichische Partei, früher als die reichsdeutsche, eine richtigere Einschätzung der agrarischen Produktions- und Bevölkerungsgrundlage gewann und für ihre Auffassung und Haltung fruchtbar zu machen suchte, mit solchem Erfolg, daß sie jetzt bereits für die Gesamtpartei programmatische Geltung hat, so spricht dies, Einzelheiten beiseite gelassen, eben für ihre größere theoretische Beweglichkeit und ihren höhern gesunden realpolitischen Sinn. Immerhin ist es für Deutschland gleichfalls ein Fortschritt, daß die sich berufen fühlenden Hüter der alten Kapitolsheiligtümer, anstatt angesichts der Erfahrungen mit Österreich nach alter Gewohnheit über Vertrat zu schreien und zu schnattern stillergeben ihre Köpfe unter den Flügeln stecken lassen, als ob sie die ganze Sache ganz und gar nichts angehe.

JULIUS KALISKI · KONSUMTIONSPOLITIK?

SO weit ist die deutsche Wirtschaft wieder gelangt, daß wir die Produktion wirksam durch die Konsumtion ersetzen können: Etwas scharf zugespitzt, sogar bewußt übertrieben ist die Formulierung dieses Satzes, dessen Tendenz aber eine pflegliche Statt in einem nur zu großen Teil der großstädtischen Presse Deutschlands findet. Mit dieser pseudowirtschaftlichen Auffassung glaubt man amerikanische Heilslehren zu befolgen, die man bei uns ziemlich kritiklos hinzunehmen gewohnt ist. So ist es zu einer fundierten Meinung geworden, daß man ungünstige Konjunkturen schnell und wirksam dadurch in günstige verwandeln kann, daß man in einem großen Umfang die Preise der Waren herabsetzt und gleichzeitig die Arbeiterlöhne beträchtlich steigert. Zweifellos sind derartige Methoden in Amerika dann und wann und sogar wiederholt angewandt worden, es geht mit ihnen jedoch wie bei der mechanischen Übertragung des fließenden Bandes aus amerikanischer Massenfabrikation auf die Produktion anderer Länder. Es werden eben bei solchen Betrachtungen nur die Quanten übersehen, die Amerika hervorbringen und aufnehmen kann, also gerade die Faktoren, die allein die Voraussetzung für die amerikanische Praxis (die natürlich auch drüben nicht alltäglich ist) bilden. Bei den gewaltigen Warenmengen, die der Markt der Vereinigten Staaten verdauen kann, einmal infolge seines natürlichen Umfangs, dann aber auch, und nicht zuletzt, infolge der seit vielen Jahren durch keinerlei Krisen geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung, die auch seit Jahren nicht mehr ihre Existenz durch Arbeitslosigkeit erschüttert sieht, verändert sich naturgemäß die Kalkulationsbasis, selbst bei ermäßigten Warenpreisen sind dann in der Gesamtrechnung die Lohnsätze nicht ausschlaggebend. Unter engeren Produktionsbedingungen muß man sich indessen darüber klar sein, daß die Herabsetzung der Warenpreise oft nicht nur Lohnerhöhungen ausschließt sondern schon erreichte Lohnhöhen gefährdet.

Alle Reklamekunst kann darüber nicht hinwegtäuschen, daß eine wirkliche Vergrößerung der Verbrauchsmöglichkeit nur durch eine Stärkung der Erzeugungskräfte des Wirtschaftslebens zu erreichen ist. Um es kurz zu sagen: Die nachhaltigste und erfolgreichste Konsumtionspolitik ist eine mit allen Mitteln und stetig betriebene Produktionspolitik. Für die Arbeiterklasse als Trägerin der Produktion müßte das eigentlich längst unbestrittene Erkenntnis sein; die eigene Erfahrung zeigt dem beobachtenden Arbeiter, daß bei gesicherter und steigender Produktivität der Wirtschaft der Boden für den Aufstieg, besonders bei Einsetzung der gewerkschaftlichen Mittel, gegeben ist. Unter gegenteiligen Bedingungen wird alles Verlangen nach gesteigerter Konsumkraft frommer Wunsch bleiben.

Als in den Jahren nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch die schwerdrückende Kohlenknappheit eintrat, ist in den Sozialistischen Monatsheften gegen den törichten Wahn angekämpft worden, daß der Kohlenmangel gewissermaßen als naturgesetzlich bedingt anzusehen sei. Gegenüber den vermeintlichen Kohlenautoritäten wurde hier immer wieder betont, daß eine Steigerung der Kohlenproduktion ohne sehr erhebliche Schwierigkeiten durchzusetzen sei, und daß insbesondere die Behauptung, die deutsche Kohlenbasis werde nicht ausreichen die deutsche Industrie zu versorgen, geschweige denn Reparationslieferungen auszuführen, jeder ernsthaften Unterlage entbehrte. Nicht erst seit heute ist die Richtigkeit dieser Meinung allen erkennbar geworden. Die mit Zahlen spielenden Spezialisten und Autoritäten, die jene unheilvollen Trugschlüsse zogen, sind aber heute vielfach wieder unbestrittene Gutachter über alle Lebensfragen der Nation, ihre Gefolgschaft wankt und weicht nicht, wenn sie auch sonst bei vielen Fragen nach Weltanschauung und Parteitradition auseinandergeht. Aus der Entwicklung der Getreidepreise im letzten Jahr war die selbe Lehre zu ziehen. Die Preise, die nach einer Zollerhöhung absolut steigen sollten und mußten, wie von den Widersachern der Zollerhöhung überzeugend versichert wurde, fielen nachgerade so stark, daß mit Recht schwere Bedenken über die Wirkung des Preisfalls auf die landwirtschaftliche Produktion aufstiegen. Haben wir doch alle aus der Erfahrung des täglichen Lebens gelernt, daß die schallendsten Resolutionen gegen Preiswucher aller Art wirkungslos verhalten, solange nicht eine vermehrte Produktion ein erhöhtes Angebot herauskommen läßt. Ist dieses vermehrte Angebot da, so verschwindet der beklagte Preiswucher meist plötzlich und radikal. Weil diese Feststellungen sehr einfach sind, überall und von allen getroffen werden können, sollte man sie eigentlich nicht als unwesentlich abtun können.

Wer an der Einsicht festhält, daß der Weg zu hohen Löhnen und niedrigen Preisen nur über Steigerung der Produktivität unserer Wirtschaft führt, wird die notwendige Skepsis bei der Bewertung von Empfehlungen aufbringen, wie man auf höchst einfache und bequeme Weise durch Steigerung des Konsums die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Lage der Arbeiter verbessern könne. Nur durch Einsatz hoher Werte können noch höhere Werte erzielt werden. Davon ließen wir uns selbstverständlich auch im Jahr 1922 leiten, als wir hier vorschlugen den unterschiedslosen Achtstundentag auf die Dauer der auf 5 Jahre zu normierenden Wiederaufbauperiode dahin abzuändern, daß in der Zwischenzeit länger gearbeitet werden dürfte, wenn durch Kollektivvertrag zwischen den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberorganisationen eine entsprechende Vereinbarung getroffen werde.

Für den Normalarbeitstag sollte die doppelte Sicherung erfolgen: daß dessen Verlängerung nur bei Vorhandensein kollektiver Verträge erlaubt, und daß nach dem Ablauf dieser 5 Jahre die 8stündige Arbeitszeit endgültiges Gesetz sein sollte. Die Annahme dieses Vorschlags hätte also mittlerweile den richtigen Achtstundentag gebracht, und das wäre ein hoher Erfolg gegenüber den jetzt noch geltenden Zuständen gewesen, da man heute noch um den Achtstundentag kämpfen muß. Es war für uns eine (sehr oft vorgetragene) Selbstverständlichkeit, daß eine so bewirkte Regelung des Achtstundentags von einer allgemeinen und strikten Rationalisierung unserer Industrie begleitet sein müßte, die wohl eine Zeitlang einen beträchtlich erhöhten Arbeitsaufwand erfordert, aber die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft seit 1922 bis zu einem Grad gebracht hätte, von dem wir heute noch sehr weit entfernt sind. Alles das mußte unter aktiver Mitwirkung und Verantwortung der Arbeiterklasse geschehen, also auch eine große Steigerung der Macht und des Einflusses der Gewerkschaften bringen. Eine so bewirkte Rationalisierung hätte es ausgeschlossen, daß die Gestaltung ganzer Wirtschaftsgruppen, Stilllegung oder Weiterbetrieb von Unternehmungen, davon abhängig gemacht worden wäre, daß irgendwer gerade die Gunst einer Großbank sich nutzbar zu machen verstand, und nicht technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit den Ausschlag gab, daß sich heute wichtige Wirtschaftsgebiete noch im chaotischen Zustand befinden. Noch steht das Millionenheer der Arbeitslosen unabgerüstet da. Noch drückt das Wirtschaftselend die Masse der Kurzarbeiter, noch sind von produktiver Arbeit im Wirtschaftsleben andere große Schichten ausgeschlossen, die aus ihrer frühern Arbeit verdrängt sind und trotz eindringlichen Bemühungen nicht zu nutzbringender Tätigkeit kommen. Nicht alles, was die wirtschaftliche Umwälzung zertreten hat, ist statistisch zu erfassen. Von einer Fundierung unserer Volkswirtschaft sind wir noch unendlich weit entfernt, der Krankheitsprozeß ist noch in vollem Gang und wird noch schwere Opfer fordern, wenn nicht Menschenwille und Menschenleistung die Vorbedingung für die Heilung schaffen. Von unbeschränktem Konkurrenzwüten die Ordnung der Dinge zu erwarten, die erstrebenswert ist und ermöglicht werden kann, bedeutet einen Verzicht auf Einsetzung bewußter gesellschaftlicher Arbeit und einen geistigen und kulturellen Rückfall unter die Periode ödesten Manchestertums.

Umkränzt werden die Schwierigkeiten weiter Produktionsgebiete von dem blühenden Geschäft des großen Einzelhandels, der bei uns vornehmlich durch die Warenhäuser repräsentiert wird. Die Warenhäuser, die einen ungestümen Ausdehnungsdrang bekunden, arbeiteten in den Jahren der schweren Produktionsverhältnisse mit Gewinnen, die früher auch kühne Phantasie für unmöglich hielt. Und diese ungewöhnlich hohen Gewinne konnten zumeist bei ermäßigten Warenumsätzen erzielt werden. Die Kalkulationsgepflogenheiten der Warenhäuser haben sich grundstürzend gewandelt, die früheren Preisaufschläge erscheinen den jetzt geltenden gegenüber als lächerlich gering. Äußerlich sind die blühenden Gewinne in den sehr kostspieligen Neubauten vieler Warenhäuser besonders deutlich in die Erscheinung getreten, Bauten, die die Sinnlosigkeit der gegenwärtigen Wirtschaft illustrieren. Man darf nur der Reihe nach aufzählen, daß bei allgemein sinkender Konsumkraft der Detailhandel ungeahnte Gewinne zu erzielen in der Lage ist, und daß er diese Gewinne bei vermindertem Umsatz aufweisen konnte und unter solchen Umständen einen Teil seiner hohen Gewinne in Neubauten

zur Erweiterung seiner Geschäftsräume steckt. Einen nicht unerheblichen Teil der Riesengewinne unserer Großwarenhäuser zahlt die Produktion; denn diese sieht sich den Warenhauskonzernen gegenüber zu Preiskonzessionen genötigt, die zweifellos seit langem und oft den Charakter von Notverkäufen tragen. Die Warenhauskonzerne in verschiedenen Formen stellen starke Einkaufssyndikate dar, die von ihrer Einkaufsmacht wohl auch unbedenklich Gebrauch zu machen wissen. Sie selbst werden keine Neigung verspüren über ihre Einkaufspraxis zu sprechen, und die Objekte dieser Praxis dürften auch nicht die Ergebnisse ihrer Verkaufstätigkeit der Mitwelt mitteilen. Aber Klarheit sollte über diese Verhältnisse geschaffen werden. Wohl fehlt es nicht an Stimmen, die die wirtschaftsreinigende Kraft der Warenhäuser zu loben wissen, die darin bestehen soll, daß sie die Produktion leistungsschwacher Unternehmungen aufnehmen und mit den Lagern auch nicht selten die wirtschaftsschwachen Betriebe selbst liquidieren. In der Rolle als Wohltäter werden die Warenhäuser sicher selbst nicht auftreten wollen, aber in jedem Fall bekommt ihnen die Wohltätigkeit geschäftlich sehr gut. Es bedarf wohl keiner Versicherung, daß diese Darstellung sich nicht von Antipathie gegen die Warenhäuser leiten läßt, deren Sonderbesteuerung der Verfasser dieses Aufsatzes schon vor einem Menschenalter bekämpft hat. In der gegenwärtigen Situation sind aber die Warenhausneubauten steinerne Zeugen für die Ahnungslosigkeit in der Bewertung volkswirtschaftlicher Aufgaben, soweit die Gesamtwirtschaft in Frage kommt, für die Unverantwortlichkeit in der Investierung großer Mittel aus Gewinnen der Distribution bei Krisenzuständen, die das ganze Land erzittern machen. Bewundernswert ist dabei, mit welcher Ruhe der Gang des großen Detailhandels von der selben Öffentlichkeit aufgenommen wird, die bei dem leichtesten Anziehen von Nahrungsmittelpreisen über agrarischen Wucher und Unersättlichkeit der Landwirte zu klagen pflegt.

Für die Warenhäuser ist, wie für andere Geschäfte auch, Ziel ihrer Geschäftsführung möglichst viel zu verdienen. Es handelt sich also hier nicht um Vorwürfe gegen einzelne Unternehmungen, die Kritik richtet sich vielmehr gegen den Mangel an Führung bei der Wirtschaft und die Duldung der Vergeudung von Produktivkräften durch alle Personen und Stellen, die als Träger der Produktion für die Wirtschaft verantwortlich sind. Auch soll man nicht meinen, daß die produktiven Aufgaben des Handels hier verkannt oder unterschätzt werden. Auflehnung ist aber gerade dort vonnöten, wo der Handel aufhört Hilfsorgan der Produktion zu sein und sich als Selbstzweck etabliert. In der Vorkriegszeit ist es dem Handel gewiß nicht schlecht ergangen, aber er war je länger je mehr in die Schranken verwiesen worden, die ihm durch die der Produktion gestellten Aufgaben gesteckt werden. Was sich im Einzelhandel nach dem Krieg vielfach herausgebildet hat, ist eine Schädigung wichtiger Produktionsinteressen, durch die alle an der Erzeugung Beteiligten, nicht zuletzt die Arbeiter, benachteiligt werden, ohne daß die Verbraucher etwas dabei gewinnen. In diesem Zusammenhang sei kurz auch der viel angesprochenen und ebenso heftig bekämpften Konsumfinanzierung gedacht. Sie besteht im wesentlichen in der Einführung des Abzahlungssystems durch Geschäfte, bei denen sonst die Barzahlung als unumstößliche Regel galt. Von dieser Konsumfinanzierung eine Belebung der Konsumkraft und damit der Konjunktur zu erwarten ist wirklich eine überstiegene Hoffnung. Vielleicht wird der Übergang großer Detailgeschäfte

zur Zulassung des Ratengeschäfts den besten Teil des Kundenkreises der Abzahlungsgeschäfte alten Systems den Detailgeschäften mit Konsumfinanzierung zuführen. Aber auch große Gefahren, die man durch die Konsumfinanzierung bei ihren Gegnern heraufkommen sieht, dürften in Wirklichkeit kaum bestehen, denn der sicherste Damm gegen alle Ausschreitungen des Systems liegt in der Furcht der beteiligten Verkaufsgeschäfte vor Verlusten durch die Kunden, die finanziell schwach werden. Die gegebene Vorsicht bei Gewährung von Krediten im Detailhandel wird den Kreis der Kreditnehmer nicht allzu sehr anschwellen lassen. Die Kosten der Konsumfinanzierung mit zirka 14 % sind gewiß nicht niedrig, aber sicherlich niedriger als die im alten Abzahlungsgeschäft üblichen Aufschläge, zu denen die Kunden sich wohl oder übel verstehen müssen. Daß das Abzahlungsgeschäft ständig gewachsen ist, beweist, daß es Bedürfnissen gewisser Kreise entgegenkam, selbst schlimme Auswüchse des Abzahlungsgeschäfts haben nicht vermocht den Kundenstrom bei ihnen zu unterbinden. Die Methode der Konsumfinanzierung im Rahmen des alten Abzahlungsgeschäfts läßt den Kunden die Höhe der Sonderkosten, die er für die Ratenzahlung entrichtet, schwerer erkennen, die Kreditbeschaffung, auch für den Kreditgeber, ist bei der neuen Form der Konsumfinanzierung mehr geregelt. Aber der wirtschaftliche Effekt wird durch die eine oder die andere Geschäftsart nicht stürmisch beeinflußt werden. In Amerika, wo die Konsumfinanzierung zeitweise großen Umfang annahm, ist die Vorwegnahme der Kaufkraft inzwischen als sehr zweifelhafte Errungenschaft erkannt worden. Bei uns kann unter der notwendigen und sicher geübten vorsichtigen Kreditgewährung das amerikanische Beispiel auch nicht annähernd erreicht werden. Nach wie vor bleibt also das Problem der Steigerung der Konsumkraft zu lösen, und es ist lösbar, nur nicht mit den Mitteln einer vermeintlichen Konsumtionspolitik sondern als Wirkung der notwendigen allgemeinen Produktionspolitik, die unter Ausschaltung der Verpulverung von Arbeit und Kapital durch Einschränkung der Industriebasis und Erweiterung der landwirtschaftlichen Basis die Vorkriegsleistung unserer Wirtschaft zu übertreffen streben muß.

Unter dem Eindruck des Zusammenschlusses in einzelnen Gewerben unter der Führung großer Konzerne findet man nicht selten die irrige Anschauung verbreitet, daß ein Umgestaltungsprozeß der deutschen Wirtschaft in guter Hand liege und nach gesteckten Zielen sicher durchgeführt werde. Davon kann leider noch keine Rede sein. Was in der Kaliindustrie und in der Montanindustrie an Neugestaltung (immerhin auch etwas spät) geleistet worden ist, soll gewiß mit allem Respekt angesehen werden und nicht mindern Werts gelten, weil die Leiter der in Betracht kommenden Unternehmungen Aufgaben fanden, die von anderen viel früher vorgezeichnet und von den Berufenen erst unter dem Druck schwerer wirtschaftlicher Schädigungen fast in letzter Stunde in Angriff genommen wurden. Das soll kein Verdienst schmälern, wohl aber dartun, daß die Mehrzahl der Wirtschaftskapitäne sich zur Anerkennung von Notwendigkeiten erst dann entschlossen, als sie sich ihnen überhaupt nicht mehr verschließen konnten. Das gilt für die Eisenindustrie noch mehr als für die Kaliindustrie, deren Syndikatsleitung eine an Weitsicht und Entschlossenheit seltene und rühmliche Ausnahme bildet, aber bis in die jüngste Zeit hinein nicht gerade Scharen drängender Nachahmer gefunden hat. Bismarcks Wort von dem Mangel an Zivilcourage trifft nicht nur auf das kleinbürgerliche Deutschland sondern in uneinge-

schränktem Maß auch auf das großkapitalistische Deutschland und seine Träger zu. Unter 4 Augen wissen viele vieles, was in der Öffentlichkeit nicht über das Gehege ihrer Zähne kommt. (Übrigens ist das nicht nur eine Eigentümlichkeit der Bourgeoisie, man trifft sie auch in den Lagern zur Rechten und Linken des Großkapitals an.) Folgerichtig hat eine ernsthafte Produktionspolitik sowohl in der Kaliindustrie als auch in der Eisenindustrie zur organisierten Verständigung mit den gleichen Industrien Frankreichs geführt: ein Werk, das aber besonders in der Eisenindustrie noch der Vervollständigung harret. Es nicht dem Ausbau zuzuführen wäre gleichbedeutend mit einer Preisgabe dieses Fundaments einer Verständigung, das die sicherste Bürgschaft für das gibt, was von Locarno und Thoiry ausgehen soll.

Spät kamen die Führer der deutschen Industrie zu einem Tun, um das Frankreich, wie ohne Übertreibung festzustellen ist, schon seit den Tagen des Waffenstillstands geworben hat, nicht nur mit Andeutungen und Gesten sondern mit direkten Angeboten, die man überhörte, unbeachtet ließ, weil man des Mangels an Patriotismus beschuldigt zu werden fürchtete. Erst nachdem Fritz Thyssen und einige Kruppdirektoren sich auch entschlossen das zu vollziehen, was sie im Interesse der Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft als unabweislich lange vorher erkannt hatten, war man gegen die Gesinnungsanzweiflung bei deutsch-französischer Zusammenarbeit geschützt. Jahr um Jahr seit dem Waffenstillstand ist hier, unter Hervorhebung der Bereitwilligkeit Frankreichs, das Zusammenwirken beider Länder als Steigerung der deutschen Leistung und Ausweg aus den Wirren des Krieges gefordert, als Ausweg ebenso aus den Wirrungen, die dem Friedensschluß folgten, weil Deutschland die Lebensnotwendigkeit des Zusammenschlusses deutscher und französischer Arbeit in ihren wirtschaftlichen und politischen Folgen nicht begriff. Im Lager der Industrie hatte Hugo Stinnes wesentlich früher als viele andere Weg und Ziel solcher Kooperation begriffen, er schloß seinen Vertrag mit Marquis de Lubersac, aber er gab seine bessere Einsicht preis, da die Hetze im eigenen Lager gegen ihn begann, — und verdarb. Ein Beispiel für die Folgen, die den treffen, der sich den Forderungen einmal erkannter Notwendigkeit verschließt oder wieder entzieht.

Welche fruchtbaren Ergebnisse die deutschen Reparationsleistungen für uns selbst gehabt hätten, kann man wohl am besten ermessen, wenn man bedenkt, daß Frankreich lange bereit war deutsche Arbeiter bei sich aufzunehmen und stets mit Eifer Sachlieferungen zum Ausgleich der Wiedergutmachungsverpflichtungen anstrebte. Die glühendsten Gegner der Annahme solcher Politik, bei uns vornehmlich aus den Reihen der Linken, sind seit einiger Zeit beredte Vertreter der deutsch-französischen Verständigung geworden, und ihnen wird es gewiß willkommen sein zur Stärkung ihrer Position darauf aufmerksam gemacht zu werden, daß der Präsident des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin die vielen Möglichkeiten vergangener Jahre für eine deutsch-französische Zusammenarbeit ausdrücklich bestätigte. Ein Vertreter der Vossischen Zeitung berichtete am 16. Dezember 1926 über ein Gespräch mit ihm wie folgt: »Zu der jüngst im Zusammenhang mit der Gründung einer Reparationswirtschaftsbank aufgeworfenen Frage, ob demnächst deutsche Arbeiter in größerer Zahl zur Ausführung von Sachlieferungsarbeiten auf Reparationskonto in Südfrankreich Verwendung finden könnten, erklärte Thomas: »Zu spät.« Er habe zwar den speziellen Fall, um den es sich bei der Ausführung

des Stauwerkprojekts bei Verdon handelt, noch nicht näher geprüft, aber er halte es für unwahrscheinlich, daß Frankreich, das jetzt zu Beginn einer Deflationskrise steht, noch neuen Zuzug ausländischer Arbeitskräfte werde vertragen können. Frankreich hat bereits als Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Krise die Einwanderungsbestimmungen für ausländische Arbeiter verschärfen müssen. Vor einigen Jahren, fügte Thomas hinzu, als das Le Trocquersche Sachlieferungsprogramm in Frankreich erörtert wurde, wäre diese Verwendung deutscher Arbeiter wohl eher möglich gewesen. Die psychologischen Voraussetzungen waren auch schon damals gegeben, aber die Politiker waren, wie häufig, zu ängstlich.« So Albert Thomas. Le Trocquer gehörte der französischen Regierung an, auch als Arbeitsminister in einem frühern Kabinett Poincaré, und stellte in dieser Stellung das Programm der Gemeinschaftsarbeit mit Deutschland auf, das in den Sozialistischen Monatsheften im Jahr 1922 wiederholt der deutschen Öffentlichkeit nahe gebracht wurde: leider ohne Ergebnis, da die Presse der deutschen Linken, die es gewöhnt ist sich durch England inspirieren zu lassen, in diesem Projekt ein bedrohlich enges Zusammenwirken mit Frankreich, damit eine Erschütterung der Herrschaftsstellung Englands in Europa witterte und es demgemäß durch konsequent geübtes Totschweigen ablehnte.

Man darf heute wohl, ohne Widerspruch zu erfahren, aussprechen, daß in Deutschland nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Kraft Frankreichs ganz ungemein unterschätzt worden ist, und daß es erst teurer Lehren bedurfte, um die Irrtümer zu korrigieren und aus der Revision die Schlüsse zu ziehen, die zu den immerhin erheblichen Fortschritten der deutsch-französischen Pakte führten. Auch diese Pakte sind unumgängliche und höchst wertvolle Bestandteile, ja Notwendigkeiten einer Produktionspolitik, die nicht nur das bringen kann, was man von einer sagenhaften Konsumtionspolitik sich verspricht, sondern den Aufbau Deutschlands im Rahmen einer europäischen Gemeinschaft sichert.

LUDWIG QUESSEL · ENGLISCHE FÜRSORGE FÜR EUROPA

MERKWÜRDIG und widerspruchsvoll sind die Ereignisse, mit denen das alte Jahr sich von uns verabschiedete. Was am 12. Dezember 1926 aus London zu uns herüberklang, stand in merkwürdigem Gegensatz zu den Vorstellungen, die der geruhsame deutsche Bürger sich von der europäischen Lage macht. Da wurde in 2 dem Sinn nach übereinstimmenden Artikeln im Observer und in den Times (die wegen der Gleichzeitigkeit ihres Erscheinens in diesen beiden allgemein als Sprachrohre des britischen Auswärtigen Amtes angesehenen Blättern als hochoffiziös und programmatisch für Großbritanniens auswärtige Politik aufgefaßt werden mußten) ihm gesagt, daß er sich doch ja nicht dem Wahn hingeben möge, daß Genf und Locarno den Frieden des Kontinents sichern könnten. Ganz im Gegenteil. Das Problem Europa könne nur mit Waffengewalt gelöst werden, wenn sich der Kontinent nicht zu seinem Besten freiwillig unter die Fürsorge Englands begäbe.

Das neue System der Fürsorgeerziehung Europas durch England, das den minderwertigen Kontinentalen zum eigenen Heil empfohlen wird, stellt sich als ein Bündnissystem unter britischer Patronanz dar. Die Kontinentalen müß-

ten einsehen, daß sie die führende Hand Englands nicht entbehren könnten. Der Rheinpakt und die Schiedsgerichtsverträge hätten nur einen Wert, solange sich England für ihre Beachtung ins Zeug lege. Auch Kolonialbesitz könne unter den Kontinentalen nur von England gerecht verteilt werden. London wäre gar nicht abgeneigt Belgien und Portugal ihre Kolonien zu nehmen und damit Deutschland und Italien zu beglücken, wenn diese sich folgsam unter englische Fürsorge begeben wollten. Oder glaube jemand, daß eine andere Macht als Großbritannien die mit einander konkurrierenden kolonialen Ansprüche Italiens und Deutschlands ausgleichen könne? Oder sei jemand so töricht anzunehmen, daß ohne britisches Eingreifen der sonst unlösbare Gegensatz zwischen Frankreich und Italien am Mittelmeer und in Nordafrika zu beheben sei? England sei bereit den Frieden des Kontinents weiterhin zu dulden und die Landkarte Afrikas aufzurollen, um den dort eingezeichneten kontinentalen Landbesitz den Kontinentalvölkern in richtigen Dosen zu verabfolgen, wobei an den Grenzen der britischen Besitzungen in Afrika natürlich kein Stein verschoben werden dürfte.

Was dem Kontinent hier als Weihnachtsgabe von London dargeboten wurde, ist die Aufrechterhaltung des Bündnissystems, das mit Locarno verknüpft ist, nebst Neuverteilung der belgischen und portugiesischen Kolonien, womit zugleich die letzte Erinnerung an den britischen Länderraub in Afrika ausgetilgt werden soll. Alles das in der Form englischer Fürsorgeerziehung, wobei daran erinnert werden darf, daß die preußische Fürsorgeerziehung ursprünglich den Namen Zwangserziehung führte, und diese Bezeichnung wohl auch auf die englische Fürsorgeerziehung für das neue Europa angewandt werden kann. Daß der Zwang bei der englischen Fürsorgeerziehung der sittlich verwahrlosten Kontinentalen keineswegs fehlen, daß er vielmehr ihr Kernstück bilden soll, lehrt die lebenswürdige Ankündigung in den Londoner offiziellen Auslassungen, daß eine Lösung des Problems Europa durch Waffengewalt unvermeidlich sei, wenn man die britischen Vorschläge ablehne. Eine solche Lösung bedeutete aber die Zerstörung Europas. Also freiwillige Stellung unter englische Fürsorgeerziehung oder Vernichtung: so wird die Alternative von London gestellt.

Die Frage erhebt sich, welche Wirkung das englische Angebot auf die kontinentalen Mächte ausüben wird. Daß es auf Deutschland wirken wird, ist ohne Zweifel. Denn welches englische Projekt hätte auf Deutschland nicht gewirkt? Man erinnere sich, welches willige Ohren der britische Ratschlag durch einen Generalstreik an Ruhr und Rhein die französische Pfändungsdurch einen Generalstreik an Ruhr und Rhein die französische Pfändungsdurch einen Generalstreik an Ruhr und Rhein die französische Pfändungsdurch einen Generalstreik, der ja nur der deutschen Nation selber tiefe Wunden schlagen konnte, zu überwinden war. Trotzdem wurde er so bereitwillig aufgegriffen, daß derjenige als schlechter Patriot in nächtliche Tiefen gestürzt wurde, der an diesen Unsinn nicht glauben wollte und für Deutschland fürchtete. Das offiziöse britische Angebot an Deutschland sich für das Schaugericht belgischer und portugiesischer Kolonien in englische Fürsorgeerziehung zu begeben ist nicht minder unsinnig, aber es wird gerade deshalb in Deutschland vielfach begeisterte Zustimmung finden, obwohl jeder vernünftige Mensch sich sagen sollte, daß England, ehe es an die Verteilung des portugiesischen und belgischen Kolonialbesitzes geht, diesen erst

einmal ehrlich erwerben me. Wenn dies geschehen ist, wollen wir diesen Vorschlag mit allem schuldigen Respekt aufnehmen. Bis dahin werden wir in ihm lediglich einen britischen Zankapfel sehen, der zwischen Deutschland und den Westen und Sden des Kontinents geworfen werden soll.

Was die anderen Mchte Europas betrifft, so knnte die englische Frsorgeerziehung verlockend allenfalls noch auf Italien wirken. Jedoch, mit Versprechungen allein lt sich nur Deutschland einfangen. Italien verlangt realere Dinge. Fr die italienischen Truppenzusammenziehungen an der franzsischen Grenze mute England die Adria durch Gutheien des Vertrags von Tirana an Italien ausliefern, was, wie man wei, fr das meerbeherrschende Albion ein bitterer Bissen war. Nheres darber kann man im Temps vom 6. Januar 1927 finden. Gewi, England spielt jetzt auf dem Kontinent mit der Karte Italien, aber Italien glaubt wieder England benutzen zu knnen. Bei diesem Spiel wird Italien schlielich mit England die gleichen Erfahrungen machen wie alle Kontinentalmchte: In der Stunde der Not wird England seine Hand von ihm abziehen. Es ist nicht unwahrscheinlich, da Mussolini sich ber diesen Sachverhalt klar ist. Vielleicht sieht er in dem gegenwrtigen italienisch-englischen Zusammenspiel lediglich ein Provisorium, um sich im voraus innerhalb der kommenden europischen Koalition eine strkere Stellung zu sichern. Auf Frankreich und die slawischen Staaten hat der englische Vorschlag natrlich die entgegengesetzte Wirkung ausgebt. Frankreich bietet London im Ernst die englische Frsorgeerziehung auch gar nicht an. Paris wei, was es will. Es will die Einigung des europischen Kontinents, die ganze, die auch das Kolonialproblem in sich schliet, das nur auf diesem Boden wirklich gelst werden kann. Es ist auch eine sehr trichte Annahme, da Poincar etwas anderes erstrebe als Briand. Im Ziel sind sich Briand und Poincar durchaus einig.

Wie Frankreich so haben auch die slawischen Vlker keine Sehnsucht nach der englischen Frsorgeerziehung. In Moskau, wo allmhlich eine realistische Betrachtung kontinentaler Verhltnisse Platz greift, stellt man Deutschland jetzt karikaturistisch gern als ein englisches Schohndchen dar, das artig nach den Bissen schnappt, die London ihm vorhlt. Die Bolschewisten sind, aus dem Instinkt der Selbsterhaltung heraus, vlkerpsychologisch gut orientiert. Sie bezeichnen Deutschland und England stndig als Einheit, weil sie wissen, da in der Wilhelmstrae eine kritische Besinnung gegenber Ratschlgen Londons immer nur vorbergehend und von ganz kurzer Dauer ist. Geht doch dort die staatsmnnische Einsicht auch heute noch ber Bethmann Hollweg, ja ber Khlmann nicht wesentlich hinaus. Und es gibt selbst in der deutschen Sozialdemokratie Leute, die den Schpfer der Friedensvertrge von Brest Litowsk und Bukarest nach seinen letzten Aussagen vor dem Untersuchungsausschu bewundernd als eine Kraft ansehen, die man schnell fr das Auswrtige Amt wiedergewinnen m. Nicht viel grber als auf Ruland war der Eindruck der britischen Vorschlge auch auf Polen, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Die Ablehnung der britischen Politik ist in der slawischen Welt fast allgemein.

Wie die 463 Millionen Europer sind aber auch die 433 Millionen Chinesen von der Downing Street durch eine Weihnachtsbotschaft berrascht worden. Das britische Memorandum ber die Politik in China, das am 26. Dezember 1926 erschien, schlgt vor, da die Mchte in einer gemeinsamen Prokla-

mation klarlegen sollen, sie seien gewillt so weit als irgend möglich den legitimen Aspirationen der chinesischen Nation Genüge zu leisten. Es zählt dann die Zugeständnisse auf, die England den Chinesen würde machen können, und verbreitet sich über die Gründe, die die Konferenz von Peking gelähmt und die Verwirklichung der Washingtoner Versprechungen von 1922 verhindert haben. Aber es war auch noch etwas anderes in dieser Note enthalten. Man erkannte die britische Absicht den Chinesen zu zeigen, daß sie nur von den Angelsachsen ein Eingehen auf ihre Wünsche zu erhoffen hätten. Die Zeit, so belehrt die Chinesen das britische Memorandum, von den anderen Mächten noch etwas zu erwarten sei vorbei. Die bisher von Großbritannien gebrachten Opfer bewiesen dies. Die Chinesen täten daher sehr unrecht die Verschleppung der Zusagen von 1922 den Angelsachsen zuzuschreiben. Die Schuldigen wären die anderen. England sei bereit den chinesischen Parteien in ihren Herrschaftsgebieten das Recht zuzugestehen Zollaufschläge zu erheben und wolle so die nationale Bewegung in China fördern.

In Paris sah man in der britischen Weihnachtsbotschaft an die Chinesen einerseits das britische Bestreben den bolschewistischen Agitatoren in China den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem auch Großbritannien Japan und die kontinentaleuropäischen Großmächte beschuldigte China unterjochen und beherrschen zu wollen, andererseits aber die Absicht den chinesischen Bürgerkrieg weiter in unauffälliger Weise zu alimentieren, indem man alle chinesischen Heerführer zur Zollerhebung ermunterte. Wie aber hat die britische Botschaft auf die Chinesen selber gewirkt? Auf die Anhänger der Kantonregierung jedenfalls nicht erheblich. Die Tage, die unmittelbar auf das Bekanntwerden des britischen Memorandums in China folgten, waren für England recht schlimm. Hankau wurde eingenommen, es wurde dort die britische Flagge von den Verwaltungsgebäuden der englischen Niederlassung herabgeholt, die Flagge des revolutionären Südschinas gehißt. Großbritannien hat sein Konzessionsgebiet in Hankau eingebüßt; es wich dem Kampf mit der chinesischen Volksmenge aus. Man entschuldigt in London den Rückzug damit, daß die Wasserverhältnisse des Jangtse ein Zusammenziehen britischer Streitkräfte nicht gestattet hätten. Zugleich verkündet man, daß, wenn die chinesischen Volksheere weiter vorrücken sollten, und es bei Schanghai, wo England seine Flotte einsetzen könne, zum Konflikt käme, der britische Löwe sich dort zum Kampf stellen würde.

Es ist wirklich so: In Schanghai wird, wenn es hart auf hart geht, der britische Löwe selbst kämpfen müssen. Einstweilen verfügt nämlich London tatsächlich über keinen fremden Degen in Ostasien. Nur die Angelsachsen Amerikas sind natürlich an seiner Seite. Aber der alte Bundesgenosse Englands in Ostasien, der einst den britischen Nebenbuhler, den Russen, dort niederschlug, um dann in Portsmouth am 5. September 1905 einen angelsächsischen Frieden diktiert zu erhalten, steht jetzt an der Seite Frankreichs gegen England. Das französisch-japanische Zusammengehen gegen England ist vielleicht das wichtigste Ereignis in dem chinesischen Drama, das immer aufregender, immer spannender wird, je mehr es seinem Ende zuschreitet. Noch merkwürdiger ist aber das jetzt mehr und mehr in die Erscheinung tretende Bestreben Rußlands den Weg nach Paris zu suchen. Tschitscherin, der demnächst den Quai d'Orsay besuchen will, möchte anscheinend nicht nur die französisch-russischen Schuldverpflichtungen regeln sondern auch eine französisch-russische Entente über Ostasien in die Wege leiten.

In dem japanisch-französischen Einvernehmen liegt das eigentliche Moment der Zukunft. Es weist deutlich auf die kommende Konstellation hin: Von den 5 großen Wirtschaftsimperien der Zukunft werden zunächst die beiden angelsächsischen (Großbritannien und die Vereinigten Staaten) eine engere Verbindung eingehen. Aber ebenso werden sich die 3 anderen: Kontinentaleuropa unter französischer, Ostasien unter japanischer Führung, und das wieder zu einem Ganzen werdende, sich föderativ gliedernde Russische Reich, enger an einander schließen (wobei, was die Stellung von Paris und Tokio betrifft, natürlich nur von außenpolitischer Führung, nicht etwa von Herrschaft gesprochen werden darf). Kontinentaleuropa, Rußland und Ostasien sind vereinigt wohl in der Lage den beiden großen angelsächsischen Wirtschaftsimperien die Wage zu halten. Erst dann, wenn diese Konstellation erreicht sein wird, ist das wahre Weltgleichgewicht hergestellt, das im Gegensatz zum sogenannten europäischen Gleichgewicht, wie es die Balance of power-Doktrin fordert, nicht etwa die Herrschaft einer Nation über die Welt sondern die freie Entwicklung aller Länder und Völker verbürgt.

PAUL KAMPFFMEYER · WAS IST SOZIALISMUS?



WAS ist Sozialismus? Die Begriffsbestimmung des Sozialismus ist nicht eben leicht, weil fast jede Generation den Sozialismus anders definiert hat. Unter Sozialismus verstehen wir hier selbstverständlich nicht das bloße, mehr oder weniger farblose Bild einer auf genossenschaftlicher Zusammenarbeit beruhenden klassenlosen Gesellschaft sondern vor allem auch den Weg zu dieser Gesellschaft. Wer heute über den Sozialismus schreibt, der charakterisiert vor allem die sozialen Klassen, die auf oder gegen das sozialistische Ziel marschieren, der schildert die Lebens- und Kampfverhältnisse dieser Klassen und damit auch den gegenwärtigen Zustand der Wirtschaft und der ihr inwohnenden Entwicklungstendenzen. Der Sozialismus ist vor allem eine auf die Vergesellschaftung der Produktion gerichtete Bewegung, und deshalb nennt auch Carl Mennicke sein geistvolles, dem Sozialismus gewidmetes Buch mit Recht *Der Sozialismus als Bewegung und Aufgabe*. Und er erörtert den Sozialismus als Interessen-, Massen- und Kulturbewegung. Selbstverständlich erschöpften wir hier nicht den Begriff des Sozialismus, als wir nur das ökonomische Moment in ihm: die Vergesellschaftung der Produktion, hervorhoben. Schließlich dient ja die ganze Umwälzung der Wirtschaft nur dem Aufbau einer klassenlosen sozialistischen Kultur.

Gerade der Streit um das Wesen des Sozialismus in den letzten 3 Menschenaltern ist eine besonders bemerkenswerte Seite dieser großen Bewegung, und in allen Wendepunkten der politisch-sozialen Geschichte Deutschlands erhebt sich immer die Frage: Was ist Sozialismus? Die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts sind in Deutschland Jahre der sozialen Erschütterung. Der Untergang zahlloser Handspinner und Handweber kündigt den über Leichen dahingehenden Siegeszug der aufsteigenden Großindustrie an. In Schlesien flammt der Weberaufstand auf. Sozialistische Zeitschriften entstehen in Deutschland: die Rheinischen Jahrbücher, das Deutsche Bürgerbuch, der Gesellschaftsspiegel, das Westfälische Dampfboot, und in diesen Zeitschriften mischt sich die deutsche Philosophie ganz eigenartig mit den Ideen des französischen Sozialismus. Der Humanismus Feuerbachs ergreift die Köpfe der jungen sozialistischen Intellektuellen.

War das Sozialismus? Stürmisch verneinte Friedrich Engels 1846 im Deutschen Bürgerbuch diese Frage, er schrieb wegwerfend: »Etwas "Menschentum", wie man das Ding neuerlich titulierte, etwas "Realisierung" dieses Menschentums oder vielmehr Ungetüms, etwas Weniges über das Eigentum aus Proudhon (3. oder 4. Hand), etwas Proletarierjammer, Organisation der Arbeit, die Vereinsmisere zur Hebung der niederen Volksklassen, nebst einer grenzenlosen Unwissenheit über die politische Ökonomie und die wirkliche Gesellschaft: das ist die ganze Geschichte, die noch dazu durch die theoretische Unparteilichkeit, die "absolute Ruhe des Gedankens", den letzten Tropfen Blut, die letzte Spur von Tatkraft und Energie verliert. Und mit dieser Langeweile will man Deutschland revolutionieren, das Proletariat in Bewegung setzen, die Massen denken und handeln machen?« Hier meldete sich eine ganz neue Begriffsbestimmung an: Der Sozialismus ist eine durch das Proletariat getragene revolutionäre Bewegung.

Was Marx und Engels unter revolutionärem Sozialismus verstanden, das riefen sie, zur Sammlung des ganzen internationalen Proletariats auffordernd, in ihrem Kommunistischen Manifest in die Welt. Der Abrechnung mit den vorhandenen Systemen und Bewegungen des Sozialismus widmeten Marx und Engels im Kommunistischen Manifest einen ganzen Abschnitt. Der Sozialismus eines Saint-Simon, Fourier und Owen wurde als »utopistisch« abgetan und der »deutsche Sozialismus« grausam verhöhnt. Marx und Engels brachten den Sozialismus in die engste Verbindung mit den Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und mit den ihm entspringenden Klassenkämpfen. Der Kapitalismus treibt die Produktivkraft der Arbeit so in die Höhe, daß die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse den geschaffenen Warenreichtum nicht fassen können und gesprengt werden. Mit der steigenden Produktivkraft verelendet das Proletariat, namentlich durch die sich erweiternde Reservearmee der überflüssigen Arbeiter; die Arbeiter, durch die Großindustrie konzentriert, durch ihr Elend in die Revolution gepeitscht, bemächtigen sich der Staatsgewalt und expropriieren die herrschenden bürgerlichen Klassen.

Im Jahr 1863 rief Ferdinand Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ins Leben und organisierte mit ihm die erste demokratisch-sozialistische Arbeiterpartei. Doch der Sozialismus der Lassalleaner fand durchaus keine Gnade vor Marx' und Engels' Augen. Marx sah in dem Lassalleanismus einen sektenhaft verkrüppelten Pseudosozialismus mit stark preußischem Regierungseinschlag. Er widerriet 1875 der Verschmelzung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Eisenacher, mit den Lassalleanern aufs heftigste, weil er aus dieser Vereinigung die vollständige Korruption des Sozialismus befürchtete. Das politische Gothaer Einigungsprogramm war in seinen Augen nichts als eine Wiederholung der alten demokratischen Litanei, es verbreitete sich überdies mit keinem Wort über die revolutionäre Diktatur des Proletariats. Als Sozialismus ließ Marx eben nur einen ausgesprochen proletarischen Klassensozialismus gelten, der in gerader Linie auf die revolutionäre Erhebung des Proletariats lossteuerte. 12 Jahre später war die sozialistische Bewegung in Deutschland bereits eine Massenbewegung, deren Leitung im wesentlichen in den Händen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion lag. Aber Engels mißtraute dieser Leitung der "kleinbürgerlichen" Führer der Fraktion, und er sprach in der Vorrede zu seiner Wohnungsfrage offen von einem »gewissen kleinbürgerlichen Sozia-

lismus«, der bis in die Reichstagsfraktion seine »Vertretung« fände: „Und zwar in der Weise, daß man zwar die Grundanschauungen des modernen Sozialismus und die Forderung der Verwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung nur in entfernter, praktisch unabsehbarer Zeit für möglich erklärt. Damit ist man dann für die Gegenwart auf bloßes soziales Flickwerk angewiesen und kann je nach Umständen selbst mit den reaktionärsten Bestrebungen zur sogenannten Hebung der arbeitenden Klasse sympathisieren.« Sozialismus mußte sich, wollte er auf diesen Ehrennamen Anspruch erheben, auf eine baldige soziale Katastrophe einstellen. Engels glaubte schon das Schreiten der Revolution zu vernehmen. Die nächste europäische Revolution war, das sprach er in der Einleitung zu den Marx'schen Entwürfen des Kommunistenprozesses zu Köln 1887 aus, »bald fällig«. Die Verfallzeit der »europäischen Revolutionen 1815, 1830, 1848 bis 1852, 1870 währt in unserm Jahrhundert 15 bis 18 Jahre«.

Der Marxismus beantwortete also die Frage nach dem Wesen des Sozialismus mit den kurzen Worten: Sozialismus ist die durch den katastrophalen Zusammenbruch des Kapitalismus bedingte revolutionär-proletarische Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und die gesellschaftliche Regelung der Gesamtproduktion.

Als die deutsche Sozialdemokratie durch ihre Massenentwicklung das Ausnahmegesetz niedrigerungen hatte, trat sie in die breiteste Öffentlichkeit, und dieser mußte sie auf die sich überall erhebende Frage "Was ist Sozialismus?" eine genaue Antwort geben. In den Massen bestand noch eine Vorstellung vom Sozialismus fort, die sich an das Gothaer Programm anlehnte und einen ausgesprochen sozialetischen Charakter hatte. Bruno Bürgel, der von frühester Jugend an in lebendigster Fühlung mit dem Berliner sozialdemokratischen Proletariat stand, hat die Massenansicht von den Grundanschauungen, Zielen und Forderungen der Sozialdemokratie in seinem Buch Vom Arbeiter zum Astronom treffend in diesen Sätzen wiedergegeben: »Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums, alles Segens, aller Kultur. Wir, die wir den größten Teil dieser Arbeit leisten, werden der Früchte im allergeringsten Maß teilhaftig. Wir Menschen sind Brüder, durch Geburt einer dem andern gleich. Niemand soll des andern Herr sein. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten, gleichen Anteil an den Segnungen der Arbeit, materiellen und kulturellen. Wir wollen nur das Recht diesem Ziel auf friedlichem Wege zuzustreben, bis der überwiegende Teil des Volkes sich uns anschließt, und auf friedlichem Wege sich die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsform in eine sozialistische ermöglichen läßt.« Der Marxismus des neuesten in Erfurt beschlossenen Programms warf nun sicher die sozialetische Auffassung der Masse vom Wesen der Sozialdemokratie nicht über den Haufen; im Volk arbeitete eben mit Elementarkraft eine durch die sozialen Gegensätze selbst emporgetriebene Gerechtigkeitsvorstellung. Aber er erweiterte und vertiefte doch erheblich die Ansichten dieser Masse über die wirtschaftlichen Vorbedingungen des Sozialismus durch viele populäre Aufsätze und Kommentare dieses Programms.

Der Einblick in die Wirtschaft, den der Arbeiter durch den Marxismus gewann, belehrte ihn über die feste Bindung einer sozialistischen Gemeinwirtschaft an die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit. Erst eine

ganz gewaltige Steigerung der Produktivität der Arbeit ermöglicht eine sozialistische Gesellschaftsordnung mit dem Wohlstand für alle. Der Sozialismus trat durch den Marxismus aus der Sphäre dunklen, unklaren allgemeinen Wünschens und Wollens in das Licht sehr konkreter wirtschaftlicher Tatsachen heraus. Die Frage "Was ist ökonomisch der Sozialismus?" beantwortete der Marxismus mit größter Bestimmtheit dahin: Der Sozialismus ist die rationelle gesellschaftliche Produktion für die Gesellschaft. Der gesellschaftliche Mensch, der assoziierte Produzent regelt *rationell* seinen Stoffwechsel mit der Natur. Mit dem geringsten Kraftaufwand vollzieht er die größten Produktionsleistungen und unter den seiner Natur würdigsten und entsprechendsten Verhältnissen.

Das gesellschaftlich rationelle Zusammenarbeiten der Massen, die Zentralisation der Produktion, die bewußte Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Ökonomisierung der Arbeitsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter gesellschaftlicher Arbeit: das alles sind nach Marx notwendige Vorbedingungen des Sozialismus. Was hilft der Menschheit eine gesellschaftliche Produktion, was hilft ihr eine gesellschaftliche Verteilung der Arbeitsprodukte, wenn wegen der unrationellen, unproduktiven Anwendung gesellschaftlicher Arbeitskräfte und Arbeitsmittel die Erträge dieser gesellschaftlichen Produktion sehr gering sind? Der Sozialismus kann nur über den Kapitalismus triumphieren, wenn er die Produktivität der Arbeit durch rationelle Arbeitsmethoden weit über die Leistungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems steigert. Erst dann kann er den Bedürfnissen einer emporstrebenden Gesellschaft genügen.

Marx unterschätzte nun die Elastizität, die Biegsamkeit der kapitalistischen Eigentumsformen, die heute vielleicht den 10fachen Warenreichtum in sich aufnehmen als er seinerzeit wohl vorausgesetzt hatte. Vielleicht ist gerade der von Marx so besonders herausgehobene und nach seiner Ansicht den Weg zum Sozialismus bahnende Gegensatz zwischen den Produktivkräften und den Produktions- oder Eigentumsverhältnissen ein schwacher (freilich nicht der entscheidende) Punkt seiner Theorie der Entwicklung zum Sozialismus. Eine Sprengung der kapitalistischen Wirtschaftsform durch die sich gigantisch auswirkenden Produktivkräfte erfolgte in keinem Kulturland. Die an jene unbewußten Vergesellschaftungs- und Sprengungsprozesse geknüpften Hoffnungen wurden daher enttäuscht. Mehr und mehr kam es der sozialistischen Arbeiterschaft zum Bewußtsein, daß sie zu hohe Erwartungen an die unbewußten zum Sozialismus führenden Triebkräfte der kapitalistischen Gesellschaft gestellt hatte. Als die deutsche Sozialdemokratie 1925 in Heidelberg ein neues Programm aufstellte, betonte sie neben den unbewußten sozialistischen Tendenzen dieser Wirtschaft die bewußten sozialistischen Eingriffe der Sozialdemokratie in den Kapitalismus, die Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft, den Ausbau der Reichsbetriebe, der Genossenschaften, die Reichskontrolle über Kartelle und Trusts. Die Sozialdemokratische Partei schätzt die vorhandenen Produktivkräfte der Arbeit heute ganz anders ein als 1891 in Erfurt. Damals hielt sie bereits die Krisen für vollgültige Beweise dafür, daß die Produktivkräfte schon der Gesellschaft über den Kopf gewachsen seien. Heute schlägt sie eine bewußte Förderung dieser Kräfte vor. Die Sozialdemokratische Partei legte auch in Heidelberg eine verbessernde Hand an

ihre frühere Darstellung von der ökonomischen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, Die untergehende Mittelschicht der Bauern verschwand aus dem Heidelberger Programm. Den Satz des Erfurter Programms, daß die kapitalistische Monopolisierung die wachsende Zunahme des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung und der Ausbeutung für das Proletariat bedeute, nahm sie nicht in das neue Programm.

Was unterscheidet die heutige Sozialdemokratie von der Sozialdemokratie der früheren Jahrzehnte? Die Tatsache, daß sie in wachsendem Maß zu einer aktiven, die Wirtschaft, den Staat und die Gesellschaft umgestaltenden Kraft geworden ist. Heute hat sie ein besonderes Aktionsprogramm. Fragen wir heute, was Sozialismus ist, so müssen wir sagen: Der Sozialismus ist die bewußte aktive Vergesellschaftung der Wirtschaft und des Staates zur rationalen *Steigerung ihrer Funktionen* zugunsten der Gesellschaft.

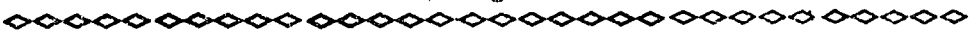
Das ist das Neue in der sozialistischen Bewegung der Gegenwart. Wenden wir den Blick nochmals zu den Tagen zurück, als das Kommunistische Manifest entstand, so sehen wir den Arbeiter nur in den Zeiten wirtschaftlicher und politischer Zusammenbrüche die politische Bühne handelnd betreten. Friedrich Engels drückt es 1852 in einem bisher ungedruckten Aufsatz für die Zeitschrift *Revolution* so aus, daß der Arbeiter gerade wie der Chor in der griechischen Tragödie nur bei großen Katastrophen erscheine. Die Arbeiter hatten in dieser Zeit noch nicht so viel Aktionskraft gewonnen, um als organisierte Macht auf den Staatswillen ständig wirken zu können. Nur äußerste Bedrängnis peitschte sie in die Öffentlichkeit, ballte sie zur Masse zusammen und trieb sie zu vereinzelt rebellischen Erhebungen. Etwas Passives lag noch in der Masse, ihr fehlte ein bestimmter, auf ein großes Lebensziel gerichteter Wille, und es gebrach ihr an festen, ununterbrochen tätigen Organen zur Erreichung selbstgesteckter Ziele. In Deutschland erfolgte eine politische Zielsetzung, sieht man von der kurzlebigen Verbrüderung Stephan Borns in den Revolutionsjahren ab, erst mit der Begründung des Lassalleschen Allgemeinen Arbeitervereins. Mit dem großen Ziel der Eroberung der politischen Macht schafft sich dieser Verein in seinen organisierten Massen zugleich ein lebendiges Werkzeug zur Verwirklichung dieses Ziels. Nun ist eine ständige aktive, auf den politischen Machtgedanken sich einstellende Organisation der Arbeiter vorhanden. Diese Bedeutung des Lassalleschen Vereins hat Karl Marx nicht gewürdigt. Zunächst wird die Arbeiterschaft Deutschlands nur politisch selbsttätig. Sie verfügt bereits über leistungsfähige Wahlvereine und über riesige Wählermassen, als sie wirtschaftlich die ersten schwachen selbständigen Gehversuche mit recht verkümmerten gewerkschaftlichen Organen macht. Mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts beginnt dann eine fast stürmische Entwicklung selbsttätiger wirtschaftlicher Körperschaften der Arbeiterklasse: der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der Bildungsvereine. Überall formt sich die Arbeiterklasse kollektive, von ihr in Bewegung gesetzte Organe zur Verwirklichung selbstgesetzter Zwecke.

Es wiederholt sich bei der Arbeiterklasse der eigenartige Kulturprozeß, dem bisher alle aufsteigenden Klassen unterworfen waren. Diese waren auch am Beginn der aufsteigenden Kurve ihrer Entwicklung passiv, ohnmächtig. Erst nach und nach gewinnen sie die Kraft zu eigener Zielsetzung und eigener Organbildung. Der hörige Handwerker schließt sich mit seinen

Berufsgenossen zusammen, bildet Zünfte, er wird Zunftbürger und entfaltet nun seine eigene städtische Kultur. Diese Kultur konnte nur in die Erscheinung treten, weil der Handwerkerstand die träge Untätigkeit, die ihm aus der Zeit feudaler Unfreiheit überkommen war, von sich warf und eine starke Selbständigkeit im Denken und Handeln gewann. Jede emporsteigende Klasse macht gleichsam eine Phase des Naturmenschentums durch. Sie muß das verschwommen ungeordnete Denken über ihre eigenen Ziele überwinden, muß sie klar begrifflich fassen, und dann kann sie diese aktiv ins Leben setzen. In seinem geistvollen Schriftchen Was ist Kultur? führt einmal Kurd Laßwitz aus, daß dem »Naturmenschen« die »Fähigkeit des abstrakten Denkens, des begrifflichen Denkens« fehle, »es fehlt ihm die Besonnenheit des Handelns«. Dem passiven, geistig und moralisch disziplinenlosen Naturmenschen stellt Laßwitz den Kulturmenschen gegenüber, der seinen Vorstellungsverlauf geordnet und sein Handeln nach bestimmten ethischen Grundsätzen geregelt hat. Er urteilt und handelt nach festen Entschlüssen. Er ist beherrschte, disziplinierte Gestaltungskraft. Die Entwicklung der Kultur schafft nach Laßwitz »beides: Aktivität des Gedankens und des Willens. Und der Gesamtgewinn ist eine Überwindung der Gebundenheit alles Lebens durch einen Zustand der Freiheit.«

Die neue Phase der sozialistischen Bewegung ist also dadurch gekennzeichnet, daß die sozialistische Arbeiterschaft auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Lebens eine ganz neue Aktionskraft erlangt. Wer heute den Sozialismus definieren will, der muß die selbsttätigen, wirtschaftliche und politische Kollektivorgane bildenden Menschen berücksichtigen. In diese wird die zum Sozialismus treibende Kraft mehr und mehr verlegt. Die Praxis der aktiven Arbeiterschaft färbte auch bereits auf die sozialistische Theorie ab. Der dem "radikalen" Quietismus abholde, auf schaffende sozialistische Arbeit drängende Revisionismus suchte einen Zusammenhang zwischen der Praxis der Arbeiterklasse und der Theorie des Sozialismus herzustellen. Er wertete die selbsttätigen Aktionen der Arbeiterklasse auf dem Gebiet des Staats- und Kommunalsozialismus, des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens ganz anders als die landläufige Theorie. Daß er mit den wirklichen Marxschen Ideen in engerer Geistesgemeinschaft war als die "marxistische" Orthodoxie, hat die Folge erwiesen. Man sehe sich heute noch einmal das Marx, zu seinem 100. Geburtstag im Mai 1918, gewidmete Heft der Sozialistischen Monatshefte an, um geistesgeschichtlich die richtige Stellung des Revisionismus zu erkennen.

Mit dem Zusammenbruch des Jahres 1918 sind viele politische Schranken für die wirtschaftsorganisatorische Massenkraft geschwunden. Von unten auf kann sich nun der Massenwille entfalten, um den gesellschaftlichen Arbeitsapparat zur höchsten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu steigern. Und diese Entfaltung muß zu einem immanenten Moment des Sozialismus selbst werden. Der Sozialismus ist, ökonomisch gesehen, die gesellschaftliche, die Produktivkraft der Arbeit planvoll erhöhende Wirtschaftsform zur Beherrschung der Natur, zur Überwindung der menschlichen Unfreiheit. Mit der vollen Herrschaft der Gesellschaft über eine zweckvoll geregelte Produktion werden erst die Kräfte für eine klassenlose Kultur der Menschheit frei. Denn mit dieser Produktion entschwindet die Möglichkeit des Bestehens einer beherrschten, ausgebeuteten Klasse.



RUDOLF WISELL · VOM SCHLICHTUNGSWESEN



SCHON vor dem Krieg war für ein Einigungswesen zum Zweck der Erledigung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die gesetzliche Grundlage vorhanden. Nach dem Gesetz betreffend die Gewerbegerichte waren die Gewerbegerichte, die Berggewerbegerichte, die Kaufmannsgerichte und die Seemannsämtler die Einigungsämter. Diese Stellen hatten bei Streitigkeiten über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Arbeit vermittelnd einzugreifen, wenn sie von beiden Streitparteien angerufen wurden; sie sollten mangels beiderseitiger Anrufung darauf hinwirken, daß ihre Hilfe in Anspruch genommen werde. Eine bindende Wirkung hatte ein etwa ergahender Schiedsspruch nicht; er galt nur als ein Vergleichsvorschlag an die Parteien. Neben diesen durch Gesetz eingerichteten Schlichtungsbehörden waren tarifvertraglich vereinbarte Einigungsstellen tätig. Darüber hinaus wurden bei wichtigen Streitigkeiten unter Mitwirkung der Reichs- und Staatsbehörden, namentlich des frühern Reichsamts des Innern, auf Anruf der Beteiligten im Einzelfall paritätische Schiedsämtler eingesetzt. Durch ihre Einwirkung kam es in manchen schweren Arbeitskämpfen, vor allem im Baugewerbe, zu einer Verständigung. Aber es mußte der Wille zu solcher Einigung bei beiden Parteien vorliegen; ein staatlicher Eingriff in die Willensbestimmung der Parteien kam nicht in Frage.

Im Krieg brachte dann das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 für den Bezirk einer Ersatzkommission besondere Schlichtungsausschüsse. In der Regel war ein Beauftragter des Kriegsamts der Vorsitzende, und neben ihm wurden je 2 ständige und 1 unständiger Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Grund von Vorschlagslisten der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen zugezogen. Diese Schlichtungsausschüsse waren auch auf Anruf nur einer Seite zuständig.

Bei der Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes durch den Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 wurden diese Schlichtungsausschüsse ausdrücklich aufrechterhalten. Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 löste sie aus ihrer Einordnung in die militärische Organisation. An die Stelle des vom Kriegsamt bestellten Vorsitzenden trat ein von den ständigen Vertretern gewählter. Neben diesen Schlichtungsausschüssen wurde auch eine Zentralstelle geschaffen, indem dem Reichsarbeitsamt, dem spätern Reichsarbeitsministerium, bedeutende Befugnisse übertragen wurden, namentlich das Recht in wichtigen Fällen die Durchführung des Schlichtungsverfahrens selbst zu übernehmen oder einer andern Schlichtungsstelle zu übertragen. Der Vollständigkeit wegen sei bemerkt, daß für die Verkehrsanstalten des Reichs und der Länder besondere Schlichtungsausschüsse mit ausschließlicher Zuständigkeit für den Bereich jeder Verkehrsanstalt geschaffen wurden. Durch das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 wurde diese Bestimmung dahin erweitert, daß nunmehr für alle Unternehmungen und Verwaltungen des Reichs und der Länder durch Verordnung Sonderschlichtungsausschüsse errichtet werden konnten. Von dieser Befugnis wurde durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 14. April 1920 Gebrauch gemacht. In ihr wurden die ordentlichen Schlichtungsausschüsse bis auf weiteres auch für die Unternehmungen und Verwaltungen des Reichs beibehalten, neben ihnen aber wurde ein neuer besonderer Zentralschlichtungsausschuß beim

Reichsarbeitsministerium errichtet. Die auf Grund des Gewerbegerichtsgesetzes gegebene Zuständigkeit der früheren Schlichtungsstellen war durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918 nicht beseitigt worden. Sie konnten also wie früher um ihre Vermittlung angegangen werden, durften aber nur in Funktion treten, wenn die Anrufung von beiden Seiten erfolgte. Den amtlichen Einigungs- und Schlichtungsstellen gingen stets die durch Tarifvertrag oder sonst zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vereinbarten Schiedsstellen (Schlichtungskommissionen, Tarifkommissionen, Tarifämter) vor.

Gelang es dem Schlichtungsausschuß nicht eine gütliche Einigung der Parteien herbeizuführen, so hatte er einen Schiedsspruch abzugeben, der sich rechtlich lediglich als Vergleichsvorschlag an die Parteien darstellte. Ein Zwang zur Unterwerfung unter den Schiedsspruch bestand nicht. Erst auf Grund der Demobilmachungsverordnung vom 12. Februar 1920 konnte ein solcher Schiedsspruch von der Demobilmachungsbehörde für verbindlich erklärt werden. Von der Verbindlichkeitserklärung sollte allerdings nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht werden, und zwar nur dann, wenn die im Schiedsspruch getroffene Regelung zweifellos der Billigkeit entsprach, oder wenn sie zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens erforderlich war. Durch die Verbindlichkeitserklärung wurde der fehlende Wille der Parteien zur Einigung ersetzt; sie schuf also eine Vereinbarung unter den Parteien mit allen sich daraus ergebenden Rechtsfolgen genau so, als wenn die Vereinbarung freiwillig von den Parteien getroffen worden wäre.

Diese Regelung des Schlichtungswesens in den Verordnungen vom 23. Dezember 1918 und 12. Februar 1920 waren nur als vorläufige gedacht. Sie sollten durch eine gesetzliche Regelung ersetzt werden. Dazu ist es bisher noch nicht gekommen. Zwar hat die Reichsregierung den Entwurf einer Schlichtungsordnung den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet. Er ist auch im Reichswirtschaftsrat und im Reichsrat verabschiedet worden, blieb indessen, nachdem er die 1. Lesung im Reichstag passiert hatte, im zuständigen Ausschuß des Reichstags liegen.

Der Aufbau des Schlichtungswesens auf der militärischen Einteilung des Hilfsdienstgesetzes gab nicht die Möglichkeit zu einer neuen vereinfachten und verbilligten Verwaltung des Schlichtungswesens zu gelangen. Vor allem aber war die Entlastung der Schlichtungsbehörden von allen Aufgaben notwendig, die nicht zur eigentlichen Schlichtung gehören. In Voraussicht der Krise, die mit der Stabilisierung unserer Währung kommen mußte, sah sich deshalb die Reichsregierung veranlaßt den Schlichtungsapparat vor dem Beginn dieser Krise so einfach und so leistungsfähig wie möglich zu machen. Es handelte sich hierbei eben so sehr um ein sozialpolitisches wie um ein allgemeines Wirtschaftserfordernis. Deshalb nahm die Reichsregierung im Oktober 1923 eine Neuregelung des Schlichtungswesens auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 vor. In einer kurzen leichtverständlichen Verordnung vom 30. Oktober 1923 wurden die Grundsätze eines neuen Schlichtungsrechts festgelegt. Die Einzelheiten seiner Gestaltung wurden den Ausführungsverordnungen überlassen. Der Grundgedanke dieses neuen Rechts ist kurz zusammengefaßt der folgende.

Für unter Beachtung der wirtschaftlichen Zusammenhänge zu bildende Bezirke werden neue Schlichtungsausschüsse gebildet, insgesamt deren 19, zum Teil mit detachierten Spruchkammern. Diese Schlichtungsausschüsse be-

stehen aus einem oder mehreren unparteiischen Vorsitzenden und aus Beisitzern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl. Die unparteiischen Vorsitzenden werden von der Obersten Landesbehörde nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Schlichtungsbezirks bestellt. Die Beisitzer beruft sie auf Vorschlag dieser Vereinigung. Für größere Wirtschaftsbezirke sind nach Anhören der beteiligten Obersten Landesbehörden vom Reichsarbeitsministerium Schlichter bestellt, und zwar für insgesamt 19 solcher Bezirke. Sie haben die Schlichtung in den Fällen zu übernehmen, die für das Wirtschaftsleben ihres Bezirks von besonderer Wichtigkeit sind. Außerdem können für den einzelnen Fall besondere Schlichter bestellt werden.

Für einen Streitfall ist, wenn die Parteien nichts anderes vereinbart haben oder nicht ein Schlichter eingreift, der Schlichtungsausschuß zuständig, in dessen Bezirk die beteiligten Arbeitnehmer beschäftigt sind. Sofern mehrere Schlichtungsausschüsse zuständig sind, verbleibt die Streitigkeit bei dem Schlichtungsausschuß, der sich zuerst mit ihr befaßt hat. Der Schlichter ist lediglich für Streitigkeiten seines Bezirks zuständig. Gehen Streitigkeiten von besonderer Wichtigkeit über einen Schlichterbezirk hinaus, so muß für diese ein besonderer Schlichter vom Reichsarbeitsminister bestellt werden. Ein an sich unzuständiger Schlichtungsausschuß wird zuständig, wenn die Parteien es vereinbaren oder, ohne die Unzuständigkeit geltend zu machen, in die Verhandlung zur Sache eintreten. Das gleiche gilt entsprechend für den ständigen Schlichter, wenn sich die Streitigkeit auch auf seinen Bezirk oder einen Teil seines Bezirks erstreckt. Die sachliche Zuständigkeit der Schlichtungsbehörden ist ausgeschlossen, sofern eine vereinbarte Schiedsstelle besteht. Ist das der Fall, soll auf die Anrufung dieser Stelle hingewirkt werden. Führt aber eine vereinbarte Schiedsstelle keinen Abschluß einer Gesamtvereinbarung herbei, ist auch die Zuständigkeit der Schlichtungsbehörden gegeben.

Aufgabe der Schlichtungsbehörden ist es zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen Hilfe zu leisten. Gesamtvereinbarung ist der Oberbegriff für 2 mit Hilfe der Schlichtungsbehörden zu schaffende Formen des arbeitsrechtlichen Kollektivvertrags, des Tarifvertrags und der Betriebsvereinbarung. Tarifvertrag ist die schriftliche Vereinbarung zwischen einem einzelnen Arbeitgeber oder einer Arbeitgebervereinigung und einer Arbeitnehmervereinigung, die die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen in einem räumlich und beruflich umgrenzten Geltungsbereich zum Gegenstand hat. Die im Gesetz nirgends näher erläuterte Betriebsvereinbarung ist die bisher allein von der Wissenschaft behandelte und aus dem Recht der Betriebsverfassung herauswachsende Vereinbarung zwischen den Organen des Betriebs.

Jedem Spruchverfahren hat ein Vorverfahren voranzugehen, in dem die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse beziehungsweise die Schlichter den Versuch einer Einigung zwischen den Parteien allein für ihre Person zu unternehmen haben. Gelingt dieser Versuch nicht, ist die Schlichtungskammer zu berufen (vom Schlichter ad hoc unter möglichster Berücksichtigung der Wünsche der Parteien für die Beisitzer). Gelingt auch hier keine Einigung, ist ein Spruch zu fällen. Auch dieser hat lediglich die Bedeutung eines Vorschlags für die Parteien. Innerhalb einer ihnen zustehenden Frist haben sie sich über die Annahme oder Ablehnung zu erklären; Nichtäuße-

rung innerhalb der gestellten Frist gilt als Ablehnung. Die Zustimmung charakterisiert sich rechtlich als eine freiwillige Vereinbarung der Parteien. Die fehlende Zustimmung kann auch hier wieder durch die Verbindlichkeits- erklärung ersetzt werden. Für die Verbindlichkeitserklärung des Schieds- spruchs eines Schlichtungsausschusses ist der Schlichter zuständig, in dessen Bezirk der Geltungsbereich der vorgeschlagenen Gesamtvereinbarung liegt. Dies gilt auch dann, wenn er sich nur unwesentlich über den Bezirk des Schlichters hinaus erstreckt. Erstreckt sich der Geltungsbereich dagegen wesentlich über den Bezirk des Schlichters, oder handelt es sich um Schieds- sprüche einer von einem Schlichter gebildeten Schlichtungskammer, so liegt die Verbindlichkeitserklärung in der Hand des Reichsarbeitsministers. Eine Verbindlichkeitserklärung, die die Annahme des Schiedsspruchs ersetzt, soll nur erfolgen, wenn die im Schiedsspruch getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht, und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist.

Es soll also grundsätzlich Sache der Beteiligten sein die Arbeitsbedingungen selbständig unter eigener Verantwortung zu regeln. Hierbei sollen ihnen die von ihnen selbst geschaffenen und, wenn das nicht gelingt, die vom Staat zur Verfügung gestellten Schlichtungseinrichtungen Hilfe leisten. Nur wo trotz dieser Vermittlung keine Verständigung zustande kommt, und das Auf- einanderprallen der Gegensätze Gefahren für die Allgemeinheit herauf- beschwört, hat der Staat das Recht und die Pflicht diese Gefahren durch Zwangseingriff in die Selbstbestimmung der am Streit Beteiligten abzuwen- den. Die Verbindlichkeitserklärung dient also nicht so sehr der Durch- setzung der Forderungen der einen oder andern Seite als vielmehr der Ab- wendung drohender wirtschaftlicher oder sozialpolitischer Schäden von der Allgemeinheit. Ein Zwang sich einem Schlichtungsverfahren zu unterwerfen besteht nur insofern, als die Parteien durch Straffestsetzung zum Erscheinen in der Verhandlung gezwungen werden können, und, wenn sie trotzdem nicht erscheinen, das Verfahren auch ohne sie durchgeführt werden kann.

Da die Verbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrags den fehlenden Willen einer oder beider Parteien zum Abschluß einer Gesamtvereinbarung ersetzt, so schafft sie einen Zwangstarif, der die Parteien genau so bindet wie ein freiwillig abgeschlossener Tarifvertrag. Die Parteien sind also, wollen sie nicht schadenersatzpflichtig werden, zur Tariftreue verpflichtet. Das heißt, wird in den durch Zwangstarif gebundenen Betrieben und Unternehmungen gearbeitet, dann gelten für das Einzelarbeitsverhältnis mindestens die Be- dingungen des Zwangstarifs. Aber es kann kein Unternehmer gezwungen werden arbeiten zu lassen, auch kein Arbeiter zu arbeiten. Ist etwa in einem Betrieb ein Arbeitskampf ausgebrochen, bevor ein Schiedsspruch ergangen und dieser für verbindlich erklärt ist, so können zwar weder die Arbeiter verpflichtet werden die Arbeit wieder aufzunehmen noch ein Unternehmer, die Arbeiter wieder einzustellen, aber die durch den Zwangstarif gebun- denen Parteien können dann den fortlaufenden Arbeitskampf nicht mehr unterstützen, ohne schadenersatzpflichtig zu werden.

Eine Verpflichtung vor Durchführung eines Schlichtungsverfahrens keinen Arbeitskampf zu beginnen besteht bis auf einen Fall nicht. Nach einer auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung erlassenen Verord- nung des Reichspräsidenten vom 10. Oktober 1920 dürfen Arbeitskämpfe

in Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, nicht vor Durchführung eines Schlichtungsverfahrens begonnen werden. Die Verordnung richtet sich mit Strafandrohungen gegen diejenigen, die in diesen Betrieben zu einer unzulässigen Aussperrung oder Arbeitsniederlegung auffordern oder zur Durchführung eines solchen Streiks an Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vornehmen, durch die die ordnungsmäßige Fortführung des Werks unmöglich gemacht oder erschwert wird, oder eine unzulässige Aussperrung vornehmen, bevor eine zuständige Schlichtungsbehörde einen Schiedsspruch gefällt hat, und seit Verkündung des Schiedsspruchs 3 Tage vergangen sind. Dieses Verbot ist also nicht absolut, es richtet sich nur gegen vorzeitige Arbeitskämpfe.

Seit dem Bestehen der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 und der Ausführungsverordnungen dazu weist die Statistik folgende Tätigkeit der Schlichtungsbehörden nach:

Ergebnisse der Tätigkeit der Schlichtungsbehörden	1924			1925		
	Schlichtungsausschüsse	Ständiger Schlichter	Besonderer Schlichter	Schlichtungsausschüsse	Ständiger Schlichter	Besonderer Schlichter
I. Schlichtungsverfahren						
Anzahl der erledigten Verfahren	16 480	1 785	310	12 360	912	146
davon im Vorverfahren	4 947	236	42	2 743	244	11
" vor der Schlichtungskammer	11 533	1 549	268	9 617	668	135
Von den Fällen vor der Schlichtungskammer wurden erledigt						
durch Vergleich	1 211	399	50	1 162	119	4
" Schiedsspruch	9 460	929	173	7 686	535	131
" sonstigen Beschluß	862	221	45	769	14	—
Von den Schiedssprüchen der Schlichtungskammer wurden angenommen (oder waren bindend)						
abgelehnt	4 492	Angaben fehlen		3 447	236	40
	4 968	" "		4 239	299	91
II. Verbindlichkeitserklärung						
Anzahl der Anträge auf Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen	2 923 ^a	351 ^b		2 965 ^a	241 ^b	
Die Anträge wurden erledigt durch Verbindlichkeitserklärung	686	153		619	88	
durch deren Ablehnung	949	121		1 029	98	
" Einigung	1 288	77		1 317	55	

a) Die Erledigung der Anträge lag bei den Schlichtern

b) " " " " " dem Reichsarbeitsministerium

In dieser Neugestaltung des Rechts seit dem Krieg ist eine grundsätzliche Umstellung des Staates zu der Regelung des Arbeitsverhältnisses zu erblicken. Während der Staat sich früher zwar auch bemühte in Streitfragen durch seine Organe einzugreifen und dadurch Störungen vom Wirtschaftsleben fernzuhalten, haben nunmehr seine Organe auch entscheidende Be-

fugnisse bei der Festsetzung der Bedingungen des Arbeitsverhältnisses. Und das ist der Punkt, gegen den sich der Widerstand sowohl der Unternehmer wie auch der Freien Gewerkschaften richtet. Eine gleiche grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Verbindlichkeitserklärung ist aus den Reihen der Hirsch-Dunckerschen und Christlichen Gewerkschaften nicht zu verzeichnen. Es wird von den Gegnern des Zwangstarifs namentlich der Einwand erhoben, es sei unerträglich, daß in die Hand einer einzelnen Person die Entscheidung über das Bestehen oder Nichtbestehen von rechtlichen Verpflichtungen, die von schwerwiegender Bedeutung für das Arbeitsverhältnis sein können, gelegt werde. Die Praxis hat anders entschieden. Arbeitnehmer wie Arbeitgeberorganisationen beantragen die Verbindlichkeitserklärung, doch sicher in der Erkenntnis, daß sie das kleinere Übel sei. Wollte man, wie vorgeschlagen wurde, die Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung in die Hand einer Kammer legen, die sie mit qualifizierter Mehrheit zu treffen hätte, so würde das praktisch an dem bisherigen Recht nur in Ausnahmefällen etwas ändern. Nur in den allerseltensten Fällen dürfte innerhalb der einzelnen Gruppen einer Kammer eine abweichende Meinung bestehen. Nach allen Erfahrungen stimmen die Gruppen durchweg ganz einheitlich. Wäre also eine qualifizierte Mehrheit erforderlich, in der sich Arbeitnehmer- und Arbeitgeberstimmen zu befinden haben, so käme eine Verbindlichkeitserklärung kaum in Frage. Und selbst in den Ausnahmefällen, in denen die Verbindlichkeitserklärung möglich wäre, hätte sie praktisch kaum einen entscheidenden Wert. Auch könnte eine solche Regelung das Verfahren verzögern. Man braucht nur an die Sprengung einer solchen Kammer durch die eine oder die andere Seite zu denken.

Was mit Recht von Unternehmern und Arbeitern gefordert werden kann, das ist, daß die Verbindlichkeitserklärung in die Hand erfahrener Leute gelegt wird, die sich ihrer Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber in vollem Maß bewußt sind. Dann aber ist die bisherige Regelung dieses Gebiets des Arbeitsrechts auch produktionsfördernd und wirtschaftsaufbauend. Und das muß für die Gemeinschaft der entscheidende Gesichtspunkt sein.

Ich glaube, daß das Vertrauen zu den Schlichtungsinstanzen heute besser fundiert ist als das Vertrauen zu der ja mit allen Kautelen umgebenen Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte.

VIKTOR TSCHERNOW · DAS BAUERNTUM IM PROGRAMM DER SOZIALREVOLUTIONÄREN PAR- TEI RUSSLANDS

MAN kennt in Europa nicht viel vom Programm der Sozialrevolutionären Partei Rußlands. Ganz besonders gilt das von ihren Anschauungen über die Agrarentwicklung und das innere Wesen der Bauernwirtschaft. Aber auch ihre Taktik in der Bauernbewegung, die sich in der Agrarrevolution von 1917-1918 ausdrückte, ist, wie ihr ganzes Programm, das mit so großer Begeisterung auf dem platten Land aufgenommen wurde, im Ausland gar nicht verstanden worden. Namentlich nicht von der Sozialdemokratie, die sich viel zu wenig oder nur ganz einseitig mit diesen russischen Dingen befaßt hat.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1902 hat die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands in der Agrarfrage stets eine durchaus selbständige Stellung eingenommen. Wesentlich für sie war, daß der Bauer nicht als Rudiment aus einer zum Verschwinden verurteilten überwundenen Wirtschaftsordnung sondern vielmehr als wichtiges Lebenselement der modernen Volkswirtschaft angesehen wird. Schon heute zeigt es sich deutlich, daß dieser Standpunkt richtig war. Die meisten Sozialisten waren früher überzeugt, daß die Bauernwirtschaft nur ein Überbleibsel aus der vorkapitalistischen Wirtschaftsordnung darstellt. Sie waren weit davon entfernt einzusehen, daß die kapitalistische Form die moderne wirtschaftliche Entwicklung keineswegs erschöpft, und daß eben die Bauernwirtschaft den nichtkapitalistischen Teil dieser Entwicklung repräsentiert. Diese frühere Auffassung ließ die Möglichkeit irgendeiner Entwicklung der Bauernwirtschaft nicht offen; fortschreitende Proletarisierung war ihre Prognose für die Zukunft. Alle Versuche die Bauernwirtschaft am Leben zu erhalten wurden als der wirtschaftlichen Entwicklung widersprechend und darum als objektiv reaktionär verworfen. In konsequenter Verfolgung dieser Anschauung wandten die Sozialisten auf dem Land ihr Interesse nicht dem angeblich zum Untergang bestimmten Bauernstand zu sondern dem Landarbeiter, in dem sie den zukünftigen Träger des Sozialismus auf dem Land sahen. Diese Theorie scheiterte aber an der landwirtschaftlichen Wirklichkeit. Der Landarbeiter, der instinktiv mit aller Kraft nach wirtschaftlicher Selbständigkeit strebte, war nichts anderes als ein zukünftiger Bauer, und sein Streben war stark genug auch die Gesetzgebung zu beeinflussen. So sind in allen Ländern Ost- und auch in vielen Mitteleuropas breite Schichten des landwirtschaftlichen Proletariats selbständig geworden. Man braucht nur die von Max Sering herausgegebene Kollektivarbeit über die Agrarrevolution in Europa zur Hand zu nehmen, um zu erkennen, welchen Umfang die Parzellierung des Großgrundbesitzes und die Verwandlung von kleinen Pächtern, Instleuten und Tagelöhnern in selbständig arbeitende Landwirte angenommen hat. Und überall bildete die Gesetzgebung nur den Abschluß des zähen, elementaren, rein wirtschaftlichen Kampfes um die Scholle, den die nichtkapitalistische werktätige Bauernschaft mit der kapitalistischen Wirtschaft führte. Aus den Agrarreformen erwuchs dann schließlich die Agrarrevolution, die auch heute noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Der werktätige Bauer, und nicht der landwirtschaftliche Arbeiter, hat dieser Bewegung seinen Stempel aufgedrückt. Auch wo sie Aktivität zeigten, hatten die Landarbeiter kein Verständnis für die "rein proletarischen" Forderungen in den sozialistischen Programmen der industriellen Arbeiterschaft. Ihren Kampf führten sie mit den Grundbesitzern oder Pächtern um das "Recht auf den Boden".

Die Vorstellung von der Bauernwirtschaft als Überbleibsel, als nicht lebensfähigem Überrest einer entschwindenden Wirtschaftsform mußte schließlich fallen gelassen werden. Die Folge war aber, daß viele Sozialisten nun überhaupt keine Stellung zu dem Bauernproblem gewinnen konnten, denn die Bauernwirtschaft nun als Lebenselement unserer Wirtschaft anzuerkennen und daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen lag ihnen fern. Stellt aber die Wirtschaft des werktätigen Bauern einen wesentlichen Bestandteil unserer Gesamtwirtschaft dar, so muß sie auch eigene Gesetze und eigene Tendenzen ihrer Entwicklung aufweisen. Bis in alle Einzelheiten durchdacht ist die Theorie der kapitalistischen Entwicklung; dringend not-

wendig, aber bisher nicht aufgestellt, ist eine ebenso vollständige Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung. Selbst das Wesen der Bauernwirtschaft als besonderer sozialer Kategorie ist noch nicht genügend klar erfaßt worden. Nach dem gemeinsamen Merkmal der frühern Zugehörigkeit zum leibeigenen Stand wurden kritiklos ganz wesensverschiedene, oft sogar gegensätzliche Wirtschaftsformen unterschiedslos zusammengefaßt.

Die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands hat, und darin unterscheidet sie sich von den meisten sozialistischen Parteien der westlichen Länder, von ihren geistigen Vorfahren, den Volkssozialisten, den Sozialisti Narodniki, eine Theorie ererbt, die aus der genauesten statistischen Erforschung der Bauernwirtschaft entstanden ist. Die nach sorgfältig ausgearbeiteten Programmen vorgenommenen Erhebungen der russischen Selbstverwaltungsorgane, der Semstvos, haben die politische Ökonomie wesentlich bereichert. Gegenstand dieser Forschungen war der ganz eigenartige Typus der selbstwirtschaftenden Familie, deren Basis der Hof ist; also jener kleinen Gemeinschaft, in der die Arbeitsteilung innerhalb der Familie nach den durch Alter und Geschlecht bedingten natürlichen Gesichtspunkten erfolgt. Diese Forschungen haben nun mit vielen überkommenen Vorstellungen und Begriffen aufgeräumt. Zu diesen Überlieferungen gehörte der Glaube an das einstige Zeitalter der großen patriarchalischen Familienverbände und an die darauf folgende Periode der Familienteilung und des damit verbundenen wirtschaftlichen Verfalls. Man hatte angenommen, daß in jenem patriarchalischen Zeitalter allgemein ein mittlerer Wohlstand geherrscht habe, ohne die beiden Extreme des Reichtums und der Armut. Die gegenwärtig bestehenden Unterschiede zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbauern mußten im Zusammenhang mit dieser Annahme zu der weitern Meinung führen, daß das Wesen der ökonomischen Entwicklung auf dem Land eben in dieser Differenzierung bestände: in der Zunahme der Gruppen der Reichen und der Armen auf Kosten der Bauern mittlern Besitzes. An diese Auffassung hielten sich alle diejenigen, die das Bauerntum als rudimentäre Kategorie ansahen. War es auch nicht tatsächlich proletarisiert worden, hatte es sogar vermocht, wenn auch nur unter äußerster Anspannung aller Kräfte und Herabdrückung des Lebensniveaus, den Großgrundbesitz teilweise zurückzudrängen, so wurden doch auf dem Land deutlich die mittleren Schichten dezimiert, indem ein Teil von ihnen unter die Besitzenden aufrückte, der andere aber proletarisiert wurde. Erst eine exakte geschichtliche Forschung hat erwiesen, daß das angebliche Zeitalter einer allgemeinen Gleichheit ein reines Phantasiegebilde darstellt. Wie weit wir auch an der Hand der geschichtlichen Dokumente in der Erforschung der Lebensbedingungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zurückgehen, überall bietet sich das selbe Bild der Mannigfaltigkeit und individuellen Verschiedenheit. Stets hat es Familien mit günstiger und solche mit ungünstiger Zusammensetzung der Arbeitskräfte gegeben. Die Gegensätze von Fleiß und Trägheit, Nüchternheit und Trunksucht, Kraft und Schwäche, Akkumulation und Konsumtion haben immer die eine Wirtschaft begünstigt, die andere herabgedrückt. Aber im großen und ganzen schwankte der Wohlstand der Bauernhöfe um ein gewisses mittleres Niveau, das für jede Epoche verschieden war. Die Elastizität der Familienwirtschaft hat die Zufälle des Geschicks stets auf einer gewissen Mittelstufe ausgeglichen und neutralisiert. In der russischen statistischen Literatur wurden interessante

Untersuchungen darüber angestellt, welche molekularen Verschiebungen in den einzelnen Wirtschaftsgruppen dazu führten, daß sich im Endeffekt doch wieder eine gewisse Stabilität ergibt. Nach den letzten Veröffentlichungen bolschewistischer Agrarschriftsteller, so Grünblatts und anderer, hat es sich gezeigt, daß gerade die nach Vermögen und Umfang extremen Gruppen Störungsprozessen, wie Familienteilung und Vereinigung von Familiensplittern zu neuen Familien, am stärksten unterworfen sind. Aber auch in denjenigen Gruppen, die von solchen Umwälzungen nicht betroffen werden findet eine ständige Bewegung auf der sozialen Leiter von unten nach oben und von oben nach unten statt. Die allgemeine Labilität der beiden extremen Flügelgruppen im Vergleich zu denen der Mitte führt dazu, daß sich in der Bauernwirtschaft ein eigentümliches System eines verschiebbaren Gleichgewichts herausbildet, ein Streben zu einem mittlern Niveau. Das in Rußland übliche System der Teilung von Familienwirtschaften und Neuverteilung des im Gemeindebesitz befindlichen Bodens trägt zweifellos dazu bei, daß die wirtschaftliche Entwicklung diese Richtung einnimmt. Aber auch die Gebiete mit privatem Bodenbesitz ergeben in dieser Beziehung keinen wesentlichen quantitativen und gar keinen qualitativen Unterschied. Nur in den Gegenden mit extensiver Wirtschaft, die von der Gunst des Zufalls abhängt, wo man schneller reich, aber auch schneller arm werden kann, lassen sich zu gewissen Zeiten stärkere differenzierende Bewegungen beobachten. Aber je intensiver der Betrieb, um so stärker treten die nivellierenden Tendenzen hervor, so daß die überwiegende Mehrheit der Höfe stets den gleichen Veränderungen in der Bauernwirtschaft unterworfen ist.

Es ist klar, daß bei der auf eigener Arbeit basierenden Familienwirtschaft stets das demographische Moment die Hauptrolle spielt. Die Wirtschaft entwickelt sich, zerfällt, geht unter und erhebt wieder zusammen mit der Familie. Das Vorhandensein von Arbeitskräften in der Familie bestimmt, bei sonst gleichen Bedingungen, die Arbeitsintensität der Wirtschaft. Die Produktionsmittel passen sich in Quantität und Qualität der Zusammensetzung der Familie an. Das Wesen der Wirtschaft stellt die Bilanz aus Produktion und Konsumtion, dem minimalen Lebensniveau entsprechend, dar. Die Einkünfte, auf den Kopf berechnet, streben einem einheitlichen Durchschnitt zu. Es wäre aber falsch anzunehmen, daß neben dem Einfluß des demographischen Faktors auf die Wirtschaft nicht auch eine Einwirkung in umgekehrter Richtung nachzuweisen wäre. Wie in vielen anderen Fällen, wo die Basis den Oberbau bestimmt, wirkt doch auch dieser wiederum auf das Fundament bestimmend ein; mit anderen Worten, es liegt ein typischer Fall von funktionellem Zusammenhang vor.

Wir wollen jetzt den dynamischen Prozeß in der Bauernwirtschaft an der Hand der Statistik betrachten und dazu das gleiche Material verwenden, aus dem die bolschewistischen Autoren ihre Differenzierungstheorie abzuleiten versucht haben. Nehmen wir zuerst das Jahrzehnt 1891 bis 1901, das mit einer Mißernte und einer Hungerkatastrophe begann und in seinem Verlauf durch die zunehmende Verarmung der Bauernschaft charakterisiert ist, und dann die Zeit von 1901 bis zur Revolution des Jahres 1917, die Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Für die erste dieser beiden Perioden macht der bolschewistische Autor W. Newskij die folgenden Angaben. Er teilt die landwirtschaftlichen Betriebe

nach ihrem Besitz an Pferden in 7 Gruppen ein. Nimmt man für jede Gruppe den Bestand im Jahr 1891 gleich 100 an, so ergeben sich für 1901 125 Wirtschaften ohne Pferd, 122 mit 1 Pferd, 96 mit 2 Pferden, 65 mit 3, 57 mit 4, 45 mit 5, 40 mit 6 und mehr Pferden. Newskij will mit dieser Tabelle die Differenzierung beweisen. Betrachtet man sie aber unvoreingenommen, so sieht man sofort die Unrichtigkeit seiner Schlußfolgerung. Läge hier wirklich eine Differenzierung vor, so müßten die mittleren Gruppen die größte Vergrößerung, die oberen und unteren eine entsprechende Zunahme aufweisen. Tatsächlich ergibt sich aber eine Zunahme nur für die beiden untersten Gruppen; alle anderen zeigen eine Abnahme, und zwar um so stärker, je "reicher" die betreffende Gruppe ist. Wir haben es also hier nicht mit Differenzierungen sondern mit einem ziemlich weitgreifenden Prozeß einer allgemeinen Senkung auf ein niedrigeres Niveau zu tun.

Für den Zeitraum von 1901 bis 1917 stellt der bolschewistische Schriftsteller Wlasow, und zwar auf Grund der Arbeiten W. Newskijs und W. Chruschtschows, folgendes fest: Von allen Bauernwirtschaften arbeiteten ohne Pferde 1901 33,5 %, 1917 29 %, mit 1 bis 2 Pferden 1901 60,8 %, 1917 66,2 %, mit 3 und mehr Pferden 1901 5,7 %, 1917 4,8 %. Diese Periode ergibt statt der Nivellierung nach unten eine solche nach der Mitte hin, eine Verminderung der extremen Flügelgruppen und eine Zunahme der mittleren; keine Differenzierung sondern eine Stabilisierung des Mittelbauern. Gehen wir noch weiter. In der nachrevolutionären Periode von 1917 bis 1920 fiel der Prozentsatz der nichtbestellten Wirtschaften von 11 auf 5 und der der Höfe mit mehr als 4 Deßjatinen bearbeiteten Bodens von 29 auf 15, während die Zwischengruppen von 30 auf 48 und von 30 auf 32 gestiegen sind. Von 1920 bis 1923 fiel die Zahl in der niedrigsten ackerlosen Gruppe von 7,5 auf 3,2 %, die 2 obersten Gruppen sanken ebenfalls von 7,4 auf 6,2 % und von 2,7 auf 1,8 %, während die Zwischengruppen folgende Veränderungen erfuhren: von 32,4 auf 39,4 %, von 32 auf 31,6 % und von 18 auf 17,8 %. Aber diese an sich schon wenig befriedigenden Zahlen betreffen ganz Rußland. Wenn wir die von der furchtbaren Mißernte und Hungersnot betroffenen und die davon verschonten Gebiete getrennt betrachten, so ergibt sich für die erstgenannten eine allgemeine Katastrophe. Hier haben sich, mit der einzigen Ausnahme der kleinsten Wirtschaften bis zu 2 Deßjatinen Ackerboden, alle Gruppen stark vermindert. Es fand eine allgemeine Nivellierung nach der untersten Stufe hin statt. In den von Mißernte und Hungersnot verschonten Gebieten dagegen hat sich sowohl die ackerlose Gruppe wie die der kleinsten Wirtschaften vermindert, alle anderen zeigen progressive Zunahme: das typische Bild einer allgemeinen Bewegung nach oben. Und endlich im Jahr 1924 erstreckt sich diese, bis dahin nur für die vom Hunger verschonten Gebiete charakteristische Bewegung nach oben schon über ganz Rußland. Im Vergleich zu 1922 haben sich die beiden untersten Gruppen um 1,68 respektive 1,5 % verringert; die anderen wuchsen fortschreitend um 1,12, 1,75, 2,33, 4,9 %. Der "Gesundung" entspricht auf der ganzen Linie für die Landwirtschaft eine Bewegung nach oben.

Worauf stützten nun Lenin und seine Anhänger ihre Behauptung von dem Differenzierungsprozeß, der angeblich so weit vorgeschritten war, daß ein Fünftel der Bauern über die Hälfte der Produktivkräfte auf dem Land verfügte? 2 Umstände waren es, die sie irreführten. Unterschiede zwischen

den verschiedenen Wirtschaftstypen, die auf der geographischen Lage und der Bodenbeschaffenheit beruhen, nahmen sie für den Ausdruck einer sozialen Umschichtung. Rußland hat landwirtschaftlich produzierende und konsumierende Gebiete. In diesen kann sich der Bauer schon infolge der klimatischen Verhältnisse nur während eines oft sehr kleinen Teils des Jahres mit der Landwirtschaft beschäftigen; hier muß besonders während des Winters gewerbliche Arbeit unterstützend eingreifen, sei es als Lohnarbeit in der Stadt, sei es als Heimarbeit oder Hausindustrie. Ein Teil dieser Bauern wandert dann als Saisonarbeiter über die für die Landwirtschaft kritische Zeit nach dem ertragreicheren Süden. Es ist klar, daß in diesen konsumierenden Gebieten die Bauernwirtschaften, vom rein landwirtschaftlichen Standpunkt aus, als proletarisch bezeichnet werden dürfen. Die eigentlich produzierenden Teile des Landes zeigen dagegen ein Bild der Kraft und des Wohlstandes. Und noch ein anderer Faktor wurde von Lenin und seinen Nachbetern falsch beurteilt. Bei ihrer Klassifizierung der Bauernwirtschaften haben sie nur die relative Größe der Höfe zugrunde gelegt, nicht aber die außerordentlich großen Unterschiede in der Zusammensetzung der sie bewirtschaftenden Familien in Rechnung gestellt, so daß der "Reichtum" pro Kopf der Bevölkerung keinen Ausdruck gefunden hat. Als darum vor kurzem der Bolschewist Bolschakow versuchte auf Grund des statistischen Materials eine erschöpfende Charakteristik der Kulakenwirtschaft zu geben, gelangte er zu folgenden Schlüssen: Im Durchschnitt besitzt ein "dorfbourgeoiser" Hof 11,9 Deßjatinen Ackerland, 5 Schafe, 2,2 Stück Arbeitsvieh, 3,7 werktätige und 12,9 konsumierende Familienmitglieder. In Wirklichkeit haben wir es hier also mit der Wirtschaft einer großen Familie zu tun, in der auf den Kopf weniger als 1 Deßjatine Ackerland entfällt, jedem produktiven Mitglied $3\frac{1}{2}$ nur konsumierende gegenüberstehen, und wo wegen Mangels an Pferden nicht einmal alle Arbeiter die Möglichkeit haben in der Zeit der dringendsten Feldarbeit gleichzeitig ins Feld hinauszufahren. Solche Familien stehen am Vorabend der Teilung; aber bei einer Teilung in 3 Familien muß schon eine von ihnen ohne Pferde bleiben. Chruschtschowa hat auch versucht, indem sie die Bauernwirtschaften nach der Fläche des bestellten Bodens gruppierte, zu ermitteln, wie viele Fälle von Familienteilungen auf jede Gruppe entfallen, und kam zu dem Ergebnis, daß der Prozentsatz in der ackerlosen Gruppe 0 war, in den Gruppen mit 1 bis 16 und mehr Deßjatinen aber regelmäßig ansteigt: auf 1, 3, 9, 24, 40 und schließlich bis auf volle 100, und dies in der Zeit von 1920 bis 1923. Tatsächlich zeigte sich denn auch nach der landwirtschaftlichen Zählung von 1920, daß die ackerlosen Bauernwirtschaften einen Familienbestand von 3,7 Seelen aufweisen, und daß deren Anzahl entsprechend der Größe der bewirtschafteten Fläche auf 4,6, 5,9 und in der obersten Kategorie mit 25 Deßjatinen Ackerland auf 10,2 Köpfe wächst.

Das genaue Studium der Ergebnisse wiederholter Zählungen der bäuerischen Bevölkerung hat einwandfrei ergeben, daß es für die Entwicklung der Bauernwirtschaften kein Gesetz der polaren Differenzierung: Kapitalisierung nach oben, Proletarisierung nach unten, Auflösung der mittleren Gruppen, gibt. Es ergibt sich vielmehr eine Konsolidierung der auf Selbstarbeit basierenden Familienwirtschaft als eines besondern sozialen Typus und eine Zusammenfassung dieser Bauernschaft zu einem geschlossenen Klassengebilde. Wohl kommen Absplitterungen von dieser Masse vor,

sowohl nach oben: Günstlinge des Schicksals, die aus der bäuerlichen Wirtschaft zum Handel, zur Spekulation, zum Dorfwuchertum übergehen, als auch nach unten: Obdachlose, völlig Verarmte, Deklassierte. Die einen vertauschen schnell das für ihren Unternehmungsdrang zu enge Dorf- milieu mit dem weitem Betätigungsfeld der Stadt als Mittelpunkt des Handels und Kredits, die anderen lösen sich ebenfalls vom Dorf los und machen sich auf anderswo das Glück zu suchen. Aber diese Absplitterung der vom Schicksal Begünstigten und der Deklassierten findet sich innerhalb jeder sozialen Klasse, und nur oberflächliche Betrachtung kann hierin ein Zeichen der Auflösung einer Klasse oder eines Standes erblicken, auf deren Trümmern dann neue Klassen entstehen. Oft genug werden sogar die von der Bauernwirtschaft sich ablösenden Elemente später von ihr wieder herangezogen und absorbiert. Dem Prozeß der Flucht aus dem Dorf stehen zahlreiche Fälle der Rückkehr zur Scholle gegenüber. Diese Fälle häufen sich bei jeder Bodenreform und ganz besonders bei Agrarrevolutionen.

Übrigens irrte die landläufige Ansicht nicht nur darin, daß sie den statischen Zustand der wirtschaftlichen Verschiedenheit auf dem Land kritiklos mit der polaren Differenzierung kapitalistischer Art verwechselte. Nach dem "Augenmaß" urteilend überschätzte man auch den Grad dieser Verschiedenheit selbst. Das Bild änderte sich sofort radikal, als die Statistik die Bauernhöfe nicht mehr einfach nach der landwirtschaftlichen Bodenfläche, dem Bestand an Vieh und Inventar klassifizierte sondern alle diese Daten in Relation zur Anzahl der Familienmitglieder setzte. Denn nun zeigte sich, daß der größere Reichtum eines Hofes eine Funktion der vergrößerten Familie ist. Und da diese Vergrößerung nur eine Vorstufe zur Teilung der Familie darstellt, ist auch dieser Reichtum nur eine Phase, die das natürliche Grundelement der Familie, das Ehepaar, in seiner Entwicklung durchläuft. Und auch die wirtschaftliche Schwächung ist nichts als eine weitere Phase.

Die russischen Sozialrevolutionäre verwarfen von Anfang an die Hypothese einer polaren Differenzierung der auf Selbstarbeit beruhenden Landwirtschaft, und sie haben mit ihrer Anschauung recht behalten. Gegenwärtig haben sogar die bolschewistischen Statistiker wie Chruschtschowa nach den Ergebnissen der allerletzten Zählungen eingesehen, daß die Entwicklung in der Bauernschaft zu einem gleichen Niveau, mit unbedeutenden Absplitterungen nach oben und unten, tendiert. Zu der gleichen Ansicht waren schon früher auf Grund der Zählungen der Semstwestatistiken die Forscher aus der Schule der Volkstümpler, der Narodniki, gelangt: Nikolaj Tscher-nenkow, Panteleimon Wichljajew, Alexej Peschechonow, Karl Katschorowskij und andere, von denen die Linkstehenden sich der Sozialrevolutionären Partei Rußlands angeschlossen haben. Und endlich verkündigte vor einem Jahr auch der bolschewistische "Marxist" Nikolaj Bucharin, daß der Mittelbauer auf dem Land die Zentralstellung einnehme, daß die mittlere bäuerliche Wirtschaft die Grundlage der dörflichen Ökonomie bilde, und daß damit der tiefste Sinn der ersten Phase der russischen Revolution sich in der grandiosen Nivellierung des russischen Dorfs auspräge.

So ist denn der rein ökonomische Prozeß, dessen Tendenz die Stabilisierung der bäuerlichen Arbeitswirtschaft als lebensfähigster Grundlage war, in den revolutionären Jahren 1917 und 1918 erst recht bestätigt worden.



HILTGART VIELHABER · MEA CULPA

SIEGHAFTER Ausgang eines Feldzugs ist nicht immer Heil für ein Volk. Zwar spornt das Gefühl der Zugehörigkeit zur sieghaften Nation den Mittelmäßigen im ersten Affekt über sich hinaus. Aber mit dem Rückschlag solch übersteigerten Empfindens wird die Anforderung an eigene Leistung zurückgestellt. Bequemer Ablauf gewohnten Tagewerks führt bald auf die bekannte Ebene zurück. Anders, wo ein großes Volk im Krieg unterlag. Das Leid öffnet die Tore zu den tiefsten Schächten unserer Kraft. Doch muß der unbedingte Wille zur Wahrhaftigkeit vorhanden sein und damit auch der Opfersinn, der, über alle nationale Eigenliebe hinweg, zum gemeinsamen Werk an der neuen Menschheit drängt.

Die Stellung zum Krieg, zu seinem Verlauf und seinen Folgen ist heute noch das am meisten trennende Moment im deutschen Volk. Sehr unterschiedlich ist dementsprechend auch das Verhalten unserer Dichter, und auch nur teilweise erklärbar durch Altersstufe und Lebensumstände. Die Generation um Gerhart Hauptmann, die nur zum kleinen Teil noch, wie Richard Dehmel, den Schützengraben kennen lernte, hat in der Blüte ihrer Manneszeit die Scheingröße Deutschlands erlebt. Sie ist trotz aller leidenschaftlichen Kritik des Bestehenden doch in gewissem Sinn in der Vergangenheit verwurzelt. Ihr Wille für die Zukunft reguliert sich unbewußt an dem, was sie in ihrer Jugend als wünschenswert erstrebte. Wennschon gerade Heinrich Mann mit seinem absoluten Sinn für Tatsachen die Wesensart unserer jüngsten Jugend in erstaunlicher Intuition erfaßt hat: ausschlaggebend für die Ummünzung des Kriegserlebnisses wird auf eine Weile hinaus jene andere Generation sein, der Fritz von Unruh, Walter Hasenclever, Reinhold Goering, Ernst Toller angehören. Sie erfuhr das ungeheure Geschehen buchstäblich mit eigenen Augen, ständig auf den Einsatz des eigenen Lebens gefaßt. Dem Siegestaumel, der die Heimat blendete, zählte sie gleich die riesenhaften Opfer an Menschendasein im weitesten Sinn des Wortes bei. Sie liebte ihr Vaterland, aber war es ein Vater oder Mutterland, das sie und die Millionen Volksgenossen in Not und Tod trieb? Auch bei diesen Dichtern war, wie bei denen der neunziger Jahre, den Hauptmann, Holz, Schlaf und anderen, die Kritik an dem Herrschenden schon vor dem Krieg dagewesen: Hasenclever in Nirwana, Der Sohn, Unruh in dem Drama Offiziere drängen teils zur Revolte, teils stellen sie das Widerspruchsvolle gewisser Institutionen an den Pranger. Doch der Krieg erst öffnet ihnen das innere Gesicht, so daß sie, von Erfahrung zu Erfahrung, von Erkenntnis zu Erkenntnis vordringend, zum Gefühl ihrer Mitverschuldung an allem Leid, ihrer Mitverantwortung zur Überwindung dieses Leids gelangen. In Hasenclevers Antigone, in Unruhs Heinrich aus Andernach bricht sich jene hohe Menschlichkeit Bahn, die sich der eigenen Schuld anklagt, die den Haß durch Liebe überwinden und in jedem Menschen, welchem Stamm und Volk er auch angehöre, nur noch den Mitmenschen, den Bruder sehen will.

Schwer war der Weg zu diesem Ziel, das ja auch nur die Basis bildet, auf der sich nun das neue Tun entfalten soll. In Unruhs Offizieren steht schon die Frage nach der Berechtigung des Offiziersberufs überhaupt. Im Frieden Kasernendruck, Subordination, ein wenig Flirt; alles gleichsam provisorisch. Nur für wenige Raum und Möglichkeit eigenen Ideenreichtum sich frucht-

bar auswirken zu lassen. Dann werden Freiwillige für den Krieg in Südwest geworben. Die Offiziere drängen sich herzu. Das bisher Zwecklose ihres Lebens soll nun endlich zweckvoll für sie werden. Allein wie ist das Resultat? Auch hier nur wieder stummes Sichfügen, kein Weg ins Freie für den eigenen schaffenden Willen, genau wie in der Heimat. In einem der Offiziere dämmert es dann auf, daß Mensch Sein mehr als stumpfe Pflichterfüllung heißt, ja, daß Menschen Töten eben Totschlag ist. Dann quillt im folgenden Drama Unruhs, das im Frühling 1914 erschien, im Prinz Louis Ferdinand, die heiße Liebe für das Preußenland hervor. Als wahrer Patriot will der Dichter nicht schönfärben. Er weist auf die Wunden im Staatskörper, die nach Heilung lechzen. Er sieht zurück und sieht wie im voraus das Unglück seines Volkes, das ein unfähiger Herrscher, verantwortungslose Staatsmänner und eigene Gedankenlosigkeit in den Abgrund reißen. Hier stand ein Menetekel. Nur wenige sahen es damals.

Dann kam das Weltbeben. Schon im Herbst 1914, als Ergebnis der ersten Kriegsmonate, beginnt Unruh ein neues Werk: Vor der Entscheidung, kein Drama, wie es mit Vorbedacht der Künstler aufbaut, aber eine Tragödie, die die Geschichte selber schrieb. Schützengraben, Unterstand, zerstörte Dörfer, Lazarette in zerschossenen Kirchen; eine Frau, die im Kindbett stirbt, während draußen Vater, Brüder, Gatte zur Bestrafung erschossen werden. Dämmerndes Schlachtfeld mit Lebendigen und Toten. Der all dies schaut und bucht, sich zur Erkenntnis, ist der Ulan. Noch fragt er Gott:

»Will's Pflicht zu sehn und dennoch mitzufechten?

Ist's Pflicht zu gehn aus diesen Würgenächten?«

Im Opfergang, der auch aus vielfältigen Bildern zusammengestellt ist, kommt Unruh dann zur gefühls- und vernunftmäßigen Ablehnung des Krieges.

Stärker noch wirkt er in dem 1. Band einer geplanten Trilogie Das Geschlecht. Das grenzenlos grauenhafte Erleben dieses Krieges, der Gram um ewig Verschüttetes, die aufgewühlten Urinstinkte des verrohten Menschen schreien aus diesem Drama, das in einen einzigen Akt unerhörten Leids zusammengeballt ist. Über alle Wirrnis der Empfindungen läßt Unruh hier die Mutterliebe triumphieren. Ähnlich wie in Leonhard Franks schönem Buch Der Mensch ist gut muß sie sich in Qualen vom Besitz des eigenen Kindes lösen. Aber ihr gramvoller Wille wirkt in die Zukunft hinein auf die werdenden Mütter: daß sie sich alle verbinden zum ewigen Kampf wider den Krieg, der ihre Kinder, die Menschen, die sie für das Leben gebaren, mordet. Ihr Aufruf ist wie eine Fanfare, die der neuen Zeit die neuen Mütter kündet.

Noch überhöht wird der Ertrag all dieses Erlebens im Heinrich aus Andernach. Im Krieg war mancher sehend geworden, der in den ungestümen und trüben Tagen der Nachkriegszeit, unter den Folgen des Friedens von Versailles, auf die schon erlangte innere Freiheit wieder verzichten lernte. Gerade da trat Unruh hervor, mit starkem Ethos die Bande sprengend. In der Karwoche 1925, als man überall für die Jahrtausendfeier rüstete, schrieb er sein Festspiel. Es war eine Tat des Muts dieses Stück zu schreiben und aufzuführen zu lassen, in einer Zeit, da das rheinische Land noch besetzt war. Denn Unruh spricht hier direkt von der Gegenwart, vom Hader der deutschen Stämme und der politischen Parteien, von der Verdächtigung des einen durch den andern. Dieses Grundübel des deutschen Volkes wird gleich in der Einführung herausgestellt. Die Bürger haben sich des Nachts

auf der Wiese getroffen, um das Festspiel zur Jahrtausendfeier vorzubereiten. In ihrem Zank, ob Heinrich der Vogler, der Kaiser, dargestellt werden solle oder nicht, wie der Demokrat Otto und der Sozialist Ludwig verlangen, mahnt der vor Verdun blindgeschossene Karl zur Verständigung. Da wälzt sich eine Schar von Menschen heran: erst Mädchen, die im dichten Kreis einen Mann beschützen, bei ihnen Mathildis, die Frau Heinrichs von Andernach, der noch in der Versammlung fehlte. Nun kommt er selbst, fast sprachlos vor Empörung, und mit ihm die vor Revanchedurst glühende Jungmannschaft. Als er auf eigenem Grund und Boden ging, hat ihn der Peitschenschlag eines Belgiers in das Gesicht getroffen, ihn, der stets nur zu Frieden und Vernunft gemahnt hatte. Mathildis beschwört ihn von der Rache abzulassen, und die Mädchen wollen ihn vor den schrecklichen Folgen einer Rachedat bewahren. Ihn brennt die erlittene Schmach, und die Worte der zu wütender Vergeltung bereiten Männer und Jünglinge schüren noch das Feuer. Als kein flehendes Wort seiner Gattin ihn erweicht, als sein unbewußt mahnendes Söhnchen ihn nicht umzustimmen vermag, greift der blinde Karl zu dem letzten Mittel: Er mahnt Heinrich daran, wie er selbst einst, in Namur, die Peitsche schwingend durch die Straßen zog. »Um den Bruder zu rächen«, stöhnt Heinrich auf. Und weiß doch zugleich, daß auch die einstigen Feinde jetzt nur Rache nehmen für Unbill und Leid, die ihren Vätern, Brüdern, Müttern und Gattinnen von ihm und seinen Kriegsgefährten angetan worden sind. Da springt der Reif, der sein Herz umspannte, Scham über eigene Schuld drängt zum Bekenntnis, und zugleich entsteht der Wille zu sühnen, die Brücke bauen zu helfen über die große Kluft. Selig nimmt Mathildis den Erneuerter, Wahrhaftigern wieder auf, und sich selbst bescheidend klingt Heinrichs Wort: »Mehr kann keiner von uns sein als Zement zwischen Stein und Stein des Friedens.« Die Frau rast hier nicht mehr in Gram und Verzweiflung und beschwört die Mütter der Zukunft. Nein. Mathildis steht in der Gegenwart, sie ist die Gefährtin, das Gewissen ihres Mannes, die mit ihm für die Zukunft baut.

Groß war die Forderung dieses Festspiels. Nicht alle waren weit genug sie damals schon anzuerkennen.

Die Entwicklung Hasenclevers, von seinem Vorkriegsdrama Der Sohn über die Gedichte und den Retter zu seiner Antigone, ist noch überraschender als die Unruhs. Bei Unruh war von Anfang an der große Ernst, der Wille den Problemen auf den Grund zu gehen. Hasenclever hat zwar auch sein Pathos, wenn er im Sohn die bedrückte Jugend zur Empörung gegen die Väter aufruft, ja seinen Helden zum Mord des eigenen Vaters bereit sein läßt. Aber Hasenclever ist zuerst mehr typisches Produkt einer kultivierten Familie. Er führt erst einmal seine jugendliche Phantasie auf ihm abwegig scheinenden Pfaden umher. Dann wird er von dem Krieg getroffen: anders als Unruh, aber auch in Tiefen hinein, die sich plötzlich wie ein neuer köstlicher Besitz auftun. Auch er ringt um die Formel der Befreiung aus diesem seelischen Umnachtetsein, der Verknechtung durch Hunger, Gram, Haß, Rachewunsch. Da trifft er auf die Antigone des Sophokles. »Ὅτι οἱ συνέχθαι, ἀλλὰ συμπιλεῖν ἔρουν.« Dieses Wort: daß wir nicht mitzuhassen, daß wir mitzulieben da sind, weist ihm die Richtung.

Nun schreibt auch Hasenclever eine Antigone. Die Tatsachen des Dramas lehnen sich eng den antiken an, die Personen verkleiden sich in Gestalten

unserer Zeit, so Kreon als Wilhelm II. Antigone selbst, wundervoll in ihrer kosmischen Liebeskraft, wächst weit über die Rächerin des Polyneikes hinaus. Die Frauen des verblendeten Volks, die sie bedrängen und als Feindin des Vaterlands beschimpfen, erobert sie durch das Bekenntnis ihrer Schuld:

›Ich klage mich an, die niederste Magd von allen,

Daß ich lebte und wußte: wir töten uns;

Daß keine Stimme vom Himmel

Mich erweckte als Retterin.

Ich klage mich an, daß in meine Kissen

Nicht die Wunden eiterten hinein;

Daß ich schwebte auf blühenden Girlanden,

Solange ein Mensch noch hungrig war.

Ich klage mich an: Ich habe Gutes genossen,

Doch nichts Gutes getan, sonst wären Menschen nicht feind.

Nur die Liebe des ungeheuren Leidens

Stillt die Träne der Geknechteten.«

Sie wird von Männern und Frauen ihres Volkes als Leidende empfunden, als ihresgleichen im Leid. Und die sie steinigen wollten, stellen sich nun ihrer Verurteilung durch Kreon entgegen. Diese Rede ist stärker in der Wirkung als die Marc Antons, denn Antigone rührt noch an andere Tiefen in ihren Hörern. Kreons Wut wendet sich nicht mehr gegen die Beerdigerin des Polyneikes sondern gegen die Frau, die dem Volk die Augen öffnet und es zum Kampf für seine eigenen Rechte treibt. So stirbt Antigone, weil sie die eigene Schuld und die eigene Verantwortung bekannte und die Herrschenden in den Kreis alles Menschlichen hineinzog.

Dieses Drama, 1917 verfaßt, war gleichsam eine Prophetie vom Sturz der damaligen Machthaber. Möge das deutsche Volk in allen Schichten immer tiefer in die Erkenntnis eigener Verantwortung und damit in eine neue Kraft zur Güte hineinwachsen.

DAVID LUSCHNAT · DER FLECK AUF DEM ASPHALT



SCHAUPLATZ der Ereignisse ist eine schöne und zweckmäßig eingeteilte Straße. An den Häuserreihen läuft je ein breiter Bürgersteig entlang. Daran schließt sich je ein asphaltierter Fahrdamm für Autos und Fuhrwerke. In der Mitte ist ein prachtvoller Kiesweg. Platanen und Buschwerk säumen ihn ein. Die Bänke unter den Platanen stehen meist leer. Die Leute haben in dieser Stadtgegend wenig Zeit. Sie müssen alle schnell weiter. Jeder hat ein anderes Ziel, aber alle streben hastig vorwärts, um nicht zu spät zu kommen.

Ein junger Mann, der mutlos und enttäuscht aussieht, kommt daher und setzt sich auf eine Bank. Da rennt nun alles, denkt er, wie besessen an einander vorbei. Einer kennt den andern nicht. Die Autos tuten. Die Kutscher hauen mit ihren Peitschen auf die Pferde ein; damit sie schneller laufen. Wie sinnlos das alles ist.

Eine gutgewachsene junge Dame bemerkt den jungen Mann und setzt sich neben ihn. Sie kokettiert mit ihren gelbseidenen Strümpfen. Der junge Mann

bleibt bei seinem Trübsinn. Wenn wenigstens etwas passieren würde, denkt er, irgendetwas Unerwartetes. Es könnte auch ganz entsetzlich sein. Dieses Gelaufe und Getute ist zum Verrücktwerden. Immer und ewig das selbe.

Kaum hat sich dieser Gedanke in seinem Gehirn vollendet, kommt das Unerwartete schon angehüpft. Ein junger Spatz, der noch nicht flügge ist, wird von einem kleinen Mädchen verfolgt. Sie glüht vor Eifer. Sie hat ihn auch schon, aber er befreit sich. Sie läuft und hat ihn wieder. Er flattert in Todesangst und ist wieder frei. Sie läuft hinter ihm her. Sie will dem Vogel nichts tun, sie will ihn bloß haben, will mit ihm spielen. Jetzt hat sie ihn an den Baum gedrückt, umschließt ihn mit beiden Händen, hebt ihn hoch. Sie ist ganz vorsichtig, damit er nicht zerdrückt wird. Er ist ja noch so klein. Er schlägt verzweifelt mit den Flügeln und entschlüpft wieder. Nun hat er erfahren: Auf der gelben Fläche wird er immer gefangen. Aber dort auf der grauen, glatten ist die Rettung. Er nimmt alle Kraft zusammen und flattert auf den Fahrdamm. In der Mitte duckt er sich nieder und äugt zurück: Nein, das entsetzliche, riesige Ding, das ihn fressen will, kann ihn nicht folgen. Er ist gerettet. Da surrt das linke Hinterrad eines Autos über ihn hinweg. An der Stelle, wo er saß, ist jetzt ein roter Fleck auf dem Asphalt.

Das Kind schreit auf und deckt die Hände über beide Augen.

Der junge Mann, der den Vorgang mit Spannung verfolgt hat, lehnt sich zurück und schlägt die Beine über einander: Da rennt nun alles an einander vorbei, denkt er, die Autos tuten wie besessen, keiner gibt sich auch nur Mühe zu bemerken, wie schrecklich der kleine Spatz ums Leben kam.

Die junge Dame mit den gelbseidenen Beinen geht schnell zu dem Kind und spricht ihm mütterlich Trost zu. Mit ihrem zarten Taschentuch wischt sie ihm die Tränen ab.

Der junge Mann fühlt sich von diesem Anblick angeekelt und wendet sich zum Gehen. Als die junge Dame seine Bewegung bemerkt, läßt sie das Kind stehen und tritt dem Flihenden entrüstet in den Weg.

»Sie gefühlloser Mensch«, schreit sie ihm ins Gesicht, »wie können Sie so etwas ruhig mit ansehen?«

»Weil ich es nicht sehen kann, deshalb will ich ja gerade fortgehen.«

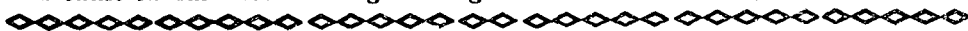
»Sie machen sich auch noch lustig. Pfui!«

Die junge Dame mustert ihn verachtungsvoll und wendet sich ab.

Der junge Mann beginnt Interesse zu fassen. Die junge Dame mit den gelbseidenen Beinen sieht in ihrer Empörung wirklich sehr hübsch aus. Er beginnt ihr seinen Seelenzustand zu erklären und seine Einstellung zu dem Vorfall. Er meint, es wäre doch entsetzlich, daß Gott so etwas zuließe. Die Dame hört aufmerksam zu. Langsam spazieren die beiden über den gelben Kies dahin. In Rede und Gegenrede schließen sie ihre Herzen vor einander auf.

Das Kind betrachtet mit weiten starren Augen den Blutfleck auf dem Asphalt. »Lieber lieber Gott«, betet es, »gib doch, daß der Vogel wieder lebendig wird.«

Aber der rote Fleck bleibt. Ja, er scheint immer roter zu werden und immer größer, als ob da immer mehr Blut aus dem Asphalt quillt. Das Kind schreit und läuft in furchtbarer Angst die gelbe Kiesallee entlang.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Ludwig Preller

Deutschland Die sozialpolitische Lage dieses Winters wird durch

2 Momente beeinflusst. Einmal durch die Lage des Arbeitsmarkts. Dieser scheint sich nach Beendigung der Saisonarbeiten für längere Zeit auf reichlich 1 Million Arbeitsloser feststellen zu wollen. Zum andern aber bedeutet die derzeitige Regierungskrise nichts anderes als die Notwendigkeit sich nun, nachdem in gewisser Hinsicht eine außenpolitische Linie festgelegt ist, endlich zu entscheiden, ob die innenpolitische Ausgestaltung der deutschen Republik mit den Arbeitnehmern oder gegen sie erfolgen soll. Bezeichnenderweise sind daher die Hauptpunkte in der Regierungsfrage eine Frage nach der Herrschaftsstruktur in der Reichswehr (feudal-aristokratisch oder demokratisch) und eine sozialpolitische Forderung: die nach der Regelung der Arbeitszeit. Wobei infolge der Einmütigkeit der Spitzengewerkschaften in der Arbeitszeitfrage der Schnitt mitten durch 2 Regierungsparteien: das Zentrum und die Demokraten, geht. Beide Momente üben ihre Wirkung auf die sozialpolitische Tätigkeit von Parlament und Regierung aus. Diese Tätigkeit erstreckt sich zurzeit vorzüglich auf die Arbeitslosigkeit, den Arbeitsschutz, die Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag und die Ausbildung jugendlicher Arbeiter. Im Hintergrund halten sich die politisch-sozialen Ansprüche der gesellschaftlichen großen Gruppen.

Die Arbeitgeber sind infolge der geringen Aufnahmefähigkeit des Binnenmarkts an der Behebung der Arbeitslosigkeit, und zwar nicht nur in der Verbrauchsindustrie, interessiert, andererseits erscheint ihnen gegenüber dem gegenwärtig notwendigen Kapitalbildungsprozeß jede Erhöhung der Soziallasten unerträglich. Die infolge der betriebsorganisatorischen Rationalisierung fortschrittlich gesonnenen Betriebsleitungen erkennen immer mehr den wirtschaftlichen Wert des Arbeitsschutzes und die Notwendigkeit diesen weithin gemeinsam mit den Arbeitnehmern zu betreiben an. Dabei sieht man 2 Strömungen. Die einen wollen jene Zusammenarbeit kollektiv von Organisation zu Organisation, die anderen patriarchalisch durch Werks-gemeinschaft lösen. Die eine Richtung ist durch den Namen Silverberg gekenn-

zeichnet, die andere durch das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung in Düsseldorf und die hinter diesem stehenden rheinischen Großindustriellen.

Die Arbeitnehmer erkennen, äußerlich sichtbar seit der Breslauer Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes /1925/, mehr und mehr die vorzugsweise wirtschaftlichen Aufgaben machtvoller Gewerkschaften: die Gewerkschaft als Wahrer des Wirtschaftsguts Arbeitskraft; so erhält neben Lohn- und Mitwirkungsrecht des Arbeitnehmers auch der Arbeiterschutz für die Gewerkschaftsarbeit erhöhte Bedeutung. Die weite Sicht solcher auf Zeit berechneten Wirtschaftspolitik bringt aber vielfach die Führer in verhängnisvollen Gegensatz zur Masse, die vom Hunger des Tages bedrängt wird: ein Gegensatz, der von Arbeitgeberseite fleißig benutzt wird. Dies, dazu die immer zum Radikalismus drängende Neigung großer Arbeitslosenheere, bringt leicht Agitationsarbeit ins Parlament; so typisch in Sachsen.

Die staatliche Tätigkeit endlich leidet an der Schwäche einer Minderheitsregierung, die gerade jetzt in der Regierungskrise ihren Ausdruck findet. Die Stellung der Selbstverwaltung ist, besonders beim Erwerbslosenproblem, neben dem zwangsläufigen Herrschaftsstreben jeder größeren Organisation, durch ihre Bedrängnis in finanzieller Hinsicht (Finanzausgleich) und durch Befürchtung für eine Verwässerung ihrer Fürsorgearbeit (Ausgesteuertenfrage) gekennzeichnet (siehe auch die Rundschau Kommunalsozialismus, 1926 Seite 775 und folgende).

Auf diesem Boden spielen sich die sozialpolitischen Kämpfe heute ab. Diese sind, was die Arbeitsgerichte anlangt, durch Verabschiedung des Arbeitsgerichtsgesetzes abgeschlossen worden. Zum Arbeitsschutz ist der monatelang vertraulich behandelte Gesetzentwurf, teilweise veranlaßt durch die Gewerkschaftsforderung eines Arbeitszeitnotgesetzes, noch vor Weihnachten dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zugegangen. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist zum Jahresschluß an den Reichstag gekommen, und der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes sollte vom Kabinett verabschiedet werden.

Das Typische an diesen Vorgängen und ihrem Inhalt ist der deutlich erkennbare Wille das Arbeitsrecht, von dem die genannten Gesetze und Entwürfe teilweise wichtige Bestandteile sind, einheitlich zu

gestalten. Der Kampf geht darum, ob das Arbeitsrecht innerlich dem bürgerlichen und dem öffentlichen Recht einzugliedern, oder ob es als ein selbständiges Kollektivrecht zu normieren ist, wie es von Hugo Sinzheimer in der Arbeit umrissen wurde. Im Arbeitsgerichtsgesetz ist diese Frage deutlich, wenn auch noch nicht eindeutig, in der Richtung eines gesonderten Kollektivrechts entschieden. Der Arbeitnehmer erhält in seiner Arbeitnehmereigenschaft in Fortsetzung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, aber unter Erweiterung der sachlichen Zuständigkeit (zum Beispiel bei bestimmten Tarifstreitigkeiten), eine eigene Gerichtsbarkeit. Vor allem aber wird der einer tariffähigen Kollektivorganisation angehörende Arbeitnehmer bei weitem bevorzugt: In der 1. Instanz kann ein Arbeitnehmer lediglich, in der 2. Instanz auch durch Gewerkschaftsbeamte vertreten werden. Ebenso werden die Beisitzer lediglich von den tariffähigen Organisationen vorgeschlagen. Im Vorsitz der Arbeitsgerichte ist das Monopol der ordentlichen Richter durchbrochen, wenn auch immer noch die Befähigung zum Richteramt verlangt wird (während diese bisher nicht unbedingt erforderlich war). So ist hier, wenn auch noch starke Mängel bestehen, ein großer Schritt zum Kollektivrecht hin getan.

Im Arbeitsschutzrecht werden ähnliche Tendenzen sichtbar. Dies kennzeichnet sich vor allem in dem erheblichen Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht, daß grundsätzlich alle, nicht, wie bisher, nur bestimmte, teilweise noch nach der Größe ihres Betriebs bezeichnete Arbeitnehmer betroffen sein sollen. Macht der Regierungsentwurf sich auch, bis auf gewisse Ansätze bei der Arbeitszeitregelung, nicht die auf Arbeitnehmerseite teilweise bestehenden Wünsche auf starken Einfluß der Organisationen (Selbstverwaltung) zu eigen, so enthält er doch eine sicherlich förderliche klare Abgrenzung zwischen dem (öffentlichen) Arbeitsschutzrecht und dem (hier privatrechtlich gefaßten) Arbeitsvertragsrecht. Eine Basis, auf der sich immerhin kollektivrechtliche Bestrebungen besser als bisher entwickeln können. An Einzelheiten sei nur der Einbau des seit Jahrzehnten geforderten staatlichen Maschinenschutzes erwähnt: auch ein Durchbrechen liberaler, individualrechtlicher Anschauungen.

Die starken Bedenken, die der Entwurf auf der Arbeitnehmerseite wegen der Gestaltung von Einzelheiten erweckt hat, konzentrieren sich in der Arbeitszeit-

frage. Hier wird dem Entwurf von den Gewerkschaften vorgeworfen, daß er nicht dem starken Willen des Arbeitnehmers auf den kulturellen Achtstundentag entspreche, vielmehr die künftige Arbeitszeitregelung durch ein System von Ausnahmen reichlich unübersichtlich mache. Es läuft daher die durch einheitlichen Beschluß der Spitzenorganisationen eingeleitete Sonderaktion mit dem Ziel der Schaffung eines dem kulturellen Achtstundentag weitgehend angepaßten Arbeitszeitnotgesetzes.

Die Fragen aus der Arbeitslosigkeit endlich haben ihren Mittelpunkt in der Unmöglichkeit das bisherige Unterstützungssystem fortzuführen und der sich daraus ergebenden Forderung eines Lohnklassensystems. Die Erhebung über die Erwerbslosenfürsorge vom 2. Juli 1926 hat hierfür beachtenswerte Unterlagen geschaffen. Die Schwierigkeiten liegen in der sich aus dieser Erhebung ergebenden Verschiebung der finanziellen Basis sowie nach wie vor im Aufbau des Verwaltungskörpers für die Arbeitslosenversicherung (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 398 und folgende). Immerhin sind starke Bestrebungen vorhanden den Komplex der Arbeitslosenversicherung noch bis zum Frühjahr zu bewältigen.

Ein weiteres sich aus Arbeitslosigkeit und Rationalisierung ergebendes Problem ist das des Schicksals der älteren Arbeiter und Angestellten. Auch diese äußerst schwierige Frage harret in diesem Jahr einer parlamentarischen Lösung.

Probleme und Prinzipien 4 Bücher über Sozialpolitik beweisen das Interesse, das die sozialpolitischen Probleme

in negativen oder positiven Sinn in der Gegenwart finden. 3 der Bücher nehmen dies Interesse zum Ausgangspunkt ihrer Themenstellung. Robert Wilbrandt führt in seiner Arbeit Die moderne Industriearbeiterschaft /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/ den Nachweis, daß eine "Arbeiterfrage" trotz Leugnen der Wissenschaft (Adolf Günther) auch, ja gerade heute noch besteht. Theodor Brauer fragt in seinem Buch Deutsche Sozialpolitik und deutsche Kultur (in der Sammlung Schriften zur deutschen Politik /Freiburg, Herder & Co./), ob deutsche Sozialpolitik deutsche Kultur fördere oder hemme. Clemens Sieben sucht in seiner Abhandlung Abbau in der Sozialpolitik /Velbert, Freizeitenverlag/ zu beweisen, daß ein solcher Abbau nicht erfolgt sei. Endlich gibt Bruno Rauecker eine Einführung in die Sozialpolitik /Berlin, Zentralverlag/.

Wilbrandt, wie immer in seiner mit Kampfesfreude verbundenen Neigung zur Theorie, widmet seine vortreffliche Einführung in die Probleme der Arbeiterschaft und ihres Klassenkampfes »jedermann, vor allem aber den Gebildeten und der Jugend; den Studenten«. Möchte doch jedermann auch dieses Buch lesen; wir entgingen dann manchem unfruchtbaren Streit. In einer auf den geschichtlichen Tatsachen aufbauenden Analyse der Gegenwart bringt Wilbrandt die Wurzeln der Lage der Industriearbeiterschaft ans Licht, er macht ihren Klassenkampf verständlich und gibt, ein praktischer Versuch zu seiner Theorie des »ökonomischen Rats«, vorsichtig Grundlagen zu ökonomischer und soziologischer Beurteilung sozialpolitischen Wirkens. Nicht jeder wird Wilbrandts Methode im einzelnen anerkennen: er selbst bekennt sich ja seit Jahren als ein Suchender; aber es wäre gut, wenn insbesondere die junge sozialpolitische Generation mit seinem ersten Willen zum Forschen und zur Tat an die Wunden der Zeit und des Proletariats heranginge.

Ein anderes Problem bei Brauer. Der Katholizismus, dem er angehört, ringt in der Gegenwart besonders stark um die Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen Ökonomie und geistigem Sein. Es wäre verfehlt dieses Ringen mit einer "marxistisch" hochmütigen Geste abzutun; ringt doch der Marxismus selbst um diese Fragen. Brauer geht vom gleichen Ort wie Wilbrandt aus; vom angeblichen Überlebensein der Sozialpolitik, und fragt nach den Zusammenhängen zwischen Sozialpolitik und Kultur. Er findet in feinsinnigem Nachfühlen des Wirkens der Sozialpolitik auf das Arbeiterleben, daß deutsche Kultur, deren Begriffsbestimmung mit Gertrud Bäumers »geistigem Kosmos« allerdings reichlich verschwommen bleibt, durch die Sozialpolitik nur gefördert werde. Zugleich unbeabsichtigt ein treffender Beweis der Abhängigkeit des geistigen Überbaues von der materiellen Grundlage. Auch wer den ständischen Idealen der christlichen Arbeiterbewegung, die sich in Anlehnung an Othmar Spann auch Brauer zu eigen macht, und die gewisse Parallelen zum Fascismus aufweisen, nicht zustimmen kann, muß Brauers Schrift als Gewinn in der sozialpolitischen Literatur buchen. Siebens Buch interessiert aus anderm Grund als seine Themenstellung erwarten läßt. Dieses Thema ist gestellt und nicht gelöst. Zwar wird eine Lösung behauptet; nämlich die, daß die Maßnahmen auf Grund des Ermächtigungs-

gesetzes von 1923 nicht Abbau sondern Ausbau der Sozialpolitik gebracht hätten. Der Beweis dafür ist jedoch trotz großer Fülle des Materials nicht erbracht. Solange der Abbau nicht begrifflich fixiert ist, bleibt jede Behauptung zum Thema relativ. Das Material aber ist interessant. Es ist fast durchweg den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten entnommen. Und indem Sieben an der Hand dieses Materials argumentiert, kritisiert er unbeabsichtigt die Gewerbeberichte selbst: viel Weizen, aber auch viel Spreu. Die Gewerbeaufsichtsberichte werden auf ihre Brauchbarkeit zu exakt analysierender Forschung geprüft, und gar manches wird zu leicht befunden. Es fehlt diesen aufgereihten Tatsachen gegenüber das Nachspüren nach ihrer Verursachung, insbesondere auch nach ihrem sozialen Hintergrund. Daß Sieben dies nicht erkannt hat, ist sein Fehler; daß sein Buch diese Feststellung ergibt, deren Erkenntnis auf die Berichterstattung der Gewerbeaufsicht selbst einwirken müßte, danken wir ihm.

Zum Schluß Rauecker. Auch hier ist die Betrachtungsweise das Wichtigste; der Versuch die sozialpolitischen Probleme rein ideengeschichtlich zu fassen. Für Rauecker ist Sozialpolitik Gleichgewichtspolitik zwischen Individual- und Sozialprinzip. Die Geschichte der Idee des Sozialprinzips wird im Werden der Menschheit vom Altertum ab verfolgt. Auf engem Raum ein viel zu weites Programm, wofür die an sich interessierende Darstellung an Tiefe büßen muß. Ein weiteres Eindringen in den Stoff auf Grund der Fragestellung hätte vielfache Diskrepanz zwischen dem Denken einer Zeit und ihrem sozialpolitischen Handeln erwiesen und die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Untertöne des gesellschaftspolitischen Eintretens für die Schwachen aufgedeckt. Im Endergebnis hätte solche Darstellung zu Wilbrandtschen Schlußfolgerungen führen müssen: daß die Grenzen der Sozialreform und damit, nach Rauecker, der Idee des Sozialprinzips sich aus der Wirtschaftsform und der gesellschaftlichen Macht ihrer Beherrscher ergeben. Aber dies berührt eben den Unterschied marxistischer und hegelianischer Betrachtung.

Tagungen Vom 22. bis zum 25. Juni 1926 tagte ein von dem Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiterinternationale einberufener *Weltwanderungskongreß* in London. Über die Forderung auf volle internationale Freizü-

gigkeit der Arbeiter konnte Einstimmigkeit nicht erzielt werden. Der Vertreter Australiens stimmte dagegen. Vertreter der Vereinigten Staaten, Südamerikas und Japans waren nicht erschienen. Die Haupttagung der *Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene*, am 17. und 18. September in Wiesbaden, beschäftigte sich mit dem Thema Arbeit und Ermüdung sowie mit dem der gewerblichen Schädigungen des Ohres. Die Tagung des *Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, am 21. und 22. September in Hildesheim, stellte die als Teilfrage zur Soziallast interessierende Frage der Sparmaßnahmen in der Fürsorge auf ihre Tagesordnung. Die Tagung der *Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt*, am 22. bis 24. September in Montreux, die erste seit der Entstehung dieser Vereinigung, behandelte Unfallverhütung, Soziallast und Arbeitslosenversicherung. Am 25. und 26. September fand in Jena ein *Bevölkerungspolitischer Kongreß* der Arbeiterwohlfahrt statt. Ihn beschäftigten Schwangeren-, Säuglings- und Mutterschutz, Prostitution und Abtreibung. Eine *Internationale Konferenz der Arbeitsstatistiker* zur Förderung international vergleichbarer Arbeitskämpf-, Tarifvertrags-, Haushaltungsrechnungs- und Berufsstatistik wurde vom 19. bis zum 23. Oktober in Genf abgehalten.

Totenliste Am 15. Dezember 1926 starb in Berlin der äußerst verdienstvolle Förderer des Krankenkassenwesens *Albert Kohn*, in seinem 70. Lebensjahr. Seit er 1893 in den Dienst der damaligen Berliner Ortskrankenkasse für Handlungshelfer trat, hat er dort, dann als Leiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin und später im Vorstand des Hauptverbands deutscher Krankenkassen unermüdlich für die Sozialversicherung gewirkt. Auf ihn sind die Berliner Wohnungensequeten zurückzuführen, mit deren Hilfe er tatkräftig für Verbesserung des Wohnungsstandards eintrat. Ebenso lebhaft war sein förderndes Interesse für sozialhygienische Fragen, dem eine ganze Reihe von Genesungs- und Kinderheimen sowie die Lungenheilstätte in Müllrose ihre Entstehung verdanken. Wenn Kohn auch die von ihm geplante Geschichte der deutschen Krankenversicherung nicht vollenden konnte, so trägt das Krankenkassenwesen doch so sichtbar den Stempel seines Wirkens, daß sein Name mit der deutschen Krankenversicherung unauslöschlich verbunden bleibt.

Kurze Chronik Durch Verordnung vom 25. Mai 1926 ist in Preußen Akkordarbeit und Überschreitung des *Achtstundentags* in Sprengstoffabriken verboten worden. ◊ Eine große Kundgebung für den *Schwangerenschutz* veranstaltete der Deutsche Textilarbeiterverband am 9. und 10. Oktober in Gera. ◊ Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund brachte sehr geschickt zusammengestellte Richtlinien zur Durchführung des *Bauarbeiterschutzes* für die gewerkschaftliche Baukontrolle heraus. ◊ Die Sätze der *Erwerbslosenunterstützung* in Deutschland wurden am 9. November um 10 % für die Ledigen, um 15 % für die Verheirateten erhöht. ◊ Am 1. Januar 1927 wurden 6 deutsche Beamte an zum Teil hervorragende Stellen ins *Internationale Arbeitsamt* berufen. ◊ Der Arbeitsphysiologe *Edgar Atzler* wurde Honorarprofessor an der Berliner Technischen Hochschule mit einem Lehrauftrag für physiologische Chemie und Arbeitshygiene. ◊ Auf den neuen Heidelberger Lehrstuhl für Arbeitsrecht wurde *Wilhelm Groh* aus Gießen berufen.

Literatur Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt gibt seit dem 1. Oktober 1926 eine eigene Zeitschrift *Arbeiterwohlfahrt* heraus. Im 1. Heft behandelt Helene Simon eingehend Sozialismus und Wohlfahrtspflege. Auch die folgenden Nummern enthalten wertvolles Material. ◊ In den Schriften der *Gesellschaft für Soziale Reform* /Jena, Gustav Fischer erschien der Bericht über die 9. Generalversammlung vom Mai 1925. Er interessiert insbesondere durch die Ausführungen Paul Kaufmanns zur Reform der deutschen Sozialversicherung und Franz Eulenburgs zur Klassenverschiebung nach dem Krieg und die Erwiderungen auf sie in der Debatte. In der selben Schriftenreihe bespricht Robert Friedrich die Methodologie des Arbeitszeitproblems. Seine Ausführungen bewegen sich auf einseitig privatwirtschaftlichem Grund, so daß er zu der Behauptung kommt, der Sozialpolitiker sei kein Wissenschaftler. Unter Ausschaltung der soziologischen, volkswirtschaftlichen und technischen Komponente des Arbeitszeitproblems glaubt er allein »ökonomisch« die Frage bei der Psychophysik des Arbeitenden anknüpfen zu können und gelangt, merkwürdigerweise unter Nichtbeachtung der modernen Arbeitsphysiologie und -psychologie, zu dem Vorschlag jenem Problem auf psychophysischer Grundlage zu Leibe zu gehen.

Staatssozialismus / Walther Pahl**Italien**

Die Wirtschaftspolitik des Fascismus wird durch eine fast absolute Kontrolle des privaten Wirtschaftslebens durch den Staat charakterisiert.

Durch das Korporationsgesetz vom 3. April 1926 mit Ausführungsverordnung vom 1. Juli 1926 ist der Staat selbstherrlicher Schiedsrichter zwischen Kapital und Arbeit geworden, und er hält beide in einer unbedingten Abhängigkeit. Im 1. Teil des Gesetzes, der Organisation und Recht der Berufsvereinigungen behandelt, wird für jeden Beruf und Bezirk nur eine Organisation, der der Charakter einer juristischen Person zukommt, als rechtmäßig anerkannt. Dem Weiterbestehen anderer Vereinigungen wird direkt nichts in den Weg gelegt, aber nur die gesetzlich anerkannten Vereinigungen können rechtsgültige Kollektivarbeitsverträge abschließen, die wiederum für alle Angehörigen der Berufsgruppe und des Bezirks verbindlich sind, wie denn auch die Korporationen von allen Angehörigen ihrer Berufsgruppe Beiträge erheben dürfen. Zu den Bedingungen für die Aufnahme in die Korporation gehört die Bestimmung, daß der Nachweis »politischen Wohlverhaltens in nationaler Hinsicht« erbracht sein muß. Den Vereinigungen dürfen entweder nur Arbeitnehmer oder nur Arbeitgeber angehören. Gestattet ist die Errichtung von zentralen Verbindungsorganen über den Vereinigungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Diese können allgemeinverbindliche Vorschriften über Arbeitsbedingungen in ihrem Geltungsbereich festlegen. Die aus der Anwendung der Kollektivarbeitsverträge entstehenden Konflikte gehören zur Zuständigkeit der Arbeitsgerichte, die aus 3 Richtern und 2 »in Sachen der Produktion und Arbeit erfahrenen« Laienbeisitzern bestehen. Wenn es sich um die Schaffung neuer Arbeitsbedingungen handelt, sprechen die Arbeitsgerichte Recht »nach Billigkeit unter gerechter Abwägung der Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, in jedem Fall aber unter Wahrung der höheren Interessen der Produktion«. Der letzte Teil des Gesetzes, der über Streik und Aussperrung handelt, beginnt mit dem Satz: »Die Aussperrung und der Streik sind verboten.« Der Versuch einer Änderung der Arbeitsbedingungen seitens der Arbeitgeber wird mit 10- bis 100 000 Lire bestraft, Arbeits hinderung oder passiver Widerstand nach Übereinkunft von 3 oder mehr Arbeitnehmern mit 100 bis 1000 Lire.

Über den Umkreis der durch Berufsvereinigungen erfassbaren Gruppen bestimmt die Ausführungsverordnung, daß weder die Verwaltungen noch das Personal der öffentlichen Betriebe, der Wohlfahrtspflege, der Eisenbahn und Post, der Staatsbanken, Sparkassen und Kassen der Sozialversicherung Vereinigungen mit gesetzlicher Anerkennung bilden können. Verboden sind bei Strafe der Relegation Vereinigungen der Studenten zur Wahrung studentischer und beruflicher Interessen. Um unerwünschte Beeinflussungen des freien Willens jeder der Kategorien zu vermeiden, dürfen Hand- und Kopfarbeiter, auch der selben Branche, nicht der selben Vereinigung angehören. Die gesetzlich anerkannten Vereinigungen stellen gleichzeitig die alleinigen Interessenvertretungen der Innungen dar. Die Verordnung sieht vorläufig folgende nationale Bünde vor, deren jeder mehrere nationale Verbände oder lokale Verbände, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeweils getrennt, umfaßt: Industrie, Landwirtschaft, Handel, See- und Luftverkehr, Landverkehr und Binnenschiffahrt und Banken sowie einen Bund der freien Berufe. Soweit ein Beschluß der Organisation mit den Satzungen oder Zielen der Organisation in Widerspruch zu stehen scheint, hat der Minister das Recht der Kassation. Für das Arbeitsvertragsrecht ist die Bestimmung wichtig, daß Einzelarbeitsverträge und Werkverträge, die in der Regel in Übereinstimmung mit den Kollektivverträgen stehen müssen, nur dann abdingbar sind, wenn sie für den Arbeitnehmer günstigere Bedingungen enthalten als die Vereinigungsverträge. Zusammengefaßt bestehen die wichtigsten Bestimmungen der fascistischen Arbeitsgesetzgebung 1. in der juristischen Anerkennung der Korporationen unter strengster Kontrolle des Staates, 2. in der Wirksamkeit der Kollektivverträge, 3. in dem Schiedsamt der Arbeit in Ausübung der Rechtsprechung bei den Kollektivkonflikten, 4. in dem Verbot und der Bestrafung der Selbsthilfe.

In einer Proklamation aus Anlaß der Einführung des Korporationsgesetzes sagte Mussolini: »Damit wird die korporative Organisation des Staates eine vollendete Tatsache. Der liberale demokratische Staat mit seiner Unfähigkeit ist nicht mehr. An seiner Stelle richtet sich der fascistische Staat auf. Zum erstenmal in der Weltgeschichte verwirklicht eine schöpferische Revolution wie die unsere im Bereich der Produktion und der Arbeit die Eingliederung aller ökonomischen und geistigen Kräfte der Na-

tion zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels. Zum erstenmal erhebt sich ein gewaltiges System von großen Korporationen, alle gleichberechtigt und anerkannt, die sicher sind, daß ihre Interessen in dem Maß geschützt sind, als sie gesetzlich und mit denen des souveränen Staates vereinbar sein werden. Heute erst, im fascistischen Staat, wird die arbeitende Bevölkerung eine Gruppe, die sich ihrer Bestimmung bewußt wird.«

Sicher ist der Fascismus mit dem Schlagwort Tyrannis nicht ohne weiteres abzutun. Wir dürfen bei der Beurteilung der Gesetzgebung nicht bloß das Streikverbot herausklauben und von dieser Einzelbestimmung her zu einer strikten Ablehnung des Gesetzes gelangen. Das Streikverbot ist vielmehr nur im Zusammenhang der ganzen Gesetzgebung verständlich und, wie ohne weiteres anerkannt werden muß, von einem antiliberalistischen und wirtschaftsfriedlichen Geist getragen. Zur unbedingten Anerkennung muß der Mut zwingen, mit dem hier zum erstenmal in umfassender Weise der Versuch gemacht wird mit der Unterordnung von Kapital und Arbeit unter den diese beiden als gleichberechtigte Koeffizienten anerkennenden Staat ein Prinzip von größter Tragweite zu verwirklichen: das Obligatorium der Rechtspersonen und den endgültigen Bruch mit Wirtschaftsfreiheit und Wirtschaftswillkür. Das hier kurz besprochene Gesetz ist die Krönung eines ganzen Systems von Gesetzen, die die Schaffung von Wirtschaftsäräten, die Vereinheitlichung des Notenbankwesens, die Gründung eines Außenhandelsinstituts usw. vorsehen und den wirtschaftshierarchischen Staat des Fascismus fundieren soll.

Die internationale Arbeiterbewegung ist an dem Verlauf des italienischen Experiments aufs höchste interessiert.

Subventionspolitik

Der auf Grund sozialdemokratischer Anträge zur Untersuchung der Subventionspolitik des Deutschen Reichs eingesetzte besondere Unterausschuß des Haushaltsausschusses des Reichstags beantragt, daß die Subventionierung einzelner Unternehmungen beschränkt werde, und daß zur Gewährung von Subventionen, Krediten und Garantieübernahmen eine Ermächtigung durch das Etatsgesetz oder durch ein Sondergesetz einzuholen sei. In Punkt 3 des Antrags sind für den Fall der Übernahme von Garantien auf dem abgekürzten Weg (das heißt ohne Sondergesetz), den der § 2b des Haushaltsgesetzes bisher zuließ,

gegenüber der bisherigen Formel starke Kautelen eingeschaltet worden. Nur wenn durch die Garantieübernahme die endgültige Beseitigung des Notstands zu erreichen ist, wenn zwingende Gründe des Staatswohls vorliegen und andernfalls durch das Erliegen wichtiger Produktionsanlagen der deutschen Volkswirtschaft schwerer Schaden entstehen würde, ist die Beschreitung des abgekürzten Wegs möglich. Außerdem muß feststehen, daß nur das Eingreifen des Reichs diesen Schaden verhindern kann. Schließlich fordert der Antrag in Absatz 4, daß in allen Fällen der Kreditgewährung oder der Übernahme von Bürgschaften durch das Reich diesem das Recht einer ausreichenden Kontrolle über die vom Reich gegebenen oder verbürgten Gelder, bei der Sanierung einzelner Unternehmungen außerdem maßgebliche Beteiligung bei der Reorganisation gesichert werde, und daß in geeigneten Fällen für die Dauer der Gefährdung der finanziellen Interessen des Reichs eine Beteiligung des Reichs an der Verwaltung auszubedingen sei. Dadurch, daß grundsätzlich die Beschreitung des Wegs der normalen Gesetzgebung verlangt wird, und die Aussicht einer scharfen Kontrolle durch das Reich besteht, dürfte erreicht werden, daß die Privatindustrie mit Subventionsgesuchen in Zukunft nicht allzu rasch bei der Hand ist. Bisher war die Gewährung von Reichssubventionen an die Wirtschaft weder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, noch mußte sie sich im Etat genau widerspiegeln.

Elektrizitätswirtschaft

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, bekanntlich ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen, hat im Jahr 1926 seinen Einfluß in Deutschland und über die Reichsgrenzen hinaus stark erweitert. Es hat einen Zusammenschluß seines Netzes mit dem Bayernwerk und über das Badenwerk hinaus mit den österreichischen und schweizerischen Wasserkraften durchgeführt. Über das Großkraftwerk Württemberg wird jetzt eine direkte Verbindung mit den Wasserkraften des Alpenmassivs erreicht. Neben der Erweiterung der Elektrizitätsversorgung im Rheinland ist auch die Versorgung des Moselgebiets zum Teil in die Hände der Gesellschaft gelangt. Es verlautet, daß ein engerer Zusammenschluß des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks mit der Rheinischen Braunkohlenaktiengesellschaft bevorstehe. Der Vertrag der Rheinisch-Westfälischen

Elektrizitätswerke mit dem Landkreis Trier hat den südlichen Teil der Rheinprovinz stark beunruhigt. Die Freien und die Christlichen Gewerkschaften wiesen in einer Erklärung auf die Gefahr der Monopolbestrebungen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks hin. Eine Erweiterung des Einflusses des Werks auf die Gebiete an der Mosel und Saar scheint so lange kein Nachteil, als der Einfluß des preußischen Staats in dem Werk stark genug ist, um einen willkürlichen Mißbrauch der Macht durch die privatkapitalistischen Teilhaber zu verhindern. Für die Stärkung des staatlichen Einflusses, nicht gegen die in der Elektrizitätswirtschaft meistens wünschenswerte Monopolisierung, sollten die Gewerkschaften sich einsetzen.

Die reichseigenen Elektrowerke haben sich in einem Vertrag mit der Reichsbahn verpflichtet dieser täglich 100 000 Kilowatt zur Verfügung zu stellen. Die Strommenge wird zur Hälfte in Zschornowitz hergestellt, wo man die notwendigen Erweiterungsbauten bald fertigzustellen hofft. Die andere Hälfte liefert das neue Rummelsburger Werk.

Der preußische Landtag verabschiedete Mitte November 1926 das Gesetz über die Bereitstellung von 54 Millionen Mark, die der Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Elektrizitätsunternehmen dienen sollen. Aus der Überlegung heraus, daß der Zweck staatlicher Unternehmungen die bestmögliche Befriedigung des Bedarfs ist, stellte die sozialdemokratische Fraktion bei der Beratung des genannten Gesetzes im Hauptausschuß folgenden Antrag, der auch angenommen wurde: »Das Staatsministerium wird ersucht dahin zu wirken, daß die Erreichung des Ziels aller staatlichen Elektropolitik: die elektrische Kraft dem letzten Verbraucher möglichst billig zur Verfügung zu stellen, dadurch gefördert wird, daß 1. die Gesamtheit der staats-eigenen Elektrizitätsunternehmen auch betriebstechnisch zu einer Einheit unter wirtschaftlich organisierter Führung zusammengefaßt wird, 2. ein zweckvolles Zusammenwirken der staatlichen Elektrizitätswerke mit anderen gleichartigen Unternehmungen in Deutschland angestrebt wird.« Einstweilen betreiben in dem in Betracht kommenden Versorgungsgebiet 4 selbständige Gesellschaften mehr als ein Dutzend Kraftwerke verschiedenster Art. Sehr unbefriedigend ist ferner die Regelung der Preisgestaltung. Diese liegt heute in allen Bezirken, die aus staatlichen Werken mit Strom versorgt werden, in den Händen von

Zwischengliedern, meist Kommunalverbänden, die über ihrem Bestreben aus der Stromzuführung einen Nutzen zu ziehen vielfach vergessen den Stromabsatz durch Verbilligung zu steigern. In einer Tagung des Reichselektrizitätsbeirats befürwortete der Vertreter Preußens zwischenstaatliche Verständigung, insbesondere für Höchstspannungsleitungen. Eine Zuständigkeitsübertragung für Enteignungen usw. auf das Reich würde das Einverständnis der Länder nie finden. Hingegen schließe sich Preußen dem Verlangen der Vereinigung der Elektrizitätswerke auf Schaffung einer überstaatlichen Stelle an, die selbst keinerlei fiskalische Interessen hat.

Kurze Chronik Die folgenden *Reichsbeteiligungen* sind zu verzeichnen: Das Reichsministerium des Innern ist am Reichs- und Staatsverlag und an der Aktiengesellschaft Drahtloser Dienst beteiligt; das Reichsarbeitsministerium an der Deutschen Wohnstättenbank, an der Wohnstättengesellschaft und an der Deutschen Ödlandkultur; das Reichsernährungsministerium an der Reichsgetreidegesellschaft und an der Deutschen Bodenkulturaktiengesellschaft; das Reichsverkehrsministerium ist an etwa 20 Gesellschaften beteiligt, die den Kanalbau, den Kraftverkehr und den Flugverkehr fördern sollen. ◊ Zwischen dem Reich und den *Junkerswerken* in Dessau wurde ein Vergleich abgeschlossen, mit dem die Beteiligung des Reichs an diesen Flugzeugbetrieben ihr Ende erreicht hat. ◊ In der letzten Sitzung des Verwaltungsrats der *Deutschen Reichsbahn* sind gemäß dem Statut 6 Mitglieder des Verwaltungsrats ausgelost worden, und zwar je in einem besondern Verfahren 3 von der Reichsregierung ernannte Mitglieder und 3 Mitglieder, die der Treuhänder ernannt hat. Die Reichsregierung hat die von ihr ernannten Mitglieder (Luther, von Siemens und von Batocki) wieder bestätigt. Der Treuhänder Delacroix hat das bis jetzt noch nicht getan. Und zwar, wie verlautet, aus dem Grund, weil er beabsichtigt an Stelle der bisherigen 4 Ausländer einen 5. Ausländer in den Verwaltungsrat zu delegieren. Damit würde die bisherige Dreiviertelmajorität der Deutschen (von den 18 Mitgliedern waren 14 Deutsche) aufgehoben werden. Es bleibt abzuwarten, ob jene Vermutung sich bestätigt. In der Nachkriegszeit sind allzu viele und allzu schnelle Gerüchte einer bestimmten Tendenz aufgetaucht, die sich nachher

als falsch oder die Motive entstellend erwiesen. ◊ Mit dem 1. Januar 1927 sind die neuen *mexicanischen Ölgesetze* in Kraft getreten. Damit gehen alle Ölfelder Mexicos, deren Eigentümer nicht um eine Erneuerung der Konzession nachgesucht haben, theoretisch in den Besitz des Staates über. Der Konflikt mit den amerikanischen (vereinsstaatlichen) Ölbesitzern, der daraus entstand, ist damit in ein akutes Stadium getreten. ◊ Zum Thema der *Ministerpensionen* ist die Tatsache von Interesse, daß Clemenceau für die Dienste, die er der Französischen Republik geleistet hat, nach dem Budget für 1927 eine Pension von 250 Papierfrancs im Monat erhält; das macht für das Jahr etwa 480 Mark. Die Witwe des frühern Ministerpräsidenten Freycinet bezieht im Jahr etwa 240 Mark.

Literatur

Einen Grundriß des Boden-, Bau- und Wohnungswesens läßt *Ernst W. Fischer* im

Verlag Aus- und Fortbildung in Dresden erscheinen. Der 1. Teil (Bodenunrecht und neues Recht) liegt vor und bietet eine kritische zusammenfassende Untersuchung der gesamten Probleme des Boden-, Bau- und Wohnungswesens. Das Buch gibt eine gründliche wissenschaftliche Fundierung der Bodenreform und dürfte zusammen mit den beiden noch folgenden Bänden (Wohnungsnot und Mietsrecht, Neubaupolitik und Wohnungsnot) ein unentbehrliches Nachschlagewerk für die Wohnungs- und Siedlungspolitik darstellen. ◊ Zu einer großen Aktion des deutschen Volks, deren Ziel ein deutsches Reichsgesetz zur Durchführung des Heimatrechts sein soll, ruft die Schrift *Hans Kückels Häuserbau durchs Volk* /Jena, Frommannsche Buchhandlung/ auf. Sie beschäftigt sich eingehend mit den sozialpsychologischen Folgen der Wohnungsnot und ist von einem tiefen redlichen Ernst getragen. ◊ In seiner soziologisch-historischen Untersuchung *Die Betriebsräte in Deutschland* /Mannheim, J. Bensheimer/ zeigt *Marcel Berthelot*, wie begrenzt die Betätigungsmöglichkeiten der Betriebsräte sind. Die Betriebsräte dürfen sich nicht zu Mitteln der Umwälzung der Ökonomie auswachsen. Eine grundsätzliche Umformung des Betriebsrätegesetzes nicht zu erwarten. Die Betriebsräte sollen sich darauf beschränken die Arbeit gegen die Ansprüche der wirtschaftlichen Leitung des Unternehmens zu vertreten. Das sind die Ergebnisse, die sich beim Lesen dieses Buchs aufdrängen.

Genossenschaftsbewegung / Reinhard Weber

Weltspartag Vor 2 Jahren war auf dem Internationalen Kongreß für Sparwesen der 31. Oktober zum Weltspartag erklärt worden. Im Jahr 1926 wurde also der 3. Weltspartag veranstaltet. »An diesem Tage sollen alle Völker sich in dem gemeinsamen Gedanken zusammenfinden, daß es nötig ist für Zeiten der Not, aber auch zum Zwecke späterer Wohlfahrt einen Teil ihres Einkommens zurückzulegen, das heißt zu sparen.« So heißt es in dem vom Freien Ausschuss der deutschen Genossenschaftsverbände unterzeichneten Aufruf, der wohl ausnahmslos rechtzeitig in allen großen und kleinen Genossenschaftsblättern veröffentlicht wurde. Die allgemeine Bedeutung des Sparens versteht sich von selbst, die des Weltspartags weniger. Vor 2 Jahren allerdings war es eine besonders für Deutschland fruchtbare Tat im Bewußtsein des Volkes Sinn und Segen des Sparens wieder wachzurufen, nachdem während der Inflationszeit das Sparen unseres unbeabsichtigten "Schwundgeldes" zum Unsinn und Unsegen geworden war. Heute dürfte es im allgemeinen an der Einsicht in den privat- und volkswirtschaftlichen Nutzen des Sparens und am guten Willen dazu nicht fehlen. Das beweisen die so erfreulich anwachsenden Spareinlagen bei den Sparinstituten aller Art, besonders auch bei den Genossenschaften. Was in weitem Maß noch fehlt, ist das Sparenkönnen, und die Bedingungen dazu vermag auch die beste und schönste Weltspartagwerbung nicht zu schaffen. Als allgemeiner Wert des Weltspartags dürfte heute hauptsächlich noch die Erziehung der Jugend zum Sparen anzuerkennen sein. Auf diesem Gebiet hat der Weltspartag mancherlei Schönes und hoffentlich Wirkungsvolles geleistet. Auch der Deutsche Genossenschaftsverlag hat zum Weltspartag ein Flugblatt für die Jugend herausgegeben. Für die Genossenschaftsbewegung hat der Weltspartag eine besondere Seite. Es ist nicht von ungefähr, daß sich in jenem Aufruf des Freien Ausschusses der deutschen Genossenschaftsverbände alle genossenschaftlichen Richtungen in seltener Einmütigkeit zusammengefunden haben: der Schulze-Delitzschsche Deutsche Genossenschaftsverband, der Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Zentralverband deutscher Konsumvereine. »Die Spargelegen-

heiten für das werktätige Volk in Stadt und Land aber sind unsere Kreditgenossenschaften und Konsumvereine«, lautete der Schlußsatz jenes Aufrufs. Vom Standpunkt der genossenschaftlichen Interessen aus sind Sparen und Sparen zweierlei. In jedem Fall dient das Sparen dem Vorteil des Sparer, den Genossenschaften unmittelbar aber nur dann, wenn die Spareinlagen bei ihnen gemacht werden und nicht zum Beispiel bei den öffentlichen Sparkassen. Es wäre nicht uninteressant und nicht unwichtig den mehr oder weniger verhüllten Gegensatz der Sparinstitute der Genossenschaften untereinander und gegenüber den öffentlichen Sparkassen einmal gründlicher zu untersuchen. Außer Zweifel steht natürlich, daß jede Genossenschaft heute mehr denn je die Ersparnisse ihrer Mitglieder als Betriebskapital dringend benötigt, und daß der genossenschaftliche Grundsatz "Einer für alle, alle für einen" auch hier Geltung beanspruchen kann. Denn je mehr Spareinlagen in der Genossenschaft vorhanden sind, desto bessere Bedingungen für alle Mitglieder.

Konsumfinanzierung Die Antithese des Spargedankens ist der des Borgens. Weite Kreise der Minderbemittelten können wirklich oder vermeintlich nicht nur nicht sparen sondern versuchen die Kaufkraft des zukünftigen Einkommens im voraus zu realisieren. Heutzutage ist aus begreiflichen Gründen die subjektive Geneigtheit zu solchem Borgwesen, das an sich nicht immer Borgunwesen sein muß, besonders groß. Wegen ziemlich allgemeiner Absatzkrise ist aber heute auch ein größerer Teil der realen Verkäufer als früher geneigt jenem begründeten oder unbegründeten Bedürfnis der Konsumenten entgegenzukommen. Kein Wunder, daß man darangeht, um mit den Worten der Königsberger Gesellschaft Kundenkredit zu reden, »eine bestehende Borgwirtschaft überzuleiten in ein System der regelten Abzahlung und Finanzierung von außen«. Nach dem Vorgang Amerikas ist daher heute auch in Deutschland Konsumfinanzierung nicht nur ein populäres Schlagwort sondern bereits eine ernste Tatsache, die, wie es den Anschein hat, ganz besonders auch für das Genossenschaftswesen von wachsender Bedeutung ist. Die zentralen Genossenschaftsverbände sprechen sich in ihrer großen und kleinen Presse ohne Ausnahme gegen den Gedanken und die Praxis der Konsumfinanzierung aus, meist in scharfer Pole-

mik, manchmal mit überlegener Ironie. Scheinbar paradoxerweise besteht aber die Tendenz, daß sich die Konsumfinanzierungsinstitute selbst als Genossenschaften aufzun. Die eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung Zentralkreditgemeinschaft zum Beispiel ist nicht nur selber eine Genossenschaft, sondern verlangt ausdrücklich, daß die ihr angeschlossenen lokalen oder fachlichen Kreditgemeinschaften zum Zweck der Absatzfinanzierung »zweckmäßigerweise in der genossenschaftlichen Form aufgezo-gen« sind. Diese Gebilde sind ein Novum im Genossenschaftswesen. Aber sie sind da. Man kann sie nicht damit aus der Welt hinausdisputieren, daß man ihnen echten Genossenschaftscharakter aberkennt, wie das in den Blättern für Genossenschaftswesen geschehen ist. Daß die Gewährung von Konsumtinkrediten nicht schlechterdings unproduktiv sein muß, sagt auch der Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes Philipp Stein. Sein und seines Verbandes spezieller Haupteinwand gegen die Konsumfinanzierungsgenossenschaften und die Konsumfinanzierung überhaupt richtet sich gegen die Verquickung von Waren- und Kreditgeschäft, die nach erprobten Grundsätzen von den alten Kreditgenossenschaften streng vermieden wird. Personalkredit zu Konsumtinkreditzwecken ist ohne Bürgschaft schwer oder gar nicht zu haben. Beim Warenkreditgeschäft ist dagegen die Sicherheit durch Vorbehalt des Eigentums bis zur letzten Rate automatisch gegeben. Solche Geschäfte sind nicht unsolide, wenn einerseits die Bedingungen nichts mit Wucher gemein haben, und es sich andererseits nicht um eigentliche Verbrauchsgüter handelt sondern um Gebrauchsgüter von verhältnismäßig dauerndem Wert. Für den Verkäufer ist das Risiko bei der organisierten Konsumfinanzierung nicht so gefährlich, wie es in der Genossenschaftspresse oft hingestellt wird. Für den Konsumkreditkunden bedeutet die Verführung zu einer überspannten Vorbelastung seines Haushalts allerdings eine große Gefahr. Im Interesse der Allgemeinheit kann nicht oft und nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden. Andererseits wird es ohnehin dem durchschnittlichen deutschen Konsumenten des 20. Jahrhunderts klar sein, daß es vorteilhafter ist Qualitätsware statt auf Abzahlung bar zu bezahlen, wenn er es kann. Daß Warenkredit ebensowenig wie Bankkredit umsonst ist, dürfte sich für unsere deutschen Zeitgenossen ebenfalls einigermassen von selbst verstehen.

Auf diese Dinge brauchte die Genossenschaftspresse vielleicht nicht so viele Spalten zu verwenden.

Das wirtschaftstechnische Mittel der Konsumfinanzierung ist an sich weder gut noch böse. In weiser Ausnutzung kann es bei entsprechender Lage manchem ein Segen sein; unter Umständen auch volkswirtschaftlich, wenn auch großer Optimismus nicht gerechtfertigt ist. Falls aber wirklich der Absatz sich so stark vermehrte, daß neue Arbeitskräfte in die Produktion eingestellt werden könnten, würde dadurch echte Kaufkraft geschaffen, die in Barkäufen realisiert werden würde. Wegen der unleugbaren Gefahren für unbesonnene Konsumenten stempeln die Genossenschaftsverbände die Konsumfinanzierung, auch die genossenschaftliche, in Bausch und Bogen als Unwesen. Wenigstens sprechen sie fast nur von diesen Gründen. Ohne Zweifel denken sie aber auch an die Konkurrenz, die ihnen dadurch gemacht wird.

Für die alten Kreditgenossenschaften ist die Situation in der Tat nicht einfach. Ihre Organisation eignet sich nicht recht dazu die Konsumfinanzierung mitzumachen, obwohl aus den eigenen Reihen der Vorschlag gemacht worden ist mit den Wölfen zu heulen, um nicht durch Konkurrenz empfindliche Nachteile zu erleiden. Vorläufig lehnen die gewerblichen und die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften die Konsumfinanzierungspraxis ab: für ihre eigene Organisation mit guten Gründen, denen sie aber aus (unbewußtem) Geschäftsinteresse Allgemeingültigkeit beilegen.

Etwas anders liegen die Dinge bei den Konsumgenossenschaften. In der konsumgenossenschaftlichen Presse wird die Konsumfinanzierung ganz besonders heftig bekämpft. Denn hier geht es scheinbar um das heilige Rochdaler Prinzip der Barzahlung. Hier wird also auf theoretischem Kampffeld gefochten, und das heißt in Deutschland Kampf bis aufs Messer. Jenes Rochdaler Prinzip hat seine Brauchbarkeit in langen Jahrzehnten bewiesen. Dennoch ist es historisch bedingt und kein unumstößliches absolutes Dogma. Es gilt nicht allgemein sondern nur für die Zwecke, für die es aufgestellt wurde, nämlich für die Verteilung der täglichen Bedarfsgüter, insbesondere der Lebensmittel. Eine Borgwirtschaft, die es wieder zur Regel werden ließe Lebensmittel auf Kredit zu kaufen wäre in der Tat schlimmstes Borgunwesen. Gerade die Konsumgenossenschaften haben wesentlich dazu beigetragen dieses Übel nicht nur im Kreis

ihrer Mitglieder sondern auch in der Volkswirtschaft in weitem Maß auszurotten. Aber einige deutsche Konsumgenossenschaften liefern, ja fabrizieren doch auch schon Dauergüter, zum Beispiel Möbel. Es ist nicht einzusehen, warum nicht auch die Konsumvereine bei solchen Gebrauchsgütern nach individueller Prüfung der Kreditwürdigkeit Ratenzahlung für solche Mitglieder gestatten sollten, die sonst außerhalb der Genossenschaft ihren Bedarf deckten. Auch für die Konsumgenossenschaften muß in der Entscheidung über die Konsumfinanzierung das Moment der Konkurrenz eine wichtige Rolle spielen. Ohne Zweifel liegen hier Gefahren. Gewährt doch die Konkurrenz zum Teil auf Textilwaren Kundenkredite, und gerade auf diesem Gebiet ist es schwer zwischen entbehrlichem Luxus und notwendigem Bedarf zu unterscheiden. Wie der Zentralverband lehnt auch der Reichsverband deutscher Konsumvereine in seiner Presse die Konsumfinanzierung ab. Aber eine der ihm angeschlossenen großen Beamtenkonsumgenossenschaften ist bereits zur Kundenkreditgewährung übergegangen. In der Ankündigung betont sie zunächst den Vorteil der Barzahlung. Im Anschluß daran aber heißt es dann, wer auf Warenkredit angewiesen sei, könne ihn in den und den Artikeln bei seiner Genossenschaft billiger und besser haben als bei der privatwirtschaftlichen Konkurrenz. Dieses Beispiel zeigt, daß bereits eine Bresche in die allgemeine Ablehnung der Konsumfinanzierung durch die alten Genossenschaften geschlagen ist.

Totenliste Am 26. April 1926 starb in seinem 92. Lebensjahr *Heinrich Hindorf* in Duisburg-

Ruhrort. Als früherer Direktor des Verbandes der Kreditgenossenschaften in Rheinland und Westfalen hat er sich mancherleigenossenschaftliche Verdienste erworben. Bis zuletzt war er Ehrenvorsitzender des Ruhrorter Bankvereins.

Am 6. Mai verschied der Anwalt des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Vorarlberg, der Bürgermeister *Engelbert Luger* in Bregenz. Er war ein vorbildlicher Vertreter der Raiffeisenidee in Deutsch Österreich und unterhielt rege Beziehungen zum reichsdeutschen Raiffeisenverband.

Am 26. Mai starb in Nürnberg *Jobst Boas*. 18 Jahre lang war er Stellvertreter des Verbandsdirektor des Bayrischen Genossenschaftsverbands. Er gehörte zu den Führern des bayrischen Handwerks, die jenen Verband ins Leben riefen.

Im Alter von 83 Jahren starb im Sommer der bekannte frühere Geschäftsführer des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz *Karl Arnold*. 1890 wurde er in den Aufsichtsrat dieser Genossenschaft gewählt, 1899 in den Vorstand.

Am 4. November starb in Darmstadt *Karl Ihrig*, 73 Jahre alt. Über 3 Jahrzehnte hat er in der deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung gewirkt. Lange Jahre war er Direktor der Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank in Darmstadt; seit 1883 führte er auch die Geschäfte des Reichsverbands. Er wurde dann weiteren Kreisen als Verfasser des Handbuchs *Was ist zu tun, um den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes zu genügen?* bekannt.

In Freiburg starb am 7. November *Adolf Schmid*, 89 Jahre alt. Von 1889 bis 1912 war er Verbandsdirektor des Verbands der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften in Baden. Er hat sich große Verdienste um das badische Genossenschaftswesen erworben.

Am 1. Dezember verschied ein rühriger Raiffeisenmann, der Pfarrer *Erwin Gros*, in Gonzenheim in Thüringen, 61 Jahre alt. Seine in 11. Auflage veröffentlichte Raiffeisenerzählung *Der Lehrer von Hartenhausen* ist viel gelesen worden.

Kurze Chronik Die Hamburger Produktion, die bekanntlich auf ihrem 1600 Morgen großen Gut Schwanheide in Mecklenburg eine umfangreiche Milchproduktion betreibt, hat einen neuen gutgelungenen *Werbefilm* herausgebracht, unter dem Titel *Trinkt gesunde Milch*. Dieser Film ist von der Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin als Lehrfilm anerkannt worden. ◊ Die Molkereilehr- und -versuchsanstalt des Meiereiverbands für Westfalen und Lippe zu Münster in Westfalen veranstaltete vom 22. bis zum 26. September 1926 eine *Studienreise* durch Holland. Solche Reisen sind ein Zeichen irischen vorwärtsdrängenden Geistes im deutschen Molkereigenossenschaftswesen. Die Studienfahrer haben vieles Vorbildliche gesehen, das auch für deutsche Verhältnisse möglich und nachahmenswert ist. ◊ Das vom Bayrischen Genossenschaftsverband in Bad Reichenhall betriebene *Bayrische Genossenschaftsheim*, das allen deutschen Genossenschäftlern zu mäßigen Preisen offensteht, erfreute sich im vergangenen Sommer regen Besuchs aus deutschen Genossenschaftskreisen. Ein schönes Beispiel genossenschaftlicher Betätigung. ◊ Auf dem Handwerker-genossenschaftstag

zu Karlsruhe Ende Oktober 1926 trat der Revisionsverband *badischer Handwerker-genossenschaften* mit seinen 107 Genossenschaften dem Deutschen Genossenschaftsvertrag bei. ◊ Der Zentralverband deutscher *Schuhmacherrohstoffgenossenschaften* beging am 10. Juni 1926 sein 25jähriges Jubiläum. Er verfügt über 160 000 Mark Geschäftsguthaben, 95 000 Mark Reserven und 70 000 Mark Sicherungseinlagen. Im Jahr 1925 betrug der Warenumsatz $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Der Reingewinn belief sich auf 141 000 Mark. Es wurden 2% Rückvergütung auf Waren und 10% Dividende gewährt. ◊ Die Landbundeinkaufs- und -verkaufsgenossenschaft in *Bomst* in der östlichen Grenzmark ist zusammengebrochen. Der Fehlbetrag soll nach Aufdeckung von Bilanzverschleierungen noch wesentlich größer sein als, wie zuerst gemeldet worden war, 65 000 Mark.

Literatur Im Verlag der Großverkaufs- und Produktionsaktiengesellschaft deutscher Konsumvereine in Köln erschienen 1926, herausgegeben vom Reichsverband deutscher Konsumvereine, 4 neue Hefte der *Verbraucher-genossenschaftlichen Bücherei*, sämtlich von dem Vorstandsmitglied und Leiter der Wissenschaftlichen Abteilung dieses Verbandes Robert Schloesser, der als konsumgenossenschaftlicher Schriftsteller und insbesondere als Redakteur der Konsumgenossenschaftlichen Praxis mit Recht in allen genossenschaftswissenschaftlichen Kreisen einen guten Ruf genießt. Das 8. Heft heißt *Der deutsche Konsumverein in alter Zeit*, das 9. Heft *Der Spargedanke in der Konsumgenossenschaftsbewegung*, das 10. Heft *Das Genossenschaftswesen und die Geistlichkeit*; das 11. Heft ist in handlicher Form die (leider verkürzte) 2. Auflage der interessanten und wertvollen vom Reichsverband veranstalteten Umfrage über die Konsumgenossenschaft im Urteil führender Zeitgenossen. Die aufgeführten Broschüren im Umfang von 19 bis 48 Seiten sind gut gelungen und zum Teil sehr hübsch ausgestattet, das 8. Heft zum Beispiel mit einem lange unbekanntem Bild Schulze-Delitzschs, das der Reichsverband aufgefunden und vervielfältigt hat. Diese neuen Hefte der Verbraucher-genossenschaftlichen Bücherei zeichnen sich durch sachliche Kürze aus und bilden gerade auch deshalb eine wertvolle Bereicherung der Genossenschaftsliteratur; sie verdienen es von allen gelesen zu werden, die sich für das Genossenschaftswesen interessieren.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Hauswirtschaft Das Problem Haushalt und Beruf muß auch von der Seite des Haushalts her in

Angriff genommen werden. Diese Erkenntnis verbreitet sich immer mehr. Bei den heutigen Formen der Hauswirtschaft ist eine Vereinigung in der Tat ohne Schädigung der Frau kaum möglich. Lydia Eger meint in einem Artikel der Frau, bei vernünftiger Arbeitseinteilung lasse sich beides leicht verbinden. Das kann bestenfalls für Frauen bürgerlicher Kreise gelten und auch da nicht für viele. Wenn dagegen Rosine Speicher, die auf jenen Artikel erwidert, glaubt, die Überlastung müsse dadurch aufgehoben werden, daß der Arbeitsverdienst des Mannes erhöht, die Frau auf das Haus beschränkt werde, so übersieht sie die größeren wirtschaftlichen Notwendigkeiten, aus denen dieser Zustand hervorgegangen ist. Es ist nicht Zufall oder Böswilligkeit, daß die Hausfrauenarbeit volkswirtschaftlich nicht als voller Beruf gewertet wird, daß die Wirtschaft die außerhäusliche Arbeit der Frau fordert. Die Hauswirtschaft in ihrer heutigen Form ist eben nicht mehr produktiv. Freilich ist sie ebenso zeitraubend wie ein anderer Beruf, und die Frau, auf die so eine Doppellast gelegt ist, leidet unter den rückständigen Formen der Haushaltsarbeit. Seit einiger Zeit mehren sich die Stimmen, die diese Einsicht aussprechen, über Raubbau an den Kräften der Hausfrau klagen, wie Else Wirminghaus in der Kölnischen Zeitung vom 9. Juli 1924, die Planlosigkeit und Unzweckmäßigkeit in der Herstellung der Haushaltsgeräte beleuchten, wie Marie Elisabeth Lüders in der Vossischen Zeitung vom 29. Februar 1926. Ein Buch Erna Meyers Der neue Haushalt /Stuttgart, Franckh/ entwickelt eine Reihe von Vorschlägen, die die Hausarbeit rationalisieren und systematisieren sollen. Die Verfasserin behandelt nicht so sehr die maschinelle Technik, die im Augenblick und in wirklich lohnender Weise wohl überhaupt im Einzelhaushalt nicht anwendbar ist, sondern sucht die Arbeitsmethoden des heutigen Haushalts möglichst straff und zeitsparend zu gestalten, um dadurch vor allem die Hausfrauen selbst zu planmäßiger Arbeit zu erziehen. Sie räumt in erfreulich unsentimentaler Weise mit manchem alten Vorurteil auf. Ihre sehr praktisch durchdachten Anregungen sind, da sie in der Gegenwart unmittelbar verwirklicht werden können, sicher sehr geeignet die Hauswirtschaft aus dem Zu-

stand der Planlosigkeit herauszuführen, die Frauen auf diesem Gebiet an systematische Arbeit zu gewöhnen. Sie können so den Übergang zu einer im vollen Sinn rationalisierten Hauswirtschaft, die erst im Großbetrieb möglich ist, vorbereiten. Die Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit in Berlin hat eine Abteilung, die Zentrale für Hauswirtschaftswissenschaft benannt ist; sie hat eine Denkschrift herausgegeben, in der Einrichtung hauswirtschaftlicher Beratungsstellen gefordert wird. Dem Gedanken der Zentralisation der Hauswirtschaft stehen heute noch weite Kreise, vielfach gerade der Frauen, fremd gegenüber. Auch eine kleine Schrift Erich Scheurmanns Los vom Haushalt! /Buchenbach, Felsenverlag/, in der die zermürbende Last des Haushalts für die Frau ganz deutlich gesehen wird, geht um das eigentliche Problem herum. Dagegen führt Josef Papert (Ehe und Wirtschaftselend /Dux, Josef Papert,/) anschaulich aus, wie die durch den Kleinhaushalt überlastete, in der Industrie unentbehrliche Frau durch die Einführung zentraler Einrichtungen: Gemeinschaftsküchen usw., entlastet und wieder Mensch werden kann. Vereinzelt Versuche in dieser Richtung werden immer wieder unternommen. So ist in Amsterdam ein Volkswaschhaus eingerichtet, in dem die Frauen unter erleichterten Bedingungen und in kurzer Zeit ihre Wascharbeit erledigen können.

Hauswirtschaftliche Ausbildung Mit der Rationalisierung des Haushalts hängt die Frage der hauswirtschaftlichen Ausbildung eng zusammen. Man sucht diese auf verschiedenen Wegen durchzuführen: durch Schulunterricht und hausliche Lehre. In der Berufsschule wird hauswirtschaftlicher Unterricht erteilt, der aber nur einen kleinen Teil der Mädchen erfaßt. Der Reichsverband deutscher Hausfrauenvereine und der Katholische Frauenbund fordern an Stelle des 3jährigen hauswirtschaftlichen Unterrichts in der Berufsschule die Einführung des hauswirtschaftlichen Volljahrs, das vereinzelt, so in Bremen, schon besteht. Der Vorschlag Lehrjahre in Haushaltungen einzurichten stieß anfänglich vielfach auf großes Mißtrauen bei den Hausangestelltenverbänden, die sicher nicht mit Unrecht eine Ausnutzung der Lehrlinge durch die Hausfrauen befürchteten. Bezeichnend genug ist die Tatsache, daß es heute für Mädchen, die die Fortbildungsschule besuchen, immer schwer ist eine Stelle in einem Haushalt zu be-

kommen, da die Hausfrauen auf die Arbeitsstunden, die der Schulbesuch erfordert, nicht verzichten wollen. Am 17. Dezember 1924 wurde jedoch ein Abkommen zwischen den Hausfrauen- und den Hausangestelltenverbänden getroffen, das eine 2jährige Lehrzeit mit Abschlußprüfung in einem Haushalt vorsieht, dessen Leiterin selbst eine Meisterprüfung abgelegt hat. Nach der Lehrzeit erwirbt die Hausgehilfin durch praktische Tätigkeit und einen weitem 1jährigen Kursus selbst den Grad der Meisterin und damit die Fähigkeit zur Leitung größerer hauswirtschaftlicher Betriebe. Diese Lehrverträge sind bisher allerdings erst in einzelnen Städten, besonders in Königsberg, ausgeführt worden. In Berlin haben 4 Berufsschulen Förderkurse für Hausangestellte eingerichtet, an denen über 20 Hausangestellte teilnehmen. In Breslau ist die Meisterprüfung eingeführt worden, die als Abschluß eines 2jährigen Ausbildungskurses vorgenommen wird. Hinter der Forderung nach gründlicher hauswirtschaftlicher Ausbildung aller Mädchen steht vielfach noch der Glaube, der Haushalt sei das wesentlichste, wenn nicht das einzige Betätigungsgelände der Frau. So versucht August Pieper (Die hauswirtschaftliche Ausbildung der künftigen Arbeiterfrauen im Hausdienst /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/) darauf hinzuwirken, daß die Arbeiter ihre Töchter nicht in die Fabrik schicken sondern in häusliche Dienststellung geben, ja er glaubt anscheinend fast, daß die Hauswirtschaft wieder in ihr früheres Stadium, in dem sie selbst produzierte, zurückgeführt werden könne. Er übersieht, daß viele bürgerliche Haushaltungen heute nicht mehr in der Lage sind Dienstboten zu beschäftigen; er verkennet weiterhin, daß das familienhafte Verhältnis, in dem nach seiner Schilderung das Mädchen zur Hausfrau steht, schon längst zur Sage geworden ist. Es ist fraglich, ob man allen Mädchen ein volles Jahr hauswirtschaftlicher Ausbildung aufzwingen soll, auch denen, die sie vielleicht gar nicht brauchen. Die praktische Ausbildung, die die Lehrverträge vorsehen, wird mit ihren dem Handwerk nachgebildeten Bestimmungen so lange auf dem Papier stehen, als die Voraussetzung, das durchgebildete Handwerk selbst, nicht geschaffen ist. Und je mehr die Hauswirtschaft zum Handwerk umgeformt wird, um so mehr wird sie sich zum Großbetrieb entwickeln. Dann aber wird die Hauswirtschaft nicht mehr wie bisher der Beruf der Frau sondern ein Beruf wie andere auch sein.

Hausangestellte Erst dann werden sich auch alle Schwierigkeiten lösen, die heute den Beruf der Hausangestellten belasten. Seit mehreren Jahren berät man über ein zu schaffendes Hausgehilfengesetz (siehe diese Rundschau, 1921 I Seite 252), aber die Sache kommt nicht vom Fleck. Es ist sehr schwierig Tarife zu vereinbaren und durchzuführen, weil überall die Verhältnisse verschieden liegen, die Arbeitsvermittlung, die jetzt von den öffentlichen Arbeitsnachweisen übernommen ist, stößt oft auf allerhand Hindernisse, weil jeder Haushalt individuell behandelt sein will. Die größten Konflikte aber birgt das menschliche Verhältnis zwischen Hausfrau und Hausangestellten. Die Vossische Zeitung veröffentlichte am 1. Dezember 1926 eine Reihe von Äußerungen zu dieser Frage. Der alte patriarchalische Zustand ist vorbei, die Hausgemeinschaft aber besteht weiter; der Charakter des persönlichen Dienens und Bedienens, der sich mit modernem Empfinden nicht mehr verträgt, haftet doch immer noch der Hausangestelltenarbeit an. In Andersen Nexøs Roman Stine Menschenkind /München, Albert Langen/ wird der Zwiespalt, der durch die Entseelung des häuslichen Dienstverhältnisses entsteht, die Spannung, die durch das erwachende Selbstbewußtsein der Dienenden hervorgerufen wird, lebendig und eindringlich geschildert. Die Heldin des Romans, deren Wesen es ist, für andere zu sorgen, zu schaffen, sich aufzuopfern, wird in der Luft der Haushaltungen, die nur ihre Arbeitsleistung, nicht ihr Menschliches wollen, verschlossen, auf ihren Vorteil bedacht, förmlich aufrührerisch und dabei innerlich arm. Die Zwiespältigkeit des Berufs wird auch noch von einer andern Seite beleuchtet. In der Vossischen Zeitung vom 26. September 1926 spricht Margarete Caemmerer über die Dame als Hausangestellte und bezeichnet als wunden Punkt in der Stellung der »gebildeten Hausangestellten« die Frage des Familienanschlusses. Sie gibt den sehr vernünftigen Rat auf diese Forderung, die sich die Hausangestellte »als Dame schuldig zu sein glaubt«, zu verzichten. Also nicht einmal bei gleicher sozialer Herkunft und Lebensform läßt sich noch die frühere Familiengemeinschaft aufrechterhalten. Eine Besserung der Beziehungen zwischen den Beteiligten ist sicher nur von einer völligen Entpatriarchalisierung und Schematisierung der Hauswirtschaft zu erwarten, die an Stelle des "Dienens" eine freie Arbeit, einen Beruf mit greifbaren Leistungen setzt.

Wahlrecht Eine Liste über den gegenwärtigen Stand des Frauenwahlrechts, wie sie der Weltbund für Frauenstimmrecht vor kurzem zusammengestellt hat, ergibt ein interessantes Bild. Die folgenden Länder haben den Frauen das volle aktive und passive Wahlrecht zur Volksvertretung verliehen: Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Holland, Irland, Island, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Polen, Rußland (soweit da überhaupt von Wahlrecht und Volksvertretung gesprochen werden kann), Schweden, Tschechoslowakei; Palästina (für die jüdische Volksvertretung); Kenya, Rhodesien; Canada, Vereinigte Staaten von Amerika; Australien, Neuseeland. Ein beschränktes Wahlrecht haben die Frauen zurzeit in Belgien, Großbritannien, Spanien, Ungarn, Indien und Südafrika.

In der Verteilung des Frauenstimmrechts läßt sich eine gewisse Gesetzmäßigkeit erkennen. Volle Gleichberechtigung ist durchgeführt in den skandinavischen Ländern und in Holland und Luxemburg sowie in den Vereinigten Staaten, ferner in allen Ländern, die durch den Krieg in irgendeiner Form revolutioniert worden sind, insbesondere in allen national jetzt selbständigen Staaten (mit Ausnahme von Ungarn). In England und seinen Dominien besteht teilweise volles, teilweise beschränktes Frauenwahlrecht. Kein Frauenwahlrecht oder nur ein ganz beschränktes kennen die romanischen Länder in Europa und Südamerika und die Reiche Ostasiens. Doch wird auch in diesen Ländern lebhaft um das Frauenstimmrecht gekämpft, und es werden dort auch in immer schnellerer Folge Fortschritte gemacht. Die französischen Frauen hoffen, daß sie das Stimmrecht in nächster Zeit erreichen werden. Sie wenden sich gegen den Versuch ein Familienwahlrecht einzuführen, das die Stimmen der Kinder dem Vater zur Verfügung stellt. Ebenso lehnen sie einen Gesetzentwurf ab, der das kommunale Frauenwahlrecht auf 8 Jahre festlegen und damit die Gewährung des politischen Stimmrechts auf 8 Jahre oder länger hinausschieben soll. Die italienische Kammer hat den Gesetzentwurf angenommen, der den Frauen das Wahlrecht zu den Gemeindewahlen einräumt. In Brasilien bestimmt ein neues Gesetz, daß die Frauen zu allen öffentlichen Ämtern, auch zu dem des Präsidenten der Republik, wählbar sein sollen.

Totenliste Am 10. Juni 1925 starb *Helene Sumper* in hohem Alter. Sie war in Bayern auf dem Gebiet der Mädchenbildung, vor allem der hauswirtschaftlichen Fortbildung der Mädchen, führend tätig, sie organisierte die bayrischen Lehrerinnenvereine und leitete sie 40 Jahre lang, sie arbeitete in der weiblichen Jugendfürsorge und übte überall durch ihre Persönlichkeit, ihre vielseitig anregende Tätigkeit eine starke Wirkung aus.

Im Sommer des selben Jahres starb, in ihrem 81. Lebensjahr, *Emilie Hopman*, die erste Leiterin des Katholischen Frauenbundes, die 60jährig seinen Vorsitz übernahm und ihn dann mit lebendigem Interesse 9 Jahre hindurch ausfüllte.

In Braunschweig starb am 3. Oktober 1926 *Auguste Förster*, 78 Jahre alt. Sie wirkte in Kassel als Führerin der Frauenbewegung, vor allem auf dem Gebiet der Mädchenfortbildung. Sie gründete Kinderhorte, sie bewirkte die Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in der Volksschule und widmete sich allen diesen Aufgaben mit unermüdlichem Eifer und selbstloser Hingabe. Sie gehörte auch zu den Gründerinnen des Bundes deutscher Frauenvereine und war unter den ersten, die den Gedanken einer internationalen Zusammenfassung der Frauenbewegung erfaßten.

Kurze Chronik Die Ergebnisse der deutschen Berufszählung im Jahr 1925 sind erst teilweise veröffentlicht. Doch zeigen schon die Zahlen aus Bayern, Oldenburg, Anhalt, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe, Hamburg und Lübeck eine bedeutende *Zunahme der Frauenberufsarbeit* gegenüber der Berufszählung im Jahr 1907. Die Anzahl der Hausangestellten dagegen ist nicht nur relativ sondern absolut zurückgegangen. ◊ In Eisenach ist eine *Berufsoberschule* eröffnet worden, die Haushaltspflegerinnen, technische Lehrerinnen und Berufsschullehrerinnen ausbildet. ◊ Die Anzahl der *Ärztinnen* in Deutschland ist seit 1913 von 195 auf 1627 im Jahr 1926 gestiegen. ◊ In *Mexico* ist zum erstenmal eine Frau, *Elvia Carillo Puerto*, Abgeordnete geworden. ◊ In *Argentinien* ist ein Gesetz angenommen, das den Frauen die gleichen Bürgerrechte gibt wie den Männern. ◊ Zur Ersten Assistentin an der Bibliothek des Vatikans, dessen Beamtenschaft noch nie eine Frau angehörte, ist *Crostarossa Ocipioni* ernannt worden, die als Forscherin auf dem Gebiet der Paläographie tätig ist. ◊ Am 22. Juni 1926 vollendete

Gertrud Hanna ihr 50. Lebensjahr. Sie ist seit langen Jahren in der Arbeiterinnenbewegung führend tätig und hat für die Sache der Frauenarbeit, insbesondere durch die von ihr herausgegebene Gewerkschaftliche Frauenzeitung, Bedeutendes geleistet. Den Lesern der Sozialistischen Monatshefte ist sie noch besonders durch ihre hier veröffentlichten aufschlußreichen Artikel bekannt.

Literatur

Eine gute Zusammenfassung gibt *Emma Oekinghaus* in ihrer Untersuchung Die gesellschaftliche und rechtliche Stellung der deutschen Frau /Jena, Gustav Fischer/. Nach einem Überblick über die Entwicklung der Familie, über die Wandlung, die im Verhältnis der Frau zur Produktion vor sich gegangen ist, schildert sie die gegenwärtige Stellung der Frau in der Ehe und im Erwerbsleben. Sie kennzeichnet die Leere und technische Rückständigkeit der jetzigen Tätigkeit der Hausfrau, sie beleuchtet die Tendenzen, die auf eine weitere Lösung der heutigen Familienform und ihrer wirtschaftlichen Grundlagen gehen, die in dem Streben der Frau nach eigenem Erwerb wie in der Jugendbewegung und in der Flucht aus dem Dienstenberuf zum Ausdruck kommen. »Die Forderung der Gegenwart nach außerhäuslichem Ehefrauenerwerb ist nichts weiter als, unter veränderten Bedingungen, die Forderung der alten Wirtschaftsepochen an die Ehefrau nach produktiver Arbeit.«
 ◊ Der Frauenarzt *Robert Hofstätter* behandelt in einer klinischen, psychologischen und sozialen Studie die rauchende Frau /Wien, Hölder-Pichler-Tempsky/. Er untersucht unter Anführung einer Reihe von Krankengeschichten die Wirkungen des Nikotins auf den weiblichen Organismus und stellt seine Schädlichkeit fest. Das Rauchen hält er für eine Vermännlichung der Frau; seine psychischen Gründe sucht er meist auf sexuellem Gebiet, in Zuständen des Unbefriedigtseins oder in einem Streben nach Gleichberechtigung mit dem Mann. Dem Mann nämlich wird die Zigarre als Anregungsmittel für geistige Arbeit zugestanden; für die Frau dagegen bedeute sie ein Abirren von ihrem eigentlichen Wesen. Doch geht aus der Schrift hervor, daß die gesundheitsschädlichen Wirkungen des Rauchens beim Mann gleich groß sind. Und auf jeden Fall hat bei beiden die Rauchsitte den gleichen unsozialen Charakter; es wäre also zu wünschen, daß beide Geschlechter sie schleunigst ablegten.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Juda Leman

Quanten- und Zur Erklärung der Phäno- undulatorische mene, die wir auf Vorgänge Mechanik im Innern des Atoms und auf Wechselwirkung zwischen Strahlung und Materie zurückführen, bedienen wir uns zweier Vorstellungen, die im Prinzip mit einander unverträglich sind. Um in erster Linie den Erscheinungen der Interferenz und Beugung gerecht zu werden, können wir schwer auf die klassische Vorstellung der Ausbreitung des Lichts in Kugelwellen verzichten. Andererseits scheint es, seit Lenard 1902 gezeigt hat, daß beim lichtelektrischen Effekt die von der bestrahlten Platte durchs Licht losgelösten Elektronen eine Geschwindigkeit erlangen, die nicht von der Intensität der Strahlung abhängt, evident, daß die Energie der Strahlung nicht klassisch um die Strahlungsquelle verteilt sein kann. Denn klassisch bestimmt die Intensität der Strahlung die räumliche Energiedichte und somit die den Elektronen erteilte Energie. Lenard bewies aber, daß die Intensität nur die pro Zeiteinheit losgelöste Anzahl der Elektronen bestimmt, daß indessen die den Elektronen erteilte Geschwindigkeit, somit auch Energie, nur von der Farbe des Lichts abhängt. Einstein zeigte, daß man diesen Befund verstehen kann, wenn man annimmt, daß die Lichtenergie in kleinen Räumen konzentriert ist, und daß ein "Lichtquant" einer Strahlung der Frequenz ν die Energie $h\nu$ (h Plancksches Wirkungsquantum) besitzt. Stößt eine solche Lichtkorpuskel auf ein Elektron, so kann dieses seine Lichtenergie absorbieren und, indem es eine Geschwindigkeit erlangt, in kinetische umsetzen. So gewann das von Planck zur Ableitung seiner berühmten Strahlungsformel im Jahr 1900 eingeführte diskontinuierliche Element in der Physik Boden. Während Planck, entgegen der Annahme der klassischen Theorie, daß ein quasielastisch gebundenes Elektron seine Schwingungsenergie kontinuierlich in Strahlungsenergie umsetzt, die Meinung vertrat, daß der Oszillator nur in Beträgen von $h\nu$ absorbiert und emittiert, mußte Einstein noch dazu fordern, daß die Energie räumlich konzentriert bleiben soll. Eine Lichtkorpuskel ist darnach ein reales Gebilde, das mit Lichtgeschwindigkeit fliegt. Die Fruchtbarkeit der Einsteinschen Idee der Lichtkorpuskeln zeigt sich nicht nur bei den Photoelektronen, bei denen das Elektron die ganze ihm zugeführte Lichtenergie ($h\nu$ minus Austrittsarbeit des

Elektrons) in kinetische umsetzt, sondern auch dann, wenn das Elektron nur einen Teil der Energie absorbiert und umsetzt (Comptoneffekt). Um so unangenehmer mußte es aber empfunden werden, daß die Interferenz und Beugung am natürlichsten durch die Annahme einer wellenförmigen Ausbreitung des Lichts verstanden werden konnte.

Der im Prinzip nicht zu vereinbarende Dualismus in der Naturbeschreibung wurde von Niels Bohr übernommen, um eine Quantentheorie des Atombaus und der Spektren aufzustellen /1913/. Nach den Experimenten Lenards über den Durchgang von Kathodenstrahlen durch Materie /1903/ und Rutherfords über die Ablenkung von α -Teilchen /1911/ schien das Rutherford'sche Atommodell (mit positiven Atomkernen und um sie in geschlossenen Bahnen kreisenden Elektronen) das plausibelste. Klassisch müßte ein solches Atom kontinuierlich strahlen, bis seine Elektronen in den Kern hineinfallen. In Wirklichkeit liefern aber die Elemente diskontinuierliche scharfe Spektrallinien. Bohr sah sich deshalb gezwungen von der klassischen Vorstellung abzuweichen und die folgenden Postulate aufzustellen: Das Atom besitzt gewisse diskrete, durch ganz bestimmte Zustandsbedingungen festgelegte stationäre Zustände, in denen es nicht strahlt. Jedem solchen Quantenzustand entspricht eine bestimmte Energie des Atoms. Das Atom ist befähigt von einem Quantenzustand mit der Energie E_1 in einen andern mit der Energie E_2 überzugehen, wobei es die monochromatische Strahlung von der Frequenz ν , gemäß der Gleichung $h\nu = E_1 - E_2$, emittiert, wenn $E_1 > E_2$, oder absorbiert, wenn $E_1 < E_2$. Bedeuten diese Forderungen einen Bruch mit der klassischen Theorie, so war Bohr doch auch gezwungen viel von der klassischen in seine Quantentheorie zu übernehmen. Die stationären Zustände des Atoms sind durch die klassische Mechanik bestimmt. Der Sprung $h\nu$ ist nur dann möglich, wenn der Frequenz ν eine korrespondierende Schwingungskomponente im stationären Zustand entspricht (Korrespondenzprinzip, daraus gefolgte Auswahl- und Polarisationsregeln).

Die ungeheuren Erfolge der Bohrschen Theorie sind bekannt. Sie können aber nicht über die prinzipiellen Schwierigkeiten des Dualismus in ihren Grundlagen hinwegtäuschen, die manchmal fast unüberwindlich scheinen.

Unabhängig von einander haben in letzter Zeit 2 Forscher es unternommen die Quantenschwierigkeiten zu beseitigen.

Den einen Versuch hat *Werner Heisenberg* /Kopenhagen/ gemacht (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 860 und folgende). Er verzichtet von vornherein auf jede anschauliche Deutung der Vorgänge im Innern des Atoms. Die Frage, wo sich das Elektron im stationären Zustand befindet, läßt er vollkommen offen. Er sagt auch nichts über die Bewegung des Elektrons aus und verzichtet somit nicht nur auf die Bestimmung des Orts des Elektrons zu einer bestimmten Zeit sondern auch auf die Bestimmung des Impulses und der Energie eines Elektrons. Heisenberg will Beziehungen nur zwischen experimentell gegebenen Werten (Frequenz, Amplitude, Polarisation der Spektrallinien) suchen. Er geht dann so vor, daß er einer Lagekoordinate respektive Impulsordinate oder Energie eines Elektrons all die Strahlungsgrößen zuordnet, die der betreffenden Koordinate klassisch entsprechen, wobei er aber das Postulat der Quantentheorie übernimmt, daß eine Spektrallinie bei einem Übergang von einem stationären Zustand in einen andern entsteht. Eine klassische Koordinate eines Elektrons wird demnach durch eine äquivalente 2dimensionale Tabelle (Matrix) von experimentell beobachtbaren Größen bestimmt. Nun sollen die Beziehungen zwischen diesen Tabellen den klassischen Beziehungen zwischen den betreffenden Koordinaten entsprechen. Daraus ergeben sich für diese Tabellen bestimmte Rechenregeln. Wenn man die so gewonnenen Rechenregeln befolgt, zeigt sich, daß die dadurch erhaltene Theorie, Quantenmechanik genannt, der klassischen Mechanik sehr ähnlich ist (es gelten in ihr zum Beispiel Energie- und Impulssatz) und die makrokosmischen Erscheinungen richtig beschreibt. Die Stärke der Quantenmechanik zeigt sich aber erst bei der Beschreibung der mikrokosmischen Vorgänge. Um mit Hilfe dieser Theorie die Effekte bei Atomvorgängen zu prüfen, wurde von verschiedenen Forschern, in erster Linie von Max Born und P. Jordan in Göttingen, die Theorie mathematisch weiter ausgebaut, und es ergaben sich überraschend gute Übereinstimmungen mit den Erfahrungen. Unter anderm lieferten die Forscher Theorien des normalen und des anormalen Zeemaneffekts, wobei auch die Intensitäten richtig herauskamen, des Starkeffekts, des Comptoneffekts, der Dispersion. War dieser Theorie somit ein gewaltiger Erfolg beschieden, so bedeutete sie doch einen Verzicht auf eine "Erklärung" des mikrokosmischen Naturgeschehens.

Einen andern Weg zur Überbrückung der Inkonssequenzen der Quantentheorie beirat *Erwin Schrödinger* /Zürich/. Während die Quantenmechanik als wahre Diskontinuumstheorie bezeichnet werden muß, will der genannte Forscher eine Mechanik liefern, die er undulatorisch nennt. Nach dieser Auffassung wäre die klassische Mechanik, die die Vorgänge so beschreibt, als ob sich eine Partikel im Raum bewegt, nur annähernd richtig. In Wirklichkeit bewegen sich nicht Partikel, sondern »Wellenpakete«. (Daß einem materiellen Teilchen ein Wellenfeld zugeordnet werden kann, hat vor Schrödinger Louis de Broglie gezeigt. Von Einstein ist dann die de Brogliesche Vorstellung der Materiewellen übernommen worden, um eine Theorie der Viskosität der Gase bei tiefen Temperaturen zu liefern.) Die Gesetze der klassischen Mechanik gelten nur dann, wenn die Bahndimensionen groß sind, gegen die Wellenlängen. Nur so lange kann ein Wellenpaket durch einen Punkt ersetzt werden, wie es nach Schrödinger die klassische Mechanik tut. Analog aber, wie die geometrische Optik bei den Erscheinungen der Beugung versagt, wenn die Öffnungen von der Größenordnung der Wellen sind, versagt die Makromechanik bei den Erklärungen der Atomvorgänge. An Stelle der klassischen Mechanik muß dann die Wellenmechanik treten. Doch können wir nicht, und das macht diese Theorie unanschaulich, mit dem einfachen Ansatz auskommen, daß sich die Wellenpakete im 3dimensionalen Raum bewegen (die gegenseitige Beeinflussung der Partikel käme dann nicht zur Geltung), sondern die Wellen breiten sich im »Phasenraum« aus; also bei einem Problem von n Korpuskeln im $3n$ dimensionalen Raum. Formal sind dann die durch die Erfahrung bestätigten Postulate der Quantentheorie in Gleichungen enthalten, die das Geschehen (im Phasenraum) kontinuierlich zu beschreiben scheinen. An der Spitze der Theorie steht eine partielle Differentialgleichung einer bestimmten Funktion, und wenn man für diese Funktion nur die Forderung aufstellt, daß sie im ganzen Konfigurationsraum eindeutig, endlich und stetig sein soll, so ergeben die Eigenwerte dieser Differentialgleichung die Quantenvorschriften. Nicht also wird die Diskontinuität von außen hereingetragen, sondern die Differentialgleichung scheidet »selbsttätig« bestimmte Lösungen aus und scheint so zu zeigen, daß im Konfigurationsraum bestimmte diskrete »Punkte« ausgezeichnet sind.

Auch die Schrödingersche Theorie hat einen großen Erfolg zu verzeichnen; sie lieferte unter anderm die mit der Erfahrung übereinstimmende Behandlung des Stark- und des Zeemaneffekts (mit Intensitäten), der Dispersion, des Comptoneffekts, diese durch Walter Gordon. Daß 2 so verschiedene Theorien wie die Heisenbergs und Schrödingers, von denen sich die eine mehr das Prinzip der Diskontinuität, die andere die des Kontinuums zu eigen machte, die selben Resultate lieferten, schien sehr merkwürdig. Von Schrödinger ist die innere Verwandtschaft, die »mathematische Identität«, der beiden Theorien aufgedeckt worden. Die formale Behandlung der Atomvorgänge scheint einen guten Schritt weitergekommen zu sein. Um anschauliche Deutung muß man sich nach wie vor mühen.

Tiefe Temperaturen

Die bekannte Linde-Onnesche Methode zur Verflüssigung von Wasserstoff und Helium ist mit solchen technischen Schwierigkeiten verbunden, daß es bis jetzt nur 6 Stellen auf der Erde gab, wo Wasserstoff, und nur 3, wo Helium verflüssigt wurde. Deshalb ist es von Wichtigkeit, daß es *Franz Simon* /Berlin/ gelungen ist eine Methode zu ersinnen und durchzuführen, mit deren Hilfe man sich in jedem Laboratorium flüssigen Wasserstoff respektive Helium herstellen kann. Um ein Gas durch Kompression verflüssigen zu können, müssen wir es natürlich zuvor auf seine kritische Temperatur gebracht haben. Nun ist diese bei Helium — 268° , der Siedepunkt des Wasserstoffs unter normalem Druck aber ist — $252,6^{\circ}$, also um etwa 15° höher als die Temperatur, die wir brauchen, um Helium verflüssigen zu können. Die bekannte Methode bei einem flüssigen Gas niedrigere Temperaturen als die seines normalen Siedepunkts zu erreichen ist den Raum über ihm abzupumpen; sein Siedepunkt wird erniedrigt, durch die abgegebene Verdampfungswärme wird die Flüssigkeit kälter. Doch können wir so bei Wasserstoff höchstens eine Temperatur von — 264° erreichen, die also immer noch um 4° höher ist als die kritische Temperatur des Heliums. Simon verschafft sich diese, indem er nicht die Verdampfungswärme sondern die bedeutend größere Adsorptionswärme zur Kälteerzeugung ausnutzt. Er bringt auf Adsorptionskohle, die auf einer möglichst niedrigen Temperatur gehalten wird (beim angestellten Versuch war es die Temperatur des bis auf — 260° abgepumpten, flüssigen Wasserstoffs), Helium unter ein

paar Atmosphären Druck. Die zuerst entstehende Adsorptionswärme wird dann dem das Kohlegefäß umgebenden Wasserstoff zugeführt. Wird danach das Gefäß thermisch isoliert (zwischen dem Dewargefäß mit dem flüssigen Wasserstoff und dem Kohlegefäß war ein Zwischenraum, anfangs mit Helium gefüllt, dann evakuiert) und das adsorbierte Helium abgepumpt, so sinkt die Temperatur in ihm bis auf -268° . Der Verflüssigung des Heliums steht dann nichts im Weg.

Das Verfahren, das auf ähnliche Weise die Lücke zwischen der kritischen Temperatur des Wasserstoffs und dem Siedepunkt des Stickstoffs zu überbrücken vermag, gestattet auch auf die angegebene einfache Art sich flüssigen Wasserstoff zu verschaffen. Die schöne Methode hat gegenüber der Lindeschen den technischen Nachteil, daß sie nicht gestattet kontinuierlich größere Mengen flüssigen Gases herzustellen. In Laboratorien wird sie sich durch ihre Einfachheit sicher einbürgern und gute Dienste leisten.

Totenliste

Ende August 1926 starb in Northease-Barbor /Maine/ der Professor der Chemie

Charles Eliot, im Alter von 92 Jahren. Er war 40 Jahre lang, von 1869 bis 1909, Rektor der Harvarduniversität. Er hat ein Handbuch der qualitativen chemischen Analyse verfaßt.

Am 19. September starb der Direktor der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt *Ludwig Holborn*, in seinem 66. Lebensjahr. Er wirkte dort seit 1890 namentlich in der Abteilung für Wärme und Druck. 1914 war er Direktor dieser Abteilung geworden. Besonders geschätzt werden seine Arbeiten über das Verhalten der Gase bei Änderungen des Drucks und der Temperatur.

Anfang Oktober starb in Leipzig der Professor für theoretische Physik *Theodor des Coudres*, im Alter von 64 Jahren. Er hatte sich 1891 in Leipzig habilitiert, bald einen Ruf nach Göttingen erhalten, war dann nach Würzburg und 1903 wieder nach Leipzig berufen worden.

Am 9. November verschied plötzlich in Mailand der Professor der technischen Physik am Polytechnikum *Ettore Molinari*, der hervorragendste Vertreter der angewandten Chemie in Italien. Seine Lehrbücher der chemischen Technologie sind viel übersetzt worden.

Am 15. November starb in Wien der Physiker *Franz Exner*, in seinem 78. Lebensjahr. Er war mit Röntgen zugleich Assistent bei Kundt in Straßburg, ging 1874 nach Wien und habilitierte sich

dort an der Universität für Physik. Von seinen Veröffentlichungen seien die preisgekrönten Untersuchungen über die Härte von Kristallen hervorgehoben.

Im November starb auch *Richard Meyer*, der den Lehrstuhl für allgemeine und Farbenchemie an der Technischen Hochschule in Braunschweig innehatte, in seinem 81. Lebensjahr. Seine Arbeiten liegen besonders auf dem Gebiet der Farb- und der Faserstoffchemie.

Kurze Chronik Im Jahr 1926 ist der Ernst Abbe Gedächtnis-Preis mit der zu ihm gehörenden Abbemedaille der Carl Zeiß-Stiftung in Jena zum erstenmal für Physik verliehen worden. Er wurde Wilhelm Wien /München/ zuerkannt. \diamond In Wilhelmshaven wurde eine *Gesellschaft für Klimaforschung* im Nordseegebiet mit Beobachtungsstationen in Wilhelmshaven, Helgoland, Wyk auf Föhr gegründet. \diamond In Klausthal wurde, als erstes in Deutschland, ein *Institut für Erdölforschung* errichtet und der Bergakademie dort angeschlossen. \diamond Zur Wiederkehr des 100. Todestags Voltas werden vom Mai bis zum Oktober dieses Jahres in seiner Geburtsstadt Como eine internationale Ausstellung und ein Kongreß über Telephonie und Telephonie unter der Leitung Guglielmo Marconis veranstaltet werden.

Literatur

Von dem von Hans Geiger und Karl Scheel herausgegebenen *Handbuch der Physik* /Berlin, Julius Springer/ erschien der 23. Band, der das Sorgenkind der modernen Physik, die Quanten, behandelt. Er wurde von Geiger redigiert. Den rein theoretischen Teil, die Quantentheorie, bearbeitete Wolfgang Pauli /Hamburg/, die Methoden zur h -Bestimmung und ihre Ergebnisse Rudolf Ladenburg /Berlin/, die Absorption und Zerstreung von Röntgenstrahlen Walther Bothe /Berlin/, das kontinuierliche Röntgenspektrum Helmuth Kulenkampff /München/, die Anregung von Emission durch Einstrahlung Peter Pringsheim /Berlin/, die Photochemie Wilhelm Noddack /Berlin/ und endlich die Anregung von Quantensprüngen durch Stöße James Franck und Paul Jordan /Göttingen/. Der Aufbau und die Namen der bearbeitenden Forscher sprechen für die Bedeutung des Werks. Fast überall ist noch die Literatur von Anfang 1926 berücksichtigt. Jedem, der tiefer in das wichtige Problem der Quanten eindringen will, kann dieses Buch als Leitfaden dienen.

Anthropogeographie / Max Hodann

Nordamerika Über die Vereinigten Staaten von Amerika ist in der letzten Zeit in Deutschland eine übergroße Literatur entstanden. Kein Monat vergeht fast, ohne ein neues Buch zu bringen. Von den Zeitschriftenaufsätzen und gar den Zeitungsartikeln völlig zu schweigen. Die meisten dieser Publikationen haben mäßigen oder gar keinen Wert. Es sind überflüssige Hymnen, aus einem kleinbürgerlichen Anstaunen größerer Verhältnisse herrührend. Eine byzantinische Unterordnung unter alles Amerikanische zeigen namentlich unsere Intellektuellen. Und dabei merken sie nicht einmal, daß das, was ihnen als das Neue im "Amerikanismus" erscheint, nichts weiter ist als ein durch reichere natürliche Mittel gesteigerter Europäismus; während das besondere Amerikanische (das weniger geräuschvoll zu preisen wäre, dafür, wie alles Ethnische, namentlich bei einem erst werdenden Volk, seinen Eigenwert hat) ihnen in der Regel entgeht.

Eines der wenigen wirklich unterrichtenden, nicht bloß ziellos daherrenden Amerikabücher ist das des Stellvertretenden Vorsitzenden des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit *Carl Köttgen* Das wirtschaftliche Amerika /Berlin, Verlag des Vereins deutscher Ingenieure/. Mit der Schulung des großindustriellen Organisators ist Köttgen hinübergegangen. Er denkt in Zahlen. Gerade darum ist das Ergebnis seiner Beobachtungen auch für uns wertvoll, weil die Zahlen unabhängig von den wirtschaftspolitischen Folgerungen, die Köttgen selbst daran knüpft, genommen werden können. Zudem ist das Buch methodisch vorbildlich. Auf einem Flächenraum, der dem von Europa beinahe gleichkommt, hat sich die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten seit 1870 fast verdreifacht. Trotzdem beträgt die Siedelungsdichtigkeit nur ein Neuntel der von Deutschland. Für den Wohlstand, der sich aus der ungemein günstigen klimatischen Beschaffenheit des Landes nicht zuletzt erklärt, in Verbindung mit den vorhandenen natürlichen und günstig gelagerten Bodenschätzen, hat Köttgen eine übersichtliche Rechnung aufgemacht. Er unterstellt rechnerisch gleichmäßige Verteilung der produzierten Güter und vergleicht dann die Menge der für Ernährungszwecke und verwandte Berufe Tätigen mit der Gesamtarbeiterzahl des Landes. Er erhält damit einen Wohlfandsfaktor, nach dem

sich ergibt, daß in den Vereinigten Staaten 29 % der Erwerbstätigen, in Deutschland aber 43,3 % für Zwecke der Ernährung der Bevölkerung tätig sind. Für die Deckung anderer Bedürfnisse bleiben also in den Vereinigten Staaten 71 %, in Deutschland nur 56,7 % der Erwerbstätigen verfügbar. Berechnet auf die Einwohnerzahl ergibt sich als Ernährungsfaktor für die Vereinigten Staaten 11,4 % zu 20,8 % in Deutschland. Schon aus diesen Zahlen wird die ganz andersartige Gliederung der Volkswirtschaft verständlich. In der Arbeit herrscht die 48 Stunden-Woche vor, 13,7 % der Arbeiter arbeiten weniger als 44 Stunden, 22,5 % allerdings über 54 Stunden. Nach den Angaben des Internationalen Arbeitsamts hatten die 44 Stunden-Woche 1922 1 1/4 Millionen Arbeiter. Dies, obwohl das Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert worden ist, und nur etwa 8 % der Arbeitsverträge nach Tarif abgeschlossen werden.

Wesentlich für die kulturpsychische Haltung der breiten Schichten sind die Angaben, die sich in dem Bericht der deutschen Gewerkschafter finden (Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/). Sie stellen als entscheidend fest, daß den amerikanischen Gewerkschaften jedes Klassenbewußtsein fehle. Das erinnert an jene sehr bezeichnende Szene, über die Harry Laidler, der Leiter der Liga für industrielle Demokratie in New York, in seinem Aufsatz Some Constructive Developments in the American Labor Movement, in der International Trade Union Review berichtete. Bei einem Empfang Keir Hardies durch Gompers sprach Hardie von den Kämpfen und Schwierigkeiten der europäischen Genossen in Politik und Wirtschaft. Gompers antwortete und erklärte, er sei mit allem einverstanden, was Bruder Keir Hardie gesagt habe, er lehne »nur das mit dem Sozialismus in seiner Rede« ab. Worauf Hardie meinte, ohne die Betonung des Sozialismus würde alles, was er gesagt habe, farblos. Die äußere Demokratisierung des Landes läßt es dem amerikanischen Arbeiter abwegig erscheinen, daß er einer untergeordneten Klasse angehören soll. Es war bisher zweifellos leichter sich in führende Stellen hinauzuarbeiten als etwa unter dem Druck der europäischen Tradition. Die Industrie trägt dem demokratischen Bestreben Rechnung, sie versucht mit allen Mitteln den Arbeiter an sein Unternehmen innerlich zu binden. Das um so mehr, je

schwieriger sich das Menschenproblem gestaltet. In dem Buch des Redakteurs der Leipziger Neuesten Nachrichten Richard Breiting Von Wolkenkratzern, Kettenarbeitern und trockenen Städten /Leipzig, Edgar Herfurth & Co./ liest man: »Das demokratische Ideal tritt langsam, aber sicher zugunsten der Klassenherrschaft zurück.« Eine Behauptung, die wie auch manches andere, was Breiting mitteilt, in dem ungemein fesselnden und geistreichen Buch *Moritz Julius Bonn's Amerika und sein Problem* /München, Meyer & Jessen/ ganz neu beleuchtet wird. Nach Bonn geht Nordamerika einer Stabilisierung entgegen, die es vor ähnliche Verhältnisse stellen wird, wie sie in Europa an der Tagesordnung sind. Das gilt nicht nur für die Vereinigten Staaten, es gilt in etwas anderer, aber doch ähnlicher Weise auch für Canada, mit Ausnahme der Provinz Quebec. Quebec ist eine Oase des alten Frankreichs aus der Zeit vor der Großen Revolution, mit französischen Sitten, französischer Sprache und, vor allem, französisch-katholischer Kirche. Die katholische Kirche ist das Bollwerk, das der amerikanische Nivellismus noch nicht unterhöhlt hat, ein Bau, der anscheinend noch immer größer und fester wird. Das gilt speziell für Quebec, aber darüber hinaus für viele Gebiete Nordamerikas, in denen sich der Katholizismus festsetzt.

In allen anderen Gebieten des riesigen Kontinents erwachsen heute 2 Fragen: Wie schützt man sich gegen Überfremdung mit unerwünschten Elementen aus den Gegenden der "neuen" Einwanderungsländer (das sind im Gegensatz zu den germanischen "alten" Ländern die romanischen und slawischen), und wie schützt man die weiße, anglikanische Rasse vor dem Verfall gegenüber den Negern und Mischlingen? Der Rassen-gedanke gewinnt für die amerikanische Politik eine erhebliche Bedeutung. Vor 3 Jahren schrieb *Lothrop Stoddard* ein Buch mit dem angelsächsisch bezeichnenden Titel *Aufstand gegen die Kultur* /München, J. F. Lehmann/, in dem auf den steigenden Geburtenrückgang bei den Angelsachsen gegenüber »den anderen« hingewiesen wird. Es scheint so gut wie sicher, daß die Bevölkerungszahl der Vereinigten Staaten bei weiterer Einschränkung der Einwanderung praktisch zum Stillstand kommen wird. Nach den neuesten Einwanderungsgesetzen, deren Schlüssel auf 1790 (!) zurückverlegt worden ist, sollen von 1927 nur noch zirka 100 000 Einwanderer jährlich zugelassen werden. Rassenabnei-

gung und Religionshaß sind in den Vereinigten Staaten in der Gegenwart lebendige Kräfte geworden. Der Ku Klux Klan (siehe über ihn die Rundschau Nationale Bewegung 1925 Seite 361 und folgende) ist eine ausgesprochen rassistisch begründete Bewegung gegen Neger, Juden und Katholiken, in der Form des den Amerikanern so sehr sympathischen Geheimbunds.

Fern ab von dem Kampf der finanzkapitalistischen und der Geheimbundmächte der Union liegen nur noch die Strecken des nördlichen Canadas und das ferne Alaska, dessen Menschen und Natur uns Wortkunst und Griffel des Künstlers in dem Buch *Rockwell Kents Wildnis: Geruhsame Abenteuer in Alaska* /Bremen, Angelsachsenverlag/ erleben läßt. Alaska, das Goldland, hat heute eine Bevölkerung von 55 036 Einwohnern, von denen 26 558 Indianer sind. *Carl Axel Bergström* hat in einer sehr eingehenden Monographie, die im Ymer in Stockholm erschien, die geologischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten dieses Landes behandelt. Die entscheidenden Vorgänge auf den beiden Kontinenten der amerikanischen Welt indessen werden von jener Nordwestecke vorderhand nicht wesentlich beeinflußt werden.

Statistik

Der Leiter des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien *Otto Neurath* hat neue Ausdrucksmittel für die Darstellung gesellschaftlicher, statistisch zu erfassender Vorgänge zu schaffen versucht. Einen Eindruck von dem Erfolg dieser Methode konnte man im Sommer 1926 im österreichischen Haus der Düsseldorfer Ausstellung erhalten. In der österreichischen Gemeindezeitung liegt eine mit reichem Bildmaterial versehene Übersicht vor, die auch weiteren Kreisen Einblick in diese ungemein wichtigen Arbeiten gestattet. Es wäre zu wünschen, daß der Wiener Versuch bald in Deutschland und anderwärts Nachahmung fände.

Von der Arbeit der österreichischen Arbeiterkammern, die durch Gesetz von 1920 in den Ländern der österreichischen Bundesrepublik errichtet worden sind, gibt das seit 1924 erscheinende, von der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien unter der Redaktion *Benedikt Kautskys* herausgegebene *Wirtschaftsstatistische Jahrbuch* /Wien, Verlag Arbeit und Wirtschaft/ Rechenschaft. Es kommt sowohl in Tabellen wie im Text dieser Bände zum Ausdruck, wie ungemein wertvoll die Arbeit der Kammern

für die politische Erziehungsarbeit der Arbeiterschaft im Lauf der Jahre werden kann. Bevölkerungspolitisch interessiert uns die folgende Übersicht, die sowohl die unverhältnismäßig schlechtere Lage unehelicher Mütter gegenüber ehelichen, wie die ungünstigen Lebensaussichten unehelicher Kinder gegenüber ehelichen, gleichzeitig aber den hohen, zirka 20 % ausmachenden Anteil der unehelichen Geburten an der Gesamtzahl der Geburten in Wien ersichtlich macht:

Jahr	Anzahl der Lebendgeborenen		Anzahl der Totgeborenen		Anzahl der Sterbefälle im 1. Lebensjahr	
	überhaupt	unehelich	überhaupt	unehelich	überhaupt	unehelich
1924	27 049	4 743	2 736	907	2 723	886
1925	26 043	5 245	2 544	929	2 082	558

Von jüdischer Seite erschienen im Lauf des letzten Jahres bevölkerungspolitisch wie kulturell sehr wertvolle Darstellungen in den Blättern für Demographie, Statistik und Wirtschaftskunde der Juden, herausgegeben von Jakob Lestschinsky in Berlin. Hier sei folgendes über die Veränderung der räumlichen Gliederung des jüdischen Volkes mitgeteilt: Der Anteil der Juden an der Bevölkerung der verschiedenen Erdteile hat sich durch die Auswanderung nach Amerika merklich verschoben, wie folgende Zahlen zeigen:

Erdteil	Anzahl der Juden absolut		prozentual	
	1925	1897	1925	1897
Europa	9 343 882	8 652 000	63,03	83,66
Amerika	4 351 000	986 000	29,32	9,53
Asien	662 000	406 000	4,47	4,00
Afrika	448 500	282 000	3,03	2,73
Australien	25 450	16 000	0,15	0,08
Zusammen	14 830 832	10 342 000	100,00	100,00

Von den heute in Amerika ansässigen Juden wohnen 4 Millionen in den Vereinigten Staaten; sie umfassen 26,95 % der Gesamtjudentheit der Welt.

Körperpflege Die überlaute Förderung, die jetzt bei uns dem Sport von Behörden, Verbänden und von den sich darin überbietenden Tageszeitungen zuteil wird, hat Ursachen, die auf verschiedenen Gebieten unseres öffentlichen Lebens, namentlich aber dem der Politik, liegen, mag dies den Beteiligten auch nicht bewußt sein. Hier ist eine, wenn auch dem Tagesgeschmack zuwiderlaufende Kritik notwendig. Daß der sachlich unschöpferische, daher im Letzten leerlaufende Sport

eine so überwertige Beurteilung finden konnte, erklärt sich zu einem großen Teil aus dem angelsächsischen Einfluß, dem man in Deutschland allzu gern erliegt. Auf der andern Seite soll nicht verkannt werden, daß Körperschulung für den Proletarier, der in ungünstigsten Luft- und Lichtverhältnissen lebt und arbeitet, vielleicht wichtiger ist als für jene Kreise des Bürgertums, deren Luxuszeitschriften mit den Anpreisungen der "Schönheitspflege" gefüllt sind.

So wichtig Körperpflege ist, zweierlei erscheint der Betonung bedürftig: Einmal muß man sich gegen das Gerede von der rassenhygienischen Bedeutung des Sports verwahren. Der Sport, wie alle Körperschulung, kann nur für den einzelnen etwas bedeuten, wenschon für ihn, für sein Wohlbefinden und seine Gesundheit erheblich viel. Aber er beeinflußt nicht die Erbwerte. Ferner: Alles das, was heute gerade auch in Kreisen der arbeitenden Bevölkerung in der Form von Nacktkultur, Lichtfreude, Sonnenkindschaft als an und für sich sehr begrüßenswerte und verständige Bewegung zum Ausdruck kommt, ist in Gefahr in eine Romantik und Sentimentalität zu versanden, die man in der Arbeiterbewegung gern missen möchte. Eine Betonung der gebotenen Grenzen bietet der Körperkultur und Arbeiterbewegung betitelt Sonderheit der vom Arbeiterbildungsinstitut Leipzig herausgegebenen Zeitschrift Kulturwille. Gegen den Rekord, für Auflockerung der gespannten, oft überspannten Körper.

Was Rhythmik bedeutet, darüber hat in sehr ansprechender Weise Fritz H. Winther geschrieben (Der rhythmische Mensch und Der heilige Tanz /Rudolstadt, Greifenverlag/). Insbesondere die völkerkundlichen Parallelen sind von Bedeutung. Eine weitere ausgezeichnete Schrift ist die *Dora Menzlers* Die Schönheit deines Körpers, das Ziel unserer gesundheitlich-künstlerischen Körperschulung /Stuttgart, Dieck & Co./. Einer der eifrigsten Förderer neuzeitlicher Leibeskultur ist Magnus Weidemann, der insbesondere durch das Bild für die Hebung vernünftigen Körpergefühls zu wirken bestrebt ist (Körper und Tanz /Rudolstadt, Greifenverlag/ und Deutsches Baden /Hamburg, Robert Laurer/). Auch die beiden Bände Ideale Körperschönheit /Hamburg, Robert Laurer/ sind beachtenswert. Die speziellen Fragen der Nacktkultur und ihres Kampfes gegen die polizeilichen Behörden schildern die Arbeiten Josef Seitz' Die Nacktkulturbewegung /Dresden, Verlag der Schönheit/

und das auch kulturhistorisch wichtige und jeden Liebhaber politischer Ironie befriedigende Bändchen Soll man lachen oder weinen?, mit Bildern von Paul Simmel /Hamburg, Robert Laurer/. Die medizinische Seite der Frage behandelt, allerdings ganz auf bürgerliche Kreise hinzielend, Paul Orłowski in seinem Buch Die Schönheitspflege /Leipzig, Curt Kabitzsch/. Neben manchen recht guten Anweisungen findet man da merkwürdige Ansichten: »Mit manchen Sachen, dazu gehören Korsett und Haarbrennen, muß man sich eben abfinden.« Daß so etwas ein Arzt schreibt, muß man mit einiger Verwunderung konstatieren.

Totenliste

Am 22. Januar 1926 starb der schwedische Kartograph *Karl Hjalmar Dusén*,

der durch seine in Afrika, Südamerika und Grönland ausgeführten Expeditionen bekannt geworden ist.

Der hervorragendste Vertreter der germanischen Sprachwissenschaft in Frankreich, *Maurice Cahen*, starb Ende Mai in Paris, im Alter von 42 Jahren. Auf Grund seiner Arbeiten über die Bedeutungsentwicklung der Worte wurde er nach Paris berufen. 1921 veröffentlichte er ein grundlegendes Werk über den religiösen Wortschatz des alten Skandinaviens, das als sprachwissenschaftlich-soziologisches Standardwerk gilt.

In Braunschweig starb Anfang August der Geographieprofessor an der Technischen Hochschule dort *Richard Pohle*. Er hat die Geographie des Menschen und Völkerlebens in Geschichte und Gegenwart herausgegeben. Von seinen Büchern sind besonders Sibirien als Wirtschaftsraum /1921/ und Rußland und das Deutsche Reich /1922/ zu nennen.

Ende August verschied in Darmstadt *Bernhard Pattenhausen*, im Alter von 71 Jahren. Seit 1893 hatte er den Lehrstuhl für Geodäsie an der Dresdener Technischen Hochschule inne. In seinem Fach hatte er internationalen Ruf.

In Graz starb Anfang Dezember der Ordinarius für Erdkunde *Robert Sieger* im Alter von 62 Jahren. Es interessierten ihn besonders die Beziehungen der Geographie zur Politik, wofür verschiedene Veröffentlichungen Zeugnis ablegen, so Der österreichische Staatsgedanke und seine geographischen Grundlagen /1918/, Die Geographie und der Staat /1925/.

In Kabale /Uganda/ starb Ende 1926 der Afrikaforscher *Carl Akeley*, 62 Jahre alt; mitten auf einer Forschungsreise durch Ostafrika für das Naturwissenschaftliche Museum in New York.

Kurze Chronik Nach einer 12jährigen Irrfahrt sind die *Assurfunde* der Deutschen Orientgesellschaft, die so lange in Portugal beschlagnahmt waren, in Berlin eingetroffen. ◊ Die *Abessinienbibliothek* des verstorbenen Afrikaforschers Friedrich Bieber, der zuletzt mit Leo Frobenius am Institut für Kulturmorphologie in München wirkte, wurde vom Hamburger Senat erworben. Es handelt sich um etwa 1200 Nummern. ◊ Das Geographische Institut in Florenz rüstet eine Expedition nach Palästina zu Forschungen am *Toten Meer* (Änderungen der Oberfläche und Klima) aus. ◊ Der Islamist Franz Babiner und die Archäologen Emil Forrer und Edmund Weigand haben eine Forschungsreise ins *östliche Anatolien* angetreten. Die Reise gilt der Untersuchung der Lage hettitischer Ortschaften sowie der Aufnahme klassischer und arabischer Inschriften. ◊ In Budapest ist der Bau eines *Geologischen Instituts* beschlossen worden, das der Technischen Hochschule angegliedert wird. ◊ Für Urgeschichte des Menschen *habilitierte* sich Leonhard Franz an der Universität Wien.

Literatur

Von der Hundertjahrausgabe des berühmten Geographiebuchs *Ernst von Seydlitz'* ist der 1. Band Deutschland erschienen, bearbeitet von Bruno Dietrich, Robert Gradmann, Albert Henche, Fritz Jaeger, Rudolf Reinhard, Hans Rudolphi /Breslau, Ferdinand Hirt/. Der Band bietet, abgesehen von sehr gut ausgewähltem Bildmaterial, reiche Übersicht über Bevölkerung, Wirtschaft, Klima, Geologie des deutschen Landes. ◊ Die Untersuchungen slawischer Siedlungen und Heiligtümer, die *Carl Schuchhardt* vorgenommen hat, sind in einem prächtigen Band Arkona, Rethra, Vineta gesammelt erschienen /Berlin, Hans Schoetz/. Das Svantevitheiligtum auf der Nordspitze Rügens ist durch gute Photographien dargestellt. Rethra wird glaubwürdig mit der ehemals 3türmigen (tricornis) Wallburg auf dem Schloßberg bei Feldberg in Mecklenburg identifiziert, und Vinetas Lage ist nach dem neuesten Stand der Forschung vor dem Landhaken der Peenemündung bestimmt. ◊ Abenteuer und Lebensweise der Waalfänger und Sylter Grönlandfahrer werden in dem Buch *Margarete Boies Waal*, Waal /Stuttgart, J. F. Steinkopf/ lebendig. Es gibt auch einen guten Einblick in das alte Leben dieser unvergleichlichen Insel, aus der Zeit, da die friesische Küste noch nicht für Sommergäste eingerichtet war.

Geschichte / Walther Koch

Systematische Geschichtslehre Während der weitaus größte Teil aller Geschichtswissenschaft in spezialistischer Quellenforschung und Quellenverwertung besteht, versuchen einzelne Forscher aus der Geschichte eine systematische Geschichtslehre zu gewinnen. Und zwar in anderm Sinn als die Geschichtsphilosophie, die es mit den Voraussetzungen historischen Erkennens zu tun hat und, wie etwa Dilthey, Windelband und Rickert, die Eigenart geschichtlichen Verstehens feststellen will. Geschichtslehre sucht aus dem lebendigen Geschehen heraus bestimmte Erkenntnisse über Struktur, Richtung, Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Welt zu gewinnen, stellt also eine Forschungsweise dar, die von vielen Geschichtsforschern von vornherein als ungeschichtlich abgelehnt wird. In dem bekannten Methodenstreit, der hauptsächlich in den neunziger Jahren die Geschichtswissenschaft erfüllte, heute aber im wesentlichen verstummt ist, traten vor allen Dingen Lamprecht und seine Schüler als die konsequenten Verfechter einer Auffassung hervor, die aus der Geschichte bestimmte Gesetze, Tendenzen, Gleichläufigkeiten ziehen wollte.

Neben Lamprecht wurde damals der Berliner Kulturhistoriker *Kurt Breysig* viel genannt, der schon in jungen Jahren in Schmollers Jahrbuch mit weitgespannten Forschungen zur vergleichenden Verfassungs- und Sozialgeschichte hervortrat. Die meisten sahen in Breysig eine Parallelerscheinung zu Lamprecht, wozu sein Stufenbau der Weltgeschichte und andere großzügige Ansätze zu einer synthetischen Gesamtschau zu berechtigen schienen. Einem tieferdringenden Blick mußte indes deutlich sein, daß etwa in Breysigs Kulturgeschichte der Neuzeit schon die geistigen Schöpfungen, besonders die künstlerische Welt, mit ganz anderen Organen erfaßt war als bei Lamprecht. Große Sensibilität künstlerischer Empfindung zeichnete besonders auch den Lehrer Breysig in seinen kulturhistorischen Vorlesungen aus. Mit der aus der Schmollerschen Schule stammenden sozialhistorischen Auffassung verband sich bei ihm schon früh eine von Nietzsche herrührende Hervorhebung des schöpferischen Wirkens der großen Einzelpersonlichkeit: eine Verbindung, die unorganisch scheinen könnte.

Jetzt versucht Breysig in einem mehrbändigen systematischen Werk Vom ge-

schichtlichen Werden /Stuttgart, J. G. Cotta Nachfolger/ diese Verbindung zu begründen. Sein neues Werk rückt von aller kollektivistischen Auffassung ab, ohne aber damit wieder in die von ihm selbst nach wie vor abgelehnte individualistisch beschreibende Geschichtsmethode zurückzufallen. Der Glaube an die Bedeutung der Einzelpersonlichkeit im Sinn Nietzsches und der Gedanke der Entwicklung und der Gemeinschaft, der im Sozialismus seinen stärksten Ausdruck gefunden hat, ringen mit einander. Es ist nicht zweifelhaft, auf welche Seite Breysig innerlich neigt. Ist doch besonders der 1. Band (Persönlichkeit und Entwicklung) mit solcher Leidenschaftlichkeit geschrieben, daß dadurch das Buch fast außerhalb strenger Wissenschaft steht. Das Werk soll und will zugleich Lebensausdruck sein; das muß der Leser, der sich etwa an einem gewissen Mangel konzentrierter, begrifflicher Strenge stoßen sollte, bedenken. Breysig gibt im Vorwort selbst zu, daß er »nirgends das Maß von einzelgeschichtlicher Begründung, von begrifflicher Durchdringung erreicht« habe, das er für eine endgültige Bearbeitung »für unerlässlich halten« würde. Wir haben hier also mehr einen bloßen Versuch vor uns, der sich auf eine Fülle von Gedanken und Erfahrungen früherer Jahre stützt, als ein völlig ausgereiftes Werk. So wird das Ganze schwerlich voll befriedigen, manche Leser, die strenge Konzentration und knappe Durchbildung des Problems fordern, sogar abstoßen. Wer aber geduldig genug ist sich in das Buch hineinzuarbeiten, wird sicher wertvollste Erkenntnisse daraus schöpfen können. Die Sprache strömt so breit und weithallend dahin, daß sie mehr einem prophetischen als einem gelehrten Stil entspricht. Breysig stellt eben eine eigentümliche Vereinigung forschender und künstlerischer Qualitäten dar, die oft zum Widerspruch reizt, dafür aber auch fruchtbarste Anregung geben kann. Leser, die um das Problem des Sozialismus ringen, werden manches, was Breysig sagt, sicher ablehnen, ihm gleichwohl für manche Fragestellungen dankbar sein.

Breysig geht von dem Begriff der Kraft aus, der in seinen verschiedenen Ausformungen und Beziehungen verfolgt wird. Stark spielen hier biologische Analogieen hinein, wie denn das ganze Werk dem Leipziger Philosophen und Biologen Hans Driesch gewidmet ist. Die Entwicklung wird als ein Geflecht von Kräftestrahlungen angesehen; dadurch soll die Verpersönlichung, die Entsach-

lichung des Entwicklungsgedankens gewonnen werden. Nach Breysig ist, was wir Barock nennen, im Urkern nicht der Stil einer Zeit, sondern der Stil des einen gewaltigen Menschen Michelangelo. Also genau die umgekehrte Auffassung, wie sie Wölfflin in seinem Werk *Renaissance und Barock* bekundet. Für Wölfflin liegt der Umschlag zum Barock in der Sache. Die große Einzelpersönlichkeit ist ihm mehr der Vollstrecker dieser sachlichen Notwendigkeit. Und besteht nicht darin gerade die eigentliche Größe schöpferischer Persönlichkeiten, daß sie nicht aus subjektiver Willkür, sondern kraft eines innern Auftrags, einer bestimmten Sendung handeln? Nach solcher Auffassung sind die Führer der Menschheit, die großen Geistes- und Tatumenschen, zwar nie das "Produkt der Verhältnisse", aber ihr Wirken entfließt doch eben immer objektiver sachlicher Notwendigkeit. In dieser Überzeugung kann uns nicht das erschüttern, was Breysig über die Verbindung der Großen mit dem Ganzen sagt. Aber der Wert seines Werks liegt eben nicht so sehr in bestimmten sicheren Resultaten, vielmehr in der Auflockerung des Bodens für die geschichtliche Einzelforschung. In dem heutigen Sozialismus sieht Breysig massenindividualistischen Kollektivismus. Aber er hält auch Formen des Sozialismus für denkbar, die die Grundanschauung von der überragenden Quellkraft der schöpferischen Einzelpersönlichkeit in sich aufzunehmen vermöchten. Eine sozialistische Auffassung, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften ihren Ausdruck findet, die zum Beispiel die überragende Bedeutung Napoléons für das Werden des neuen Europas hervorhebt, begreift wohl zur Genüge das Wirken der großen Einzelpersönlichkeit. Auch sonst ist der Führergedanke in der sozialistischen Bewegung doch auch heute schon weit lebendiger, als es Breysig erscheint. Nur geht es freilich nicht an nun mit Breysig alles auf das Wirken der Führer zurückzuführen. »Was ist«, fragt Breysig, »der deutsche Sozialismus anderes als der schöpferische Geist Babeufs und Saint-Simons und ihrer Ahnen, das ausführende Gedankenwerk von Marx und Lassalle, und endlich die handgreiflichere Arbeit der werktätigen Politiker Bebel, Liebknecht und so fort?« Sicher soll die große Bedeutung der Führer, die richtunggebend und wegweisend neue Ziele zeigten, nicht unterschätzt werden. Aber sie alle konnten doch nur wirken, weil die Not der proletarischen Wirklichkeit irgendeine Lö-

sung forderte. „Unda fert, non regitur“, hat selbst ein Bismarck gesagt. Auch in der Arbeiterbewegung waren es doch gewisse sachliche Notwendigkeiten, die die Schöpfer und Führer des Sozialismus zu ihren Ideen und Taten drängten. Mit Breysigs Formulierung, daß die großen kollektiven Gegebenheiten, Rasse und Volk, Stamm und Familie gleich anderen Faktoren Bestimmer und Bedinger, aber nicht Urheber oder Quell der Kraft sind, kann man sich einverstanden erklären. Auch in dieser Rundschau wurde stets die allzu mechanische Auffassung abgelehnt, als ob geistiges, schöpferisches Leben aus materiellen Verhältnissen verursacht sei, vielmehr immer betont, daß alles Materielle lediglich eine Bedingung geistigen Lebens ist.

Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß Breysig in diesem Werk sich ganz besonders mit Marx und Hegel auseinandersetzt. Doch haben gerade diese Ausführungen nichts Zwingendes, da sie von falschen Voraussetzungen ausgehen. Es folgen Kapitel, in denen Breysig an einzelnen konkreten Beispielen aus der Geschichte der Urzeit, aus der Verwaltungsgeschichte, der Geschichte des Glaubens wie der Baukunst seine geschichtliche Auffassung von der Verpersönlichung der Entwicklung beleuchten und erhärten will. Der 2. Band führt als Gesamttitel die Überschrift *Die Macht des Gedankens in der Geschichte*. Der 3. Band erst, der noch aussteht, soll den Kernbezirk des ganzen Grundrisses der allgemeinen Geschichtswissenschaft erreichen. So muß man auf die Weiterführung des Werks warten. Bei aller geboten scheinenden Abweichung in der Gesamtauffassung wie im einzelnen möchte man doch glauben, daß von den in dem Werk aufgeworfenen Fragen kräftige Anstöße in Wissenschaft und Leben ausgehen können.

Jesuitenstaat Interessant ist auch heute noch für uns die Organisation und Tätigkeit des Jesuitenordens. Deshalb ist das Bild von höchstem Wert, das uns *Eberhard Gothein* von dem südamerikanischen Jesuitenstaat in Paraguay zeichnet. Diese Studie ist jetzt in seinen bei Duncker & Humblot neu herausgegebenen Schriften wieder abgedruckt. Der Jesuitenstaat ist eine eigentümliche Verwirklichung christlich-sozialer Staatsideale. Der Staat ist hier völlig in theokratische Herrschaft der Kirche aufgelöst. Strenge Unterordnung aller einzelnen unter das Ganze in extremster

Weise, wie in der Theorie in Campanellas Sonnenstaat, war hier eine Zeitlang realisiert. Bestimmte sozialistisch-kommunistische Ideen traten hervor. Campanella wollte durch strengste Regelung der Gesamtheit die materielle Arbeit für den einzelnen womöglich auf 4 Stunden täglich beschränken. »Hier wird zum erstenmale das Mitgefühl mit dem grenzenlosen Elend und der Verwahrlosung der arbeitenden Klasse die Quelle eines sozialen Systems.« Schon hier tauchen ähnliche Ideen wie in der französischen Großen Revolution auf: Arbeitswerkstätten als Bildungsfaktoren einzurichten. Campanella schaltet den Eigennutz als Tätigkeitsantrieb vollständig aus und muß daher die Liebe zur Gemeinschaft auf jede Weise zu stärken suchen.

Die Jesuiten versuchten in Amerika auf der Religion, das heißt auf ihrer kirchlichen Herrschaft, als Fundament eine streng kommunistische Gemeinwirtschaft aufzubauen. Alle Zahlungsmittel waren ausgeschlossen, jedes Privateigentum untertägt (bis auf einigen Schmuck für die Frauen, der auch der Kontrolle unterstand), gemeinsame Produktion und Konsumtion durchgeführt. Nach dem Zusammenbruch der Jesuitenherrschaft entwickelte sich auch ein weitgehender Weiberkommunismus. Die Indianer wurden in äußerster Abhängigkeit gehalten, jede eigene Verantwortung und Initiative bei ihnen unterdrückt, so daß alles sittliche Gefühl sofort in die Brüche gehen mußte, wenn nicht strengste Herrschaft geübt wurde. Es ist von Interesse nachzulesen, wie regelmäßig die Siedlungen in diesem Staat angelegt, das Tagesleben der Gesamtheit genau geregelt, sogar alle Festesfreuden Monopol der Kirche waren; selbst der Tanz wurde in die kirchlichen Vorschriften hineingezogen. Gothein nimmt wohl mit Recht an, daß die religiös-soziale Grundanschauung der Stifter und Leiter des Jesuitenstaats, mehr noch als bloß ökonomische Triebkräfte, dort zum Kommunismus führten. In der Landwirtschaft wurde höchstens Gebrauchseigentum zugelassen, sonst war alles nach urchristlicher Weise gemeinsam. Auch die Häuser gehörten der Gesamtheit, an die sie im Todesfall wieder zurückfielen. Erbrecht war also ausgeschlossen. Nur im Krieg spielte noch die alte Einteilung nach Geschlechtern eine Rolle, wie etwa im alten homerischen Griechenland, sonst war alles von oben her in Arbeitsabteilungen gegliedert. Die Zugochsen wurden den einzelnen zur Bewirtschaf-

tung nur zugewiesen. Man wollte nicht, daß sich irgendein Betriebskapital ansammle. Die Sorge für den Lebensunterhalt trug die Gesamtheit. Jeder Handwerker mußte seine Dienste unentgeltlich leisten. Der Handel war Staatsmonopol. Bis auf die Wartung der Säuglinge war die Kindererziehung ausschließlich öffentlich und gemeinsam. Man denkt dabei an die extremen Bilder vergesellschafteter Erziehung im Sozialismus. Es wird uns sogar berichtet, daß sich eine ganze Schar Knaben und Mädchen einmal monatelang zu einem romantischen Zusammenhauseinverband, einer Art radikaler Jugendbewegung unter den jungen Indianern. Die individuelle Ehe scheint unter der Überspannung des Gemeinschaftsgedankens gelitten zu haben. Ein Recht in unserm Sinn gab es nicht, weil jedes Rechtssubjekt fehlte und die Jesuiten ihre Herrschaft als moralisch-religiöse Erziehung auffaßten. Die Todesstrafe war deshalb grundsätzlich ausgeschlossen; eine für einen Staat jenes Zeitalters bemerkenswerte Tatsache. Der Jesuitenstaat brach zusammen; er wurde vor allem aus dem gegnerischen katholischen Lager schwer angegriffen. Gerade freidenkende Schriftsteller wie Montesquieu, Raynal, Lessing, Herder, haben diese Jesuitenstaatsversuche hochgeschätzt. Es ist die Idee des Großinquisitors bei Dostojewskij. Als Gegenpol zu diesem Versuch in seiner individuellen Freiheit kann der Indianerstaat der Quäker in Pennsylvania gelten.

Totenliste

Ende Dezember 1925 starb in Rom, im Alter von 86 Jahren, *Ersilia Caetani-Lovatelli*, eine Freundin Gregorovius' und Mommsens und eine der geistvollsten Frauen des modernen Italiens. Sie war eine bedeutende Archäologin. Von ihren Arbeiten seien genannt: *Thanatos, Amor e Psiche*, ferner ihre Archäologischen Spaziergänge, die Eugen Petersen verdeutsch hat. Die Universitäten Halle und Saint Andrews verliehen ihr die Ehrendoktorwürde.

Anfang März 1926 starb in London *Sir Sidney Lee*, in seinem 67. Lebensjahr. Er war als Biograph berühmt. Seine Lebensbeschreibung der Königin Viktoria erschien im Jahr 1902. Im vorigen Jahr veröffentlichte er den 1. Teil seiner Biographie des Königs Eduard VII.

Mitte Mai starb in Paris *Paul Foucart*, Mitglied der Akademie der Inschriften, ehemaliger Professor am Collège de France und Direktor der Französischen Schule in Athen, im Alter von 90 Jahren.

Von seinen Werken zur griechischen Archäologie und Religionsgeschichte seien genannt: *Les ruines et l'histoire de Delphes*, *Les associations religieuses chez les Grecs*, *Le culte de Dionysos en Attique*, *Recherches sur les mystères d'Eleusis*. Foucart war seit mehr als 40 Jahren Korrespondierendes Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften.

Die Wirtschaftsgeschichte hat den Verlust eines ihrer bedeutendsten Vertreter, *Georg Friedrich Knapps*, zu beklagen (siehe die Rundschau Sozialwissenschaften, 1926 Seite 652). Knapp wurde 1842 geboren. Er war der Sohn eines Chemieprofessors und ein Neffe Liebig's. 1867 wurde er Direktor des Statistischen Bureaus in Leipzig, später dort auch außerordentlicher Professor. 1872 beteiligte er sich an der Gründung des Vereins für Sozialpolitik. Mit Schmoller gründete er das Staatswissenschaftliche Seminar an der Universität Straßburg, wohin er 1874 als Ordinarius berufen wurde. Dort wirkte er bis 1918 sehr erfolgreich als Lehrer. Wirtschaftsgeschichtlich ist sein Werk über die Stein-Hardenbergische Bauernbefreiung von großer Bedeutung. Schmoller sagte, erst Knapp hätte ein richtiges Bild von den preußischen Agrarreformen des 18. und der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts gegeben.

Kurze Chronik Für eine Stiftung, die aus Anlaß des Breslauer Historikertags gemacht wurde, hat die Philosophische Fakultät der Universität Breslau die folgende *Preisauflage* gestellt: »Wurzel und Entwicklung der kleindeutschen Idee.« Zum Wettbewerb sind Reichsdeutsche und Österreicher zugelassen, die den Doktorgrad an einer deutschen oder österreichischen Universität erworben haben. Die Philosophische Fakultät der Universität Berlin wiederholt ihre vorjährige Preisauflage für das Jahr 1927: »Die Geschichte des Wortes deutsch vom Ausgang des Mittelalters bis zur Julirevolution.« Doch wird jetzt anheimgegeben die Untersuchung auf ein einzelnes Jahrhundert zu beschränken. ◊ In Washington wurde ein ständiges *Internationales Komitee für historische Wissenschaften* gegründet, das 19 Nationen umfaßt. Ziel der Organisation ist die Förderung der Geschichtswissenschaft und Fühlungnahme zwischen den Studierenden aller Nationen; internationale Kongresse sind für 1928 in Oslo und für 1933 in Warschau in Aussicht genommen. Präsident des Komitees ist H. Koht /Oslo/, Vizepräsidenten sind Henry Pirenne /Gent/ und

Alfons Dopsch /Wien/. In dem Geschäftsausschuß befindet sich auch Friedrich Meinecke /Berlin/. ◊ Ein neu errichtetes, am Calixtuscoemeterium in Rom gelegenes Museum, *Katakombenhaus* benannt, wird das gesamte archäologische Material des unterirdischen Roms in sich vereinen. Die Fundamentierungsarbeit legte einen neuen Teil der Katakomben frei. ◊ Das *Testament Friedrichs II* wurde in einer kleinen geschmackvollen Ausgabe mit Anmerkungen von Friedrich von Oppeln-Bronikowski unter dem Titel *Das Testament des Königs vom Volksverband der Bücherfreunde* in Berlin neu herausgegeben. ◊ Den Lehrstuhl der alten Geschichte an der Universität Köln übernimmt *Johannes Hasebroek* aus Zürich. ◊ Am 8. März 1926 wurde *Albrecht Wirth* 60 Jahre alt. Er stellt eine eigenartige Verbindung von Forschungsreisendem und Universalhistoriker dar. Er durchzog in oft abenteuerlichen Fahrten fast die ganze Welt, bis er sich schließlich an der Technischen Hochschule in München für Kolonial- und Weltgeschichte habilitierte. Seine bekanntesten Bücher sind seine Weltgeschichte der Gegenwart und *Männer, Völker, Zeiten*. Er berührt sich in manchem mit Breysig, ohne ihn an Umfang und Bedeutung des Wirkens zu erreichen.

Literatur In einer Studie des französischen Historikers *Gustave Lenôtre* *Le mysticisme révolutionnaire* /Paris, Perrin & Cie./, einem Buch archivalischen Fleißes, werden die Verwirrungen zergliedert, die den politischen Schwärmer heimsuchen. Lenôtre steigt in die verborgene Seele Robespierres hinein. Wir wußten bisher schon, daß Robespierre sich nicht von dem priesterlichen Gottesglauben der Überlieferung losreißen konnte. Lenôtre berichtet nun, seinen Dokumenten folgend, daß Robespierre vor den schwersten Entscheidungen seines Lebens die Wahrsagerin befragte. In dem nämlichen Paris, das den Himmel abschaffte und sogar die eben erfundene Montgolfière benutzen wollte, um durch die Luft in den Himmel aufzufahren und Gott und das gesamte Engelsheer zu bekriegen, wimmelte es von Prophetinnen, und Robespierre rettete diese Prophetinnen vor dem Beil der Guillotine, wenn die Rationalisten ihre Köpfe verlangten. ◊ Zur Feier der 75. Wiederkehr des Tages der Dresdener *Mairevolution von 1849* gab der Deutsche Republikanische Reichsbund in Dresden ein Gedenkheft heraus, das noch nachträglich angezeigt sei.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Deutsche Justiz Die Vertrauenskrise der deutschen Justiz ist eine Tatsache, die eine weit größere Beachtung verdiente, als ihr zuteil wird. Immerhin ist es schon ein erfreuliches Zeichen, daß sich nun auch die berufenen Hüter der Rechtspflege nicht mehr die Augen davor verschließen. Die Demokratie muß Wahrheit verlangen; denn sie nimmt ihre Kraft und Autorität nicht von Gottes Gnaden sondern aus der freiwilligen Anerkennung des Volkes. Während sich der Reichsjustizminister einer Zurückhaltung befleißigt, die dem Interesse der Sache wenig zu dienen geeignet sein dürfte, ist der höchste richterliche Beamte des Reichs, der Präsident des Reichsgerichts Walter Simons, aus der Reserve herausgetreten. Er wählte das aktuelle Thema zu einem Vortrag vor der Juristischen Studiengesellschaft in München und war bemüht den Dingen auf den Grund zu gehen. Er suchte freilich in der Hauptsache nur die Vertrauenskrise in ihren Ursachen verständlich zu machen, indem er die Schwierigkeiten betonte, die in der Umstellung der monarchischen Richter und ihrer geistigen Einstellung auf die neue Staatsform liegen. Das ist gewiß zutreffend, aber nur die eine Seite der Sache. Man vermißt den deutlichen Übergang zu dem Gedanken, daß das hohe Amt des Richters unbedingt zur geistigen Umstellung auf den gesamten politischen und sozialen Inhalt des neuen Staates verpflichtet. Simons hob mit Recht hervor, daß die Große Französische Revolution ähnliche Schwierigkeiten nicht gekannt hätte, weil damals der siegreiche Dritte Stand wie in alle Machtpositionen des Staates auch in die Richterstellen einrückte. Aber die deutschen Richter, die die Umwälzung sämtlich in ihren Ämtern beließ, nahmen damit die doppelte nicht nur rechtliche sondern auch moralische Pflicht auf sich sich in ihrem Amt ohne Zögern dem neuen Staat innerlich zu versöhnen, statt Hirn und Herz vor ihm zu verschließen. Und es muß ein sonderbares Licht auf die Loyalität des Richterstandes werfen, wenn dieser innerliche Versöhnungsprozeß 8 Jahre nach der Einführung der neuen Staatsordnung so wenig fortgeschritten ist, daß es zu einer offenen Krise gekommen ist. Es ist kaum zu verstehen, wie Simons in diesem Zusammenhang die Gründung des Republikanischen Richterbundes bedauern konnte. Die Begründung, daß wir »doch alle republikanische Richter der Repu-

blik« seien, geht an der Tatsache vorbei, daß der Kernpunkt der Vertrauenskrise tiefer liegt. Einmal besteht nach wie vor eine regelrechte Richterkaste, nicht nur als beruflich sondern auch als gesellschaftlich in sich verbundene und dadurch gebundene Schicht, deren Träger sich von den Ideologien und Vorurteilen der Kaste nicht freimachen können. Deshalb ist zuerst die Zerschlagung der Kaste notwendig, die durch eine Reihe von verwaltungs- und personaltechnischen Maßnahmen vorbereitet werden kann. Bis dahin ist eine konsequente republikanische Personalpolitik geeignet die bestehenden Widerstände der Kaste zu brechen. Solange für antirepublikanische Gesinnungstüchtigkeit der Lohn der Beförderung eher winkt als für aufrichtige Bejahung des neuen Staats, wird eine bessere Justiz ein frommer Wunsch bleiben. Endlich müssen Zusammenfassung und Ausbildung des Nachwuchses bewußt in republikanischem Sinn erfolgen. Die Universitäten sind mit republikanischen Lehrern des öffentlichen Rechts zu besetzen. Zur Berufung in das Amt eines Richters oder Staatsanwalts ist erprobte republikanische Staatstreue ebenso zu fordern wie sonstige Eignung. Um das durchführen zu können, bedarf es einer republikanischen Reformierung der Prüfungskommissionen. Alle diese Forderungen, die den ersten heilenden Schnitt zur Behebung der Vertrauenskrise bedeuten, sind ohne Änderung der bestehenden Gesetzgebung fast durchweg durch ministerielle Anordnungen zu verwirklichen. So dankenswert es ist, daß ein höchster richterlicher Beamter die mit der Vertrauenskrise zusammenhängenden Fragen überhaupt öffentlich behandelt hat, so notwendig ist es die öffentliche Meinung endlich für die notwendigen praktischen Maßnahmen zu gewinnen, die geeignet sind dem Ziel näher zu bringen; das Vertrauen zur deutschen Rechtsprechung wiederherzustellen und damit eine der wichtigsten Säulen des Staats neu zu fundamentieren.

Arbeitsgericht Mit dem am 23. Dezember 1926 vollzogenen Arbeitsgerichtsgesetz, das am 1. Juli 1927 in Kraft treten soll, ist ein jahrelanger Kampf innerhalb der Regierungsinstanzen und der gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands vorläufig abgeschlossen. Das Gesetz bedeutet einen epochemachenden Schritt auf dem Gebiet des sozialen Rechts und, da es ein Verfahrensgesetz ist, vor allem der sozialen Ausgestaltung der Rechtsprechung

als solcher (siehe auch die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band Seite 45). Zum erstenmal werden in Deutschland alle Arbeitnehmer ohne Unterschied im Rahmen der durch § 2 des Gesetzes begründeten Zuständigkeit ihr Recht vor Gerichten suchen, die nach ihrer Zusammensetzung und dem Verfahren eine Gewähr nicht nur für höchstmögliche Sachkunde sondern auch für den innern Beruf zur sozialen Gerechtigkeit verbürgen sollen. Bisher war diese Idee in den Kaufmanns- und Gewerbegerichten, da sie nur für bestimmte Gruppen zuständig waren, sehr mangelhaft verwirklicht. Von wesentlicher Bedeutung und wegweisend für die Weiterentwicklung ist die im § 10 des Gesetzes ausgesprochene Parteifähigkeit wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie, in einigen Fällen des Betriebsrätegesetzes, der als Arbeiterschaft und Angestelltenschaft im Betrieb zusammengefaßten Personenvereinigung. Das im Arbeitsrecht nach langen Kämpfen durchgesetzte Prinzip des Kollektivismus ist damit auch im arbeitsrechtlichen Gerichtsverfahren anerkannt.

Bekanntlich hat der schließlich eingebrachte Gesetzentwurf eine Reihe von Vorläufern gehabt, die von ihm in den Kernfragen wesentlich abwichen. Der Streit der Meinungen drehte sich in der Hauptsache um die Frage, ob die Arbeitsgerichte innerhalb oder außerhalb der Organisation der ordentlichen Gerichte stehen sollten. Dazu wurde je nach der politischen Auffassung verschiedene Stellung genommen. Besonders die Rechtsparteien haben sich stets für die Eingliederung in die ordentliche Gerichtsbarkeit ausgesprochen. Zweifellos ist es richtig, daß theoretisch und praktisch das Normale die Einreihung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte wäre. Ebenso richtig ist, daß durch die Nichteinreihung die ordentliche Gerichtsbarkeit einen schweren innerlichen Verlust erleidet, während sie im umgekehrten Fall durch die ständige Berührung mit dem Sozialrecht stärkere Impulse empfangen hätte. Das ist wohl auch der Grund, weshalb der ehemalige Reichsjustizminister Gustav Radbruch an der Seite seiner in ihrer Weltanschauung sonst wohl auf dem andern Ufer stehenden Ministerkollegen den dringenden Wunsch geäußert hat, daß die Arbeitsgerichte in den ordentlichen Gerichten aufzugehen hätten. Doch scheint bei dem gegenwärtigen Zustand der Rechtspflege eine nicht nur formale sondern wirkliche Arbeitsrechtsprechung nur gesichert, wenn

die Arbeitsgerichte für sich bestehen. Das Arbeitsgerichtsgesetz hat als Kompromißlösung den Mittelweg gefunden, indem es die völlige Trennung nur in der untersten Instanz reinlich durchgeführt hat. In allen Instanzen wirken Beisitzer aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer paritätisch mit. Für die Revisionsinstanz, die als Reichsarbeitsgericht beim Reichsgericht gebildet wird, ist dieser Grundsatz neu. Seine Anwendung hier ist aus den Kreisen des gelehrten Richtertums heftig bekämpft worden. Mit Unrecht. Denn wenn es sich in der Revisionsinstanz auch um reine Rechtsfragen handelt, so ist gerade im Arbeitsrecht die Lösung von Rechtsfragen kein bloßes juristisches Rechenexempel.

Ein anderer Streitpunkt war die Regelung der Vertretung vor den Arbeitsgerichten. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich gegen die Zulassung von Rechtsanwälten als Vertreter ausgesprochen. Der Ausschluß der Rechtsanwälte für die 1. Instanz ist Gesetz geworden. Man kann bezweifeln, daß dieser Ausschluß, abgesehen von grundsätzlichen Erwägungen, dem wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft entspricht. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß diese Bestimmung ohnehin leicht umgangen werden kann, da beispielsweise bei Kollektivstreitigkeiten keine Kollektivgruppe gehindert ist die Vertretung durch ihren angestellten rechtskundigen Syndikus wahrnehmen zu lassen. Nun verfügen aber im allgemeinen meistens nur die Arbeitgeberverbände über rechtskundige Syndici, so daß diese dadurch vor den von nicht rechtskundigen Gewerkschaftsbeamten geleiteten Arbeitnehmerverbänden vermutlich im Vorteil sein werden.

Ihre wahre Bedeutung erhalten die Arbeitsgerichte durch den Umfang ihrer sachlichen Zuständigkeit. Diese erstreckt sich nicht nur auf alle Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus dem Kollektiv- oder Einzelarbeitsverhältnis sowie dessen Nachwirkungen (Zeugnis, schwarze Listen usw.) sondern auch auf unerlaubte Handlungen und alle Konflikte, die überhaupt mit dem Arbeits- oder Lehrverhältnis zusammenhängen. Aus diesem Ausmaß der Zuständigkeit, die heute in ihrer praktischen Auswirkung sicher noch nicht entfernt ermessen werden kann, ist zu entnehmen, wie sehr das Arbeitsgerichtsgesetz in das Rechts- und Wirtschaftsleben unserer Zeit eingreifen wird. Zur vollen Entfaltung der Arbeitsgerichte ist

jedoch unumgänglich, daß mit größter Beschleunigung das in der Verfassung verheißene einheitliche materielle Arbeitsrecht geschaffen wird. Dieses Arbeitsrecht hat nicht nur die jetzt in Einzelgesetzen verstreuten arbeitsrechtlichen Vorschriften systematisch zusammenzufassen sondern sich vor allem so zu gestalten, daß es der Tendenz der modernen Entwicklung des Wirtschaftslebens gerecht wird und damit ein soziales Arbeitsrecht der Gegenwart darstellt.

Tagungen

Am 11. und 12. September 1926 fand in Eger der

1. *Deutsche Richtertag in*

der Tschechoslowakei statt. An ihm nahmen auch Abordnungen der österreichischen Richtervereinigung, des Verbandes der tschechischen Richter und des Deutschen Richterbundes sowie des Preussischen, Bayrischen und Sächsischen Richtervereins teil. Die Tagesordnung umfaßte die richterliche Unabhängigkeit im modernen Staat, die Erziehung zum Richter, die wesentlichen Neuerungen im Besonderen Teil des Strafgesetzentwurfs für die Tschechoslowakei.

Vom 18. bis zum 20. Oktober tagte die *Vereinigung deutscher Zivilprozeßrechtslehrer* in Berlin. Die Verhandlungen beschäftigten sich vornehmlich mit dem Entwurf eines Gesetzes über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses sowie mit der Reform des Eheverfahrens. Auch wurde über die Ausbildung der jungen Juristen im Zivilprozeß diskutiert.

Vom 25. bis zum 29. Oktober fand in Berlin der 4. Kongreß der *Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie* statt. Die dort gehaltenen Vorträge erscheinen im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie.

Ende Oktober tagte in Bamberg die *Deutsche Strafrechtliche Gesellschaft*, um einige prinzipiell wichtige Abschnitte des Strafgesetzentwurfs zu beraten. Man sprach über die Lehre von der Teilnahme, über das Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen und über die Strafbemessung. Die Resolutionen der Gesellschaft fordern getrennte Behandlung von Tat und Beihilfe, Aufgeben der Einheitsstrafen beim Zusammentreffen von strafbaren Handlungen zugunsten der Berücksichtigung der einzelnen Taten, die Berücksichtigung nicht nur der Gesinnung des Täters sondern auch der Folgen und Begleitumstände der Tat. Ferner erklärte sich die Versammlung für *Unabhängigkeit der Gerichte und Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft.*

Gemeinver- ständliche Schriften

Volkstümlicher *Einführung ins Recht* sind die folgenden Arbeiten gewidmet: Rechtskunde für den Alltag von Hans Bessell und Else Sander /Leipzig, Julius Klinkhardt/, Gerichtsverfassung, Zivil- und Strafprozeß in Deutschland von Alex Grünewald /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/, Der Volksrichter, eine Einführung in das Strafrecht für Schöffen und Geschworene von August Schroeder /Berlin, Otto Liebmann/. Das letzte Büchlein verdient weiteste Verbreitung, besonders unter den Laienbeisitzern unserer Strafgerichte.

In 8., verbesserter Auflage erschien in der Bibliothek für Sitten- und Kulturgeschichte /Berlin, Linserverlag/ das Buch Rudolf Quanters *Die Sittlichkeitsverbrechen*. Das mit zeitgenössischen Illustrationen versehene Buch enthält einen umfassenden Überblick über die *Sittlichkeitsverbrechen* und ihre strafrechtliche Beurteilung im Wandel der Jahrhunderte. Soweit der Verfasser selbst kritisch Stellung nimmt, muß seinen Anschauungen mehrfach widersprochen werden. Die Darstellung ist klar und verständlich.

Kurze Chronik Die Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht hat die folgende *Preisauflage* gestellt:

»Wesen und Grenzen der internationalen Gerichtsbarkeit und Schiedsgerichtsbarkeit als Grundlage für das Völkerrecht der Zukunft.« Der Preis beträgt 10 000 Mark. Die Arbeiten müssen bis zum 15. März 1928 beim Vorstand der Gesellschaft im Bureau des Instituts für internationales Recht an der Universität Kiel eingegangen sein. Die Deutsche Juristenzeitung erließ ein Preisausschreiben für Studenten, das wie folgt lautet: »Ist die Schlägermenschur für die studentische Selbstdisziplin und Charakterbildung erforderlich oder zweckmäßig und daher rechtlich zu gestatten, oder welche anderen Mittel vermöchten sie zu ersetzen?« Letzter Ablieferungstermin an die Redaktion der Deutschen Juristenzeitung ist der 15. März 1927. ◊ Der Reichstag soll nach einer Gesetzesvorlage der Regierung die Ermächtigung erteilen sämtliche seit 1867 im Reichsgesetzblatt veröffentlichten *deutschen Gesetze und Verordnungen* auf ihre Gültigkeit zu prüfen. Das Material soll systematisch geordnet werden. Nur was in die neue Gesetzsammlung aufgenommen wird, hat Gesetzeskraft. ◊ Über das Gebiet *Presse und Rechtsprechung* fand am 27. Oktober in Berlin als erster eine Reihe von Vortragsabenden des Bezirksverbands Berlin

des Reichsverbands der deutschen Presse statt. Paul Schlesinger (Sling) trat für weitgehendes Recht der Presse auf Kritik an den Urteilen ein. Max Alsberg vertrat den gleichen Standpunkt, nur dürfe die Kritik nicht politisch tendenziös sein. ◊ In Italien ist aus Anlaß des letzten Attentats auf Mussolini die Todesstrafe wieder eingeführt worden, allerdings nicht generell sondern als Ausnahme zugunsten des Ministerpräsidenten, des Königs und des Kronprinzen. ◊ Der Oberreichsanwalt Ludwig Ebermayer trat am 31. August auf Grund des Altersgesetzes in den Ruhestand. An seiner Stelle ist auf Vorschlag des Reichsjustizministeriums der diesem Ministerium angehörige Ministerialrat Arthur Werner ernannt worden. Ob die Republik für den schwierigen, auch politisch exponierten Posten des Oberreichsanwalts den richtigen Mann gewählt hat, wird die Zukunft lehren. Nach alledem, was man bisher an Personalpolitik der hohen Reichsstellen erlebt hat, ist größte Skepsis am Platz. ◊ Der Senatspräsident beim Kammergericht Hans Großmann sollte nach dem Beschluß der Berliner Richtervereinsgruppe aus dem Deutschen Richterverein ausgeschlossen werden, angeblich wegen vereinswidrigen Verhaltens infolge seiner Angriffe auf preußische und deutsche Richter. Großmann ist bekanntlich ein Vorkämpfer republikanischen Richtertums. Wenn der Ausschlußbeschuß auch gegen eine starke Minderheit gefaßt wurde, so ist er für die politische Gesinnung eines Teils unserer Richter ein neuer Beweis, dessen es allerdings kaum noch bedurft hätte. Inzwischen ist dieser Beschluß durch den Preußischen Richtertag revidiert worden.

Literatur

Unter dem Titel *Internationale Rechtspraxis* gibt der Deutsche Internationale Anwaltsverband Abhandlungen in Einzelheften heraus, die der Pflege des internationalen Rechts und dem Ausbau der Rechtsanwaltsorganisation über die Landesgrenzen dienen sollen /Berlin, R. L. Prager/. Bisher erschienen Rechtswissenschaft und Völkerbund von Theodor Tichauer, Internationale Bestrebungen zum Schutz des wissenschaftlichen Eigentums von Hugo Herzfeld, Die Besteuerung der Ausländer und ausländischen Gesellschaften in Deutschland von Alfred Karger, Entstehung und Grundsätze der hispanoamerikanischen Verfassungen mit besonderer Berücksichtigung Argentiniens von Hermann Uth. ◊ Der Verlag J. C. B. Mohr in Tübingen gibt in

weiteren Heften der Sammlung *Recht und Staat* die folgenden Abhandlungen heraus: Die Stellung der Gesellschaft zum Verbrechen und zur Strafe von Friedrich Kitzinger und Begriffsbildung und Rechtsanwendung im Strafrecht von Max Grünhut. Beide Hefte dienen der theoretischen Klärung der Probleme in zusammengedrängter Form. ◊ Ein ausgezeichnetes und vollständiges Bild der Gerichtshilfe für Erwachsene gibt *Else Bozi* im 9. Heft der Schriften der Deutschen Gesellschaft für soziales Recht /Stuttgart, Ferdinand Enke/. ◊ Mit dem Problem der Fruchtabtreibung setzt sich *Friedrich Loenne* vom medizinischen, juristischen und nationalökonomischen Standpunkt auseinander /Berlin, Julius Springer/. Die kleine Broschüre tritt den Bestrebungen auf Milderung oder Beseitigung der Abtreibungsstrafe scharf entgegen, ohne zu überzeugen. ◊ Die Schrift *Gerhard Wörners* Der demokratische Gedanke im deutschen Sozialrecht /Halberstadt, H. Meyer/ bringt eine Reihe von Anregungen grundsätzlicher Art zur Änderung des Betriebsrätegesetzes, des Tarifvertragsrecht, der Versicherungsgesetzgebung und des Arbeitsnachweisgesetzes. Die knappen Ausführungen sind lesenswert; die Stellung zu den aufgeworfenen Problemen wird naturgemäß je nach der wirtschaftlichen und politischen Orientierung verschieden sein. ◊ Eine Der Teilstreik und die Lohnansprüche der Arbeitswilligen betitelt Broschüre *Gerhard Simons* /Saalfeld, Wiedemannsche Druckerei/ setzt sich in klarer Form an diesem praktischen Einzelbeispiel mit dem Verhältnis von Bürgerlichem Recht zum Arbeitsrecht auseinander. Sie enthält in der Hauptsache eine kritische Wertung der bestehenden Theorien. ◊ In seinem Der Warencharakter der Arbeit und das heutige Recht betitelten Buch /Mannheim, J. Bensheimer/ setzt sich *Emil Wehrle* eingehend mit den sozial- und wirtschaftspolitischen Grundlagen des modernen Arbeitsverhältnisses, wie es die Nachkriegszeit geschaffen hat, auseinander. Die Studie wird zu ihrem Teil zur Fortbildung des Arbeitsverhältnisses beitragen. ◊ Unter dem Titel Das Geld in Theorie und Praxis des deutschen und ausländischen Rechts /Tübingen, J. C. B. Mohr/ ist ein ausgezeichnetes Werk des Berliner Universitätsprofessors *Arthur Nußbaum* erschienen. Es ist zu hoffen, daß insbesondere auch alle in Betracht kommenden Organe der Rechtspflege das knapp und klar geschriebene grundlegende Buch mit gebührender Sorgfalt studieren werden.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Rilke †

Ein halbes Jahrhundert Lebenszeit nur war dem Dichter gegeben, dessen Tod am 29. Dezember 1926 Deutschland wirklich und aufrichtig als einen schweren Verlust empfand. Denn es geschah das in Deutschland ganz Seltene, daß ein Lyriker, der voll von Klang und gewählter Form ist, volkstümlich wurde. Rainer Maria Rilke war das ursprünglichste lyrische Genie der letzten Generation. Er kam aus dem böhmischen Grenzland und war von absoluter Musikalität. Beim Erwerben und seelischen Einschmelzen seiner Lyrik handelt es sich nicht um einen Verstandesprozeß sondern um einen Vorgang in der Tiefe unserer Natur. So kunstvoll oft auch die Rilkeschen Reime verschlungen waren, sie wurden niemals artistisch in dem Sinn gegliedert, daß die Anstrengung des Poeten an den Tag kam. Der Dichter vereinigte sich mit seinem Stoff nach jenem geheimen Gesetz, dessen Wirksamkeit wir spüren, dessen Quellen aber stets verborgen bleiben. Eins seiner ersten Gedichtbücher heißt *Mir zur Feier*. Sich zur Feier hat Rilke gedichtet, unbesorgt, er suchte den Erfolg nicht. Der Erfolg kommt zu ihm darum, weil er für sich und für seine Mitmenschen eine neue Religiosität entdeckt. Er berührt das ursprüngliche Gefühl, mag er selber auch sehr bewußt sein Geistiges kultiviert haben. Man überlege das Biographische, das die Existenz Rilkes beleuchtet. Er ist ruhelos und trotzdem in der ganzen Welt zu Hause. Er erquickt sich an der Gastfreundschaft, die ihm in Skandinavien, in Rußland und schließlich in Frankreich gewährt wird, auf eine naive und zufriedene Art und saugt während seiner Ruhepausen in diesen Ländern unendlich empfindsam alles auf, was zur Empfindungswelt dieser Völker gehört. Und dieses Fremde wird derartig in ihm verwandelt, daß es deutsche Melodie wird. Der Prozeß der geistigen Einfühlung beschleunigt sich bei Rainer Maria Rilke unendlich. Er wird ein Hausgenosse des gewaltigen Bildhauers Auguste Rodin und darf die Geheimnisse des großartigen Steinmodellers erfahren. Ohne lange zu grübeln, nur erheitert und angezogen durch das brausende Temperament eines bildenden Genies, erfaßt er sofort, was im Genie dieses für eine große Epoche Beispielgebenden Meisters waltet. Vielleicht sind Dichter, die nicht unmittelbar zu einer großen Kultur- und Kunstgemeinschaft

gehören, besonders befähigt der Sprache das Merkwürdigste und Kostbarste abzugewinnen. Unterirdisch singt in ihm etwas Slawisches, wie etwa das Slawische auch in jenem Chopin immer wieder erklingt, der eigentlich von französischen Eltern herstammte. Der Marienglaube Rilkes war der mystischen Erkenntnis und Verehrung verwandt, die wir etwa durch Maeterlinck oder durch die Brüder Rodenbach empfangen haben, die auch in einem Kulturwirrwarr geboren wurden, nämlich in der geistigen Schmelzküche Frankreich-Flamand. Rainer Maria Rilke wurde, während er in Frankreich lebte, nicht ein Franzose, aber doch der hellsthörige und hellstichtige Beobachter der französischen Seele, die sich dichterisch entfalten möchte. Und in Frankreich wurde Rilke auch ein Schriftsteller mit geschärftem Auge für das Soziale. Sein Roman *Die Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge* enthält viele Kapitel, in denen vom leidenden Menschen als der verlassenen und benachteiligten Kreatur erzählt wird. Die Erzählung geschieht nicht mit den Mitteln des überlieferten Naturalismus sondern auch in weicher Lyrik; doch die Prosa, die zu diesem Zweck fast neu erfunden wird, gewinnt eine melancholische Anmut. Wir können an Charles Louis Philippe denken, dem es auch gelang den pompösen Naturalismus der Goncourts und Zolas mit Weihe zu verklären. Die zartesten französischen Schriftsteller der Gegenwart, wie etwa Francis Jammes oder André Gide, wurden tiefer durch diesen Stil inspiriert als durch die imponierenden Meister des klassischen Naturalismus. Rainer Maria Rilke war ein wundervoller Übersetzer. Vor allem jene besondere lateinisch-französische Lyrik, die niemals die Strenge des Parnassischen aufgeben wollte, hat er verdeutscht. Wie schwer sind die Liebesonette der Louise Labais zu verdeutschen, wie schwer auch die sogenannten Portugiesischen Sonette Elisabeth und Robert Brownings, die zwar englisch skandiert, aber doch ganz romanisch erfüllt waren. Dieses Element einer fremden Dichtung hat Rilke märchenhaft verschönt. Bei ihm wurde die Metrik Seele, nicht Handwerk. Da er nun im französischen Sprachgebiet heimisch geworden war, siedelte er sich in jenem Land an, das die reisenden Genies aller Zeiten beherbergte, in dem diese Genies sich scheinbar erholten, während sie in Wirklichkeit nur der Tagesemsigkeit entrannen, um die Produktivität auf geheimnisvolle Weise vorzubereiten und zu fördern. Der Genfer

See wurde die letzte Heimat Rainer Maria Rilkes. An den Schweizer Seen sind eigentlich alle Kunststile der modernen Welt erblüht. Am Genfer See entstanden die gigantische Moraldichtung Leo Tolstoj's und die ganze englische Romantik und auch das meiste der französischen und deutschen Romantik. Ehe Heinrich von Kleist tragisch seine Dramen aufbaute, siedelte er sich zur Sammlung aller Gedanken an dem Thuner See in der Schweiz an. Die weltbewegende Philosophie Nietzsches entstand in der Schweiz. Die verwegenste Sozial- und Sittenlehre Rousseaus wurde ausgedacht, während der ruhelose Gedankenwanderer sich scheinbar friedlich am Bieler See erging. Rainer Maria Rilke fand seine letzte Heimat in dieser den Geist so mächtig antreibenden Landschaft. Und es ging in ihm eine letzte Bekehrung vor. Er verlor nicht die Meisterschaft über die deutsche Sprache. Er verlor nur das Grenzgefühl. Nicht als Formalist sondern als ein Weltenbewohner mit erweitertem Horizont und uneingeschränkter Formkraft begann er selbst französische Verse zu ziselieren. Sie mußten in den Leser und Hörer dringen, weil sie einem reinen Gegenstand galten. Nicht nur die Dichtkunst unseres Kontinents hat den Tod Rainer Maria Rilkes zu beklagen, sondern auch der Kontinent selbst, zu dessen werdender Einheit dieser Dichter nicht wenig beigetragen hat. Nie wohl war ein Geist wie der Rilkes notwendiger als in diesen und den kommenden Jahrzehnten.

Zeitgemäße Bücher

Um die Wende des Jahres erschien in Rom, im Verlag La Voce, eine Zeitschrift unter dem geheimnisvollen Titel 900. Sie bezeichnete sich im Untertitel als Cahiers d'Italie et de l'Europe. Als Gründer und Herausgeber zeichneten Massimo Bontempelli und Curzio Malaparte. In Italien schuf man also eine Zeitschrift für Europa. Als Sprache wurde das Französische, die Weltsprache der Staatskunst, gewählt. Ins Französische wurde also alles Italienische, Englische, Deutsche und Slawische übertragen. Die Gründung gab allen Jungen einen besonderen Schwung. Man las das redaktionelle Manifest mit Neugierde, da allen Dingen der Vergangenheit ein kräftiger Fußtritt versetzt wurde. Leidenschaftlich rief der Prophet der neuen Literatur, die ganz Europa erobern soll, den Beginn des 20. Jahrhunderts aus und das Ende des 19., das nun um 1927 wirklich und für immer begraben sein soll.

Ein besonders hervorragender Mitarbeiter ist *Paul Morand*. Er ist ein munterer Tourist, der in allerhand guten Bürgerhäusern und in Toleranzhäusern und in Wirtshäusern und in Theaterhäusern der westlichen und östlichen Welt für einige Zeit Aufenthalt nahm. Er erzählt aus seinen Erfahrungen pikante Episoden, die völkerpsychologisches Interesse vertragen. Die kleine Geschichte wird dann ganz nett pointiert. Aber es manifestiert sich ein Gefühl mehr der Neugierde als der Liebe zur Welt, es manifestiert sich eher ein Journalist als ein Schriftsteller. Dieser Stil des Asthmatischen soll nun, wie die zur 900-Männer-Gruppe gehörenden Jünger meinen, im Einklang mit dem Tempo und dem Rhythmus unserer Zeit sein. Das ist eine Behauptung, die nicht ganz bewiesen wird. Immerhin gehört Morand zu dem amüsantesten aus dieser schreibenden Europäerklasse, die nun propagandistisch in die erste Reihe vorgestoßen werden soll. Nichts ist gegen diese Plauderer einzuwenden, die Verkürzungen der Darstellung liefern, also wirklich in eine Harmonie mit unserm beschleunigten Leben geraten. Nur darf man diesen Stil nicht als das einzige literarische Mittel ausgeben. So umfassend ist er nicht. Paul Morands Skizzen erschienen übrigens auch in deutschen Ausgaben: ein Band *Weite wilde Welt bei Grethlein* in Leipzig, ein anderer, dem der allzu berlinische Titel *Nachtbetrieb* gegeben wurde (aber Morand ist Franzose, zwar seinem Willen nach Weltbürger, aber ganz sicher nicht Berliner, also ohne Hinneigung zum "Betrieb"), im Verlag von Ullstein in Berlin. Für Menschen des Jahres 1927 lohnt es sich schon diese Bände zu lesen.

Die Jagd nach dem Wunder könnte als Titel über allen Büchern dieser Art stehen. Die Jagd nach dem Wunder wurde der Bericht einer abenteuerlichen Weltreise genannt, die ein amerikanischer Junge *Richard Halliburton*, unternahm (Leipzig, Paul List). Er ging in die Schweiz und nach Italien und bis ins Fünfstromland hinein und erzählt uns, in welche Abenteuer er da verwickelt wurde. Das ist alles keine Novellistik, das ist eine sehr gute, sehr unterhaltende Reportage. Mit dem mächtigen Jack London ist Richard Halliburton freilich nicht zu vergleichen.

Man sagt, die Menschen von heute wollen nur derartiges lesen und lieber an der Haut und an den Augen leicht angekitzelt werden als im tiefen Schacht ihres Gefühls. Der Verlag Die Schmiede in Berlin, der schon ausgezeichnete und

wertvolle Bücher erscheinen ließ, druckte jetzt die Memoiren des Zuchthäuslers und Hochstaplers *Ignatz Straßhoff*. »Ich, der Hochstapler«, so spricht dieser Mann von sich, der wirklich einige den Leser entzückende Betrügereien verübte und besonders die menschengefährliche Verführungskraft der Galauniform vor den lachenden Menschen erweisen kann. So eine trockene Aufzählung von Abenteuern ist erquicklicher als die mit Prunkworten ausgestattete Lebemansnovelle. Die kriminalistische Neugier des Lesers wird dabei ohne Erschleichung befriedigt. Dämonen des Bluts nennt *Samuel Lewin* seine Visionen, immer noch vergiftete Erinnerungen an den Krieg und einiges Übersinnliche /Berlin, Verlag Der Syndikalist/. Auch er gehört zu den Weltenwanderern und Abenteuermenschen. Doch hat er nicht die amerikanische oder amerikanisierende Kurzweiligkeit und Kurzdärmigkeit. Voller Schwere und Schmerz sind die Explosionen seines Gefühls, in biblisch gefärbter Sprache. Sein Buch ist nicht das Werk eines Dichters, es ist das Werk einer erlebten Zeit.

Junges Schaffen Alles das sind erst Noten für den Künstler. Der Künstler gibt eben, ohne daß man ihn dogmatisch festbinden möchte, einen Ausschnitt des Weltbilds, in dem sich die ganze Welt spiegelt. Und wiederum werden wir in solchem Glauben bestärkt, wenn wir die jungen russischjüdischen Schriftsteller lesen. Der Dichter *Ilja Ehrenburg* ist einer der stärksten unter ihnen. Er versucht nicht nur das Abenteuer der Welt in ein Notizbuch einzuschreiben. Er sieht wirklich den Horizont der Erde. Sein Geschichtenbuch *13 Pfeifen* /Basel, Rheinverlag/ enthält eine Anekdotensammlung. Aber es dreht sich um Stärkeres als um die Anekdote. Das Weltengemälde schwebt in all seinen Dünsten und in all seinen Helligkeiten vor dem Schriftsteller. Er ist nicht nur gelegentlich ergriffen, gerührt oder aufgebracht. Er ist ständig und innig beteiligt an dem, was gewesen, und an dem, was unsere Gegenwart ist. Es gibt nicht viele Erzählungen in der Weltliteratur, die uns so durchschütteln, durchdringen, unser Gefühl zerreißen, unser Wollen neu gestalten, wie die Geschichte des kleinen Communards von 1871. Alle diese 13 Novellen (darf man sie so nennen?) berichten nur die Abenteuer von 13 Tabakpfeifen; doch diese werden zu Symbolen dessen, was in allen Zeiten geschah und geschehen wird.

Der Russe *Fedor B. Isjagin* (Der Herr ohne Hose /Frankfurt, Irisverlag/) ist durchaus ironisch gestimmt. Die *Zote* schreckt ihn nicht. Aber er erzählt nicht nur wegen der Lebemansgeschichten. Auch er gehört zu den Schwärmern. Er kann sein Herz nicht ausrotten. Er betastet nicht nur die Welt; er will sie neu schaffen, indem er sie erschöpft. Er wird zum Pathos fortgetragen, auch wo er sich in der Heiterkeit gefällt.

Solches Pathos braucht durchaus nicht aufgeschwollt und aufgeschwemmt zu sein. *Rudolf Geist* erzählt den aus einigen hitzigen Abenteuern zusammengesetzten Roman *Nijns des Sibiren* /Berlin, Malikverlag/. Die Chronik überwiegt, der trockene Bericht, der nicht recht in Bildlichkeit gerückt werden kann. Aber es steht hinter dem Erzählten der schwere, in der Empfindung schwimmende Mensch. Man wird in ein brodelndes Volksgewirr hineingerissen, in das Versinken und Wiederaufwachen des russischen Menschen, der mit und trotz all seinen Blutinstiten zum Frieden gelangen will.

Bei Paul Zsolnay in Wien erschienen Novellen von *Walther Eidlitz* (Die Gewaltigen) und *Oskar Jellinek* (Die Mutter der Neun). Diese deutschen Erzähler sind in vielem von der Tradition abhängig, die sie neu fortzusetzen bemüht sind. Es gelingt ihnen dabei einiges zu sagen, das an die Nerven des Lesers rührt.

Reifes Schaffen Diese Jungen streben eine Meisterlichkeit des Stils an, ohne sie naturgemäß jetzt schon erreichen zu können. Sie sind Experimentierer und lehnen sich an. *Thomas Mann* und *Arthur Schnitzler* sind Experimentierer mit ihrer eigenen Vollendung. Sie bestätigen sich in einem Stil, den sie selber erschufen. Hierfür erscheinen Schnitzlers Traumnovelle /Berlin, S. Fischer/ und Manns Unordnung und frühes Leid /Berlin, S. Fischer/ als charakteristische Stücke. Man tritt bereitwillig in die Welt dieser Dichter ein, die man bereichert verläßt. Der moralische Mensch, den die Religion trägt, war Persönlichkeit des dichterischen Suchens der alten großartigen russischen Schriftstellergeneration. Die Jungen, die dann kommen, reißen sich nicht so absolut von der Überlieferung los wie etwa die Manifestanten der 900. Sie sind trotz aller revolutionären Denkweise als Künstler eigentlich konservativ. Sie bewahren eine Seelenkunde und Seelenforschung, auf die sie um keinen Preis verzichten möchten. Die geistige

Verwandtschaft zwischen ihnen und dem nun längst begrabenen *Anton Tschechow* ist deutlich erspürbar. Darum lohnte es sich wohl in einer mustergültigen und schönen deutschen Ausgabe Novellen Tschechows unter dem Gesamttitel *Der schwarze Mönch* zu vereinigen. Man wird dem neuen Verlag Paul Zsolnay in Wien, der in kürzester Zeit eine enorme und meist instinktsichere Produktivität entfaltet hat, auch hierfür Dank wissen.

Neuausgaben Die Säkularausgabe der Werke *Flauberts* wird vom Verlag Bruns in Minden mit einer unendlichen Sorgfalt weitergeführt. Es ist schon notwendig Flaubert den Deutschen nicht nur als den Vollendeten zu zeigen. Wir müssen auch in die geistige Werkstatt dieses Riesen hineinsehen können. Wir müssen auch das Verlorene und Zufällige aus der kolossalen Formkraft des gigantischen Geistes zusammensuchen, um unser Wissen über ihn zu bereichern. Da sind die Tagebücher aus Ägypten, die den Inhalt des neuen Flaubertbandes bilden, außerordentlich wichtig. Um 1850 brach Flaubert von Europa auf, um durch Ägypten und durch Karthago zu wandern. Es schwebte ihm vor die Welt des maleischsten und geheimnisvollsten und künstlerisch am schwierigsten zu gewinnenden Orients in einem Kunstwerk nachzuschaffen. Bei Flaubert wird das Gesetz bestätigt, daß die Genies von Ahnungen getrieben werden. Diesen Orient suchte Flaubert ab, und obgleich äußerlich seine Aufzeichnungen nur als Erinnerungen eines Tagebuchs dastehen, gewinnt doch jede Einzelheit Bedeutung für das ganze Werk, besonders für jene *Salammbö*, die dann später entstand, Flaubert bestätigt seine Ahnung, indem er sein Tagebuch mit Sätzen schließt, durch die er sich ermuntert aus all diesem Gesehenen und aus all diesem Gelebten und auch Erdachten und Bewunderten nun einmal das zusammenfassende Riesenwerk der Vision und der Erfahrung zusammenzuschmieden. Die Ausgabe der Werke *Moritz Heimanns*, die der Verlag S. Fischer in Berlin pietätvoll sammelte, wurde durch den Band seiner nachgelassenen Schriften ergänzt. Heimann, der so geduldig alles las, was gedruckt wurde, mußte Schwierigkeiten überwinden, um sich seine Originalität nicht zu verwässern. Er blieb trotzdem ein Schriftsteller von höchstem Rang, vor allem als Essayist. Dieser neue Band seiner Schriften enthält so Stücke von hoher Geistesliebe.

Kurze Chronik Die Martin Bodmer-Stiftung für einen Gottfried Keller-Preis hat dem Züricher Literaturhistoriker Walter Meier für sein Jean Paul-Buch /Zürich, Orell Füssli/ eine *Ehrengabe* von 1000 Franken zuerkannt. ◊ Der letzte *Goncourtpreis* fiel im 6. Wahlgang auf Henry Deberlys Roman *Le supplice de Phèdre*. Von den früheren Romanen dieses Schriftstellers ist namentlich *L'impudente* bekannt geworden. ◊ Der *Kleistpreis* des Jahres 1926 wurde geteilt und Alexander Lernet-Holenia für seine dramatischen Arbeiten Österreichische Komödie, Ollapotrida und Demetrius und Alfred Neumann für den Roman *Der Teufel* zuerkannt. Martin Kessel erhielt eine ehrende Erwähnung für seine Großstadtnovelle und die Geschichtensammlung *Gebändigte Kurven*. ◊ Das *Grab Verhaerens* ist aus dem belgischen Kriegsgebiet, wo der Dichter vor 10 Jahren provisorisch beigesetzt wurde, nach dem Scheldedorf Saint-Amand übergeführt worden, in dem Verhaeren zur Welt kam. Jetzt, bei der 10. Wiederkehr seines Todestages, veranstaltete man in Brüssel eine offizielle und patriotische Totenfeier. In Deutschland sind viele, die sich einstmals den großen Friedensfreund Verhaeren als Hetzer auf der andern Seite ausgelegt hatten, mittlerweile zu einer gerechtern, auf die Ewigkeit abgestimmten Beurteilung bekehrt worden.

Literatur Der Dresdener Professor *Victor Klemperer* setzt seine Geschichte der französischen Literatur /Leipzig, B. G. Teubner/ fort, von der in dieser Rundschau (1926 Seite 577 und folgende) schon die Rede war. Der 1. Teil umfaßte jene französische Romantik, die zum realistischen Roman Balzacs überleitete, es mußte ein Gemisch der Gedanken und Formen noch geklärt werden. Nun, im 2. Teil, ist der Gegenstand der Positivismus. Die Methode Klemperers ist es die philosophischen Grundlagen der Literaturgeschichte solide anzulegen. So spricht er ausführlich über Taine und Renan, ehe er von Flaubert, Zola, Maupassant und France redet. Die Wärme seiner Darstellung ist erfreulich. Es scheint jedoch, daß bei der Darlegung philosophischer Systeme der Historiker und Analytiker besser täte nur die Gedanken sprechen zu lassen. Der Stil seines 2. Teils der außerordentlich lehrreichen und wirklich packenden Literaturgeschichte wird durch Subjektivität streckenweise getrübt.

KULTUR

Außenkolonisation / Herman Kranold

Deutschland und Kolonialarbeit Der Streit, ob Deutschland versuchen solle einige seiner im Vertrag von Versailles abgetretenen (oder statt ihrer gegebenenfalls einige neue) Stücke Koloniallands zu bekommen, hat sich jetzt wieder entsponnen. England hat auf die Kolonialfrage aufmerksam gemacht, um neuen Stoff des Haders zwischen Deutschland und den Kolonien besitzenden Ländern Kontinentaleuropas zu schaffen: denn daß für das geheiligte Albion eine Hergabe von eigenem Kolonialland nicht in Frage kommt, das ist so selbstverständlich für angelsächsische Politiker, daß darüber auch nur ein Wort zu verlieren sich nicht lohnt. Nun ist aber die Welt, soweit sie überhaupt noch die Rolle des kolonisierten Landes sich gefallen läßt, schon vergeben, und daher könnte Deutschland koloniales Land, sei es auch in der Form eines ihm versuchsweise zugebilligten Mandats des Völkerbunds, nur aus den Beständen Portugals, Spaniens, Italiens, Frankreichs oder Belgiens erhalten. Diese Staaten nur nennen heißt schon alles sagen. Denn welchem dieser Länder nun auch gegen seinen Willen oder seine freie Neigung überseeisches Land zugunsten neudeutscher Kolonialpolitik abgenommen werden sollte, der außenpolitische "Erfolg" in Europa, nämlich die Zündung einer wohlgelegten Dynamitpatrone mitten in der werdenden europäischen Einheit, wäre dann erreicht. Diese Frage ließe sich nur dann anders beurteilen, wenn eins der genannten Länder für einen Teil seines Koloniallands Neigung zur freiwilligen Abtretung bekundete, das heißt, wenn es dem Deutschen Reich etwas von seinem kolonialen Besitz anböte. Davon ist aber bisher nichts zu spüren, und bei dem einzigen Land, bei dem dies für eine spätere Zukunft nicht ganz ausgeschlossen erscheint, bei Portugal, wird vermutlich gerade englischer Widerstand gegen eine Abtretung an Deutschland in die Erscheinung treten, obgleich England die portugiesischen Kolonien mehrfach, und auch jetzt wieder, Deutschland "angeboten" hat. Wenn also die Frage auch nicht aktuell ist, solange die kontinentaleuropäische Einigung noch nicht vollzogen ist, also auch keine gemeineuropäische Kolonialpolitik, an der Deutschland teilnahme, getrieben werden kann, so schadet es doch nichts einmal die Voraussetzungen deutscher Kolonialpolitik zu erörtern.

Bekannte sozialistische Schriftsteller sehen heute wie früher wieder in der Kolonisation an sich eine besonders verwerfliche Form der kapitalistischen Ausbeutung. Sie wollen zwar von den politischen Konsequenzen, die Rosa Luxemburg aus ihrer Anschauung über den kolonialen Imperialismus gezogen hat, nichts wissen, aber sie können der süßen Gewohnheit diese Gesamtschauung in Augenblicken, da es bequem ist, zur Rationalisierung von Instinkten zu benutzen nicht recht entsagen. Sie sind im geheimen den englischen Genossen böse, weil sie, als regierende Partei, das Reich nicht beschleunigt aufgelöst und sich dadurch nicht ein gutes Sittenzeugnis einiger sozialistischer Schreibstuben in Deutschland verschafft haben, und sie rufen Bravo und entdecken ganz gegen alle Gewohnheit plötzlich in sich ein reines franzosenfreundliches Herz, wenn die französischen Genossen einen aus ihren Reihen ausschließen, weil er als Generalgouverneur einer Kolonie das fluchwürdige Verbrechen begangen hat für menschliche Behandlung Eingeborener dadurch zu wirken, daß er selbst die Staatsmacht handhabt statt sie bourgeoisen Händen zu überlassen. Hat es noch Zweck mit dieser Auffassung zu rechten? Kaum; denn diese Geister, die den Namen Marx' benutzen, um seinen weniger glücklichen Gedanken dauernden Zwangskurs im Sozialismus, wenn auch nur in dessen deutscher Spezialprovinz, zu verleihen, vermögen den Unterschied zwischen Klugheitsregeln und sittlichen Geboten überhaupt nicht einzusehen. Deshalb lassen sie sich an sittlichen Forderungen, wie der europäischen Einheit, kopfscheu machen, wenn man ihnen nur, ihrer Meinung nach, zeigt, daß sie unklug seien; deshalb liefen sie dem britischen Phantom nach, weil sie glaubten zugunsten britischer Unterjochung Europas stünde die Wagschale der Macht, statt demgegenüber die sittliche Idee der Selbstbestimmung Europas auch auf die Gefahr britischen Stirnrundzeln hin aufrechtzuerhalten. So sehen sie heute nur die unbestreitbare Tatsache, daß es in einer europäischen Kolonie im Überseegebiet, auch wenn sie von Deutschen regiert würde, durchaus kapitalistisch aussehen würde, und vergessen dabei ganz, daß es ja jetzt dort auch nicht anders zugeht, daß also der Wechsel der Herrschaftsmacht zum mindesten keine Verschlechterung darstellen, ja vielleicht sogar die Chance einer gewissen Milderung der kapitalistischen Ausbeutung in sich fassen würde.

Der Streit um die Kolonien wäre nicht interessant, jedenfalls nicht für Leser der Sozialistischen Monatshefte, wenn es sich in ihm nur um die Würdigung der bisher erwähnten Argumente handelte. Aber manchmal ist es fast wichtiger seinen Freunden Maß und Zügel aufzuerlegen als sich selbst zu verteidigen. Die Freunde kolonialer Arbeit haben allen Grund gegen ein Verteidigungssystem zu polemisieren, das geeignet ist der guten Sache in aller Freundschaft und Liebe den Garaus zu machen.

Der Bundesgenosse im sozialistischen Lager, gegen den man sich verwarren muß, ist Karl Valentin Müller, der im Gewerkschaftsarchiv wiederholt für deutsche Kolonien eingetreten ist. Die volkswirtschaftlichen Argumente, die er anführt, sollen in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben, da die Frage der kolonialen Produktivität hier noch gesondert behandelt werden soll. Unaufschiebbar aber ist die Beleuchtung des "politischen" Gesichtspunkts, von dem aus er die Dinge betrachtet. Nach Müller sind die Europäer der weit überlegene Menschenstamm, und die Erlösung der Welt vom Fluch der Farbhäutigkeit und Barbarei besteht darin, daß jene die roten, schwarzen, braunen usw. Nigger ausrotten und ihre eigene heldische Kultur an die Stelle der ihrigen setzen. Diese Ausdrücke wendet Müller freilich nicht an, aber er schreibt doch folgendes: »Wir haben heute zu wählen zwischen der Freundschaft und Interessengemeinschaft mit jenen wohlausgebauten, starken, auf vorbildliche Leistungen mit Recht stolzen Millionenorganisationen des verwandten Angelsachsentums [womit die Gewerkschaften in Australien, Neuseeland und Südafrika gemeint sind] und der Sympathie der "unentwickelten" Völker, von denen noch gar nicht feststeht, ob und inwieweit sie überhaupt nach unseren Begriffen organisierbar und für Kultur erziehbar sind.« Wenn die Engländer nicht die Australneger totgeschlagen hätten, »so wäre heute Australien ein mit einigen europäischen Handelsplätzen und Banken ausgerüsteter unabhängiger Australnegerstaat; vielleicht mit einer Mischbevölkerung schlimmer wie [soll heißen: als] Bolivia . . . Und ist es ratsam auf alle Fälle dahin zu drängen, daß die Ambitionen einer arroganten farbigen Intelligenz befördert werden (ich denke hier an Afrika), die darauf ausgehen aus den Kolonien Selfgovernmentstaaten, vielleicht nach dem erhebenden Vorbild von Liberia oder Haiti oder Afghanistan, zu machen?« Sicherlich, an

"farbloser" Einbildung läßt sich kaum eine noch größere Portion denken. Und ist denn wirklich überall da, wo europäische Herrschaft erlosch oder ausblieb, alles so unendlich viel schlimmer als in unserer Kulturwelt, wo die Menschen, stolz auf ihre weiße Haut, einander bekanntlich nur aus Liebe auffressen? Und darf, wer die Grenze zwischen Menschen und Hunden dort zieht, wo die Haut vom Weißen ins Gelbliche zu spielen beginnt, sich Sozialist nennen? Diese Art Kolonialbegeisterung ist jedenfalls durchaus abzuweisen. Wenn wirklich die Engländer so weltrettend aufgetreten sind, wie Müller es schildert (nicht Valentin sondern Britannus sollte er heißen, beim Heiligen Shaw), warum überläßt er ihnen, die für die Zukunft ja genau so ganz dazu bereit sind wie für die Vergangenheit, nicht die Weltbeglückung?

Ein zwingendes Argument vom sozialistischen Standpunkt zugunsten kolonialer Betätigung der Deutschen in der Zukunft ergibt sich aus folgender Überlegung: Der Siegeszug der industriellen Europäisierung des Wirtschaftens über den Erdball ist ein Menschenschicksal, das auch der größte Heros und das entschlossenste Volk der Welt nicht mehr abzuwenden vermögen. Zu gewaltig, zu durchschlagend ist die Macht des rationalen Wirtschaftens, ist der Gedanke immer größerer Entfaltung der menschlichen Produktionskraft. Es fragt sich nur, ob Überseesklaven abgerichtet oder Menschen gelehrt werden sollen dieser Weltentwicklung der Wirtschaft sich einzupassen. Soll es als Lehre, als Pflege und Beispiel geschehen, so ist es eine Sicherung gegen die Verlockung zum Mißbrauch der Macht und eine Bereicherung der Gesamtheit von Lehrmethoden, wenn alle Völker, die zur vollen industriellen Reife gediehen sind, daran als Kolonisatoren teilnehmen. Die Kulturaufgabe sozialistischer Kolonisation liegt darin die kapitalistische Ausbeutung im Kolonialsystem durch ausbeutungsfreie Arbeitsweisen zu ersetzen und dadurch aus der Kulturaufgabe des Europäertums jenes sie verzerrende Element auszustoßen, das in Warren Hastings und den anderen großen englischen Konquistadoren nicht häßlichere Züge trägt als in den den Gelben, Braunen, Roten, Schwarzen feindlichen Gewerkschaften der angelsächsischen Kolonialwelt. Sozialistische Kolonisation hat dafür zu sorgen, daß der Prozeß der Annäherung der Überseemenschen an die europäische Wirtschaftsweise ein Kulturprozeß werde, der er bisher nur sehr zum Teil gewesen ist.

Weil wir gerade in diesem Sinn dem europäischen Sozialismus eine Mission im Kolonisationswerk zutrauen, deshalb treten wir hier in den Sozialistischen Monatsheften seit jeher für die positive Stellungnahme des deutschen Sozialismus zur Kolonisation ein, deshalb heben wir jede wahrhaft gute Leistung der bürgerlichen Welt in der Kolonisation hier freudig hervor und klagen jede an, die dieser sittlichen Aufgabe Europas nicht genügt. Deutschland darf die Anteilnahme an der Verantwortung der europäischen Menschheit nicht versagen. Weder die alte scheinmarxistische Scheuklappe noch der sinnlose Hochmut weißer Haut darf die deutschen Sozialisten hindern den Ruf der Geschichte zu hören und ihm dann zu folgen.

Kautschukkultur Eine Gruppe amerikanischer Automobil- und Pneumatikfabrikanten mit einem jährlichen Rohkautschukverbrauch von mehr als 50 000 Tonnen hat sich einen Fonds von 40 Millionen Dollars geschaffen, der dazu bestimmt ist den Kautschukpreis zu stabilisieren und auf diese Weise die weitere gewaltsame Einschränkung der Kautschukerzeugung in Hinterindien durch das englische Stevensongesetz überflüssig zu machen. Wenn der Preis des Kautschuks so weit zu sinken droht, daß die Einfuhreinschränkung nach jenem Gesetz in Kraft tritt, sollen mit den Mitteln dieses Fonds Interventionskäufe unternommen werden; bei erheblicherer Preissteigerung sollen dann Abgaben erfolgen. Es bleibt abzuwarten, ob dieses private Valorisationsmanöver Erfolg haben wird. Man will den Kautschukpreis auf rund 2 Shilling halten, etwa auf der vom Stevensongesetz vorgesehenen Höhe. Englisch-Kapital dringt jetzt in die niederländisch-indische Kautschukgewinnung ein. Mit einem Kapital von 14 Millionen Mark hat es sich durch Gründung einer Gesellschaft betätigt, die Kautschuk von den eingeborenen Kleinbauern kaufen, marktfähig machen und exportieren will. Die Anlagen sollen auf eine jährliche fertige Menge von 27 000 Tonnen Kautschuk eingerichtet werden. Der Betrieb erfolgt in getrennten Einheiten, von denen zunächst eine auf Sumatra, eine in Südborneo und eine in Ostborneo errichtet wird; jede wird 7500 Tonnen jährlich liefern können. Die Befürchtung, daß künftighin durch die Anwendung des Stevensongesetzes der amerikanischen Automobilindustrie der Kautschuk wieder unliebsam verteuert werden könnte, hat schließlich in

den Vereinigten Staaten zu dem Plan geführt nunmehr außerhalb des Bereichs der englischen Gesetzgebung, auf den Philippinen, größere Kautschukplantagen anzulegen. Zum Teil beabsichtigt man die Errichtung größerer Plantagen mit amerikanischem Kapital. Dem steht jedoch die Schwierigkeit entgegen, daß nach dem Gesetz auf den Philippinen der selbe Eigentümer höchstens 800 Hektar Land in seiner Hand vereinigen darf. Als verschiedene Eigentümer gelten aber Handelsgesellschaften nur dann, wenn jede von ihnen mindestens 3 Direktoren hat, und wenn keiner dieser 3 in einer andern ähnlichen Unternehmung tätig ist. Dadurch wird natürlich ein außerordentlich hoher Personalaufwand nötig. Es ist deshalb wahrscheinlicher, daß das amerikanische Kapital in der Hauptsache den andern Weg gehen wird: durch Darlehen und unter Abschluß fester Lieferungsverträge eingeborene bäuerliche Betriebe für die Pflanzung von Kautschukbäumen zu begründen. Das hat auch den Vorzug, daß den Schwierigkeiten der Arbeiterbeschaffung im wesentlichen ausgewichen wird; denn derartige Betriebe können in der Größe so gehalten werden, daß die Familie des Eigentümers zur Erledigung der Arbeiten ausreicht. Tragfähig werden die neuen Kulturen erst in etwa 5 bis 6 Jahren, voll sogar erst in 8 bis 10 Jahren.

Canada In der canadischen Provinz Alberta, im Turner Valley der Rocky Mountains, ist in den letzten Jahren ein großes Erdölvorkommen erbohrt worden. Die bisherigen Ergebnisse sind äußerst zufriedenstellend. Die Art des Vorkommens läßt darauf schließen, daß auch noch an anderen Stellen des Gebirges bisher vermutetes Erdöl zu finden sein wird. Die Häfen von Halifax und Saint John sollen in die Verwaltung des canadischen Bundesministeriums für Fischereien übernommen werden. Ferner soll aus der Staatskasse für den in Canada produzierten Stahl eine Prämie gezahlt werden, wenn zur Produktion canadische Kohle verwendet wird. Auch sollen in einer Reihe von Städten der östlichen Provinzen mit Regierungsbeihilfen Kokereien errichtet werden. Man will auf diese Weise den canadischen Bergbau, stärker als es bisher geschehen konnte, hochzuchten. Die canadische Baumwollindustrie hat im laufenden Jahr ein Produkt im Wert von 70 Millionen Dollars abgesetzt und mehr als 18 000 Arbeiter beschäftigt.

Kurze Chronik Vom 14. bis zum 21. September 1926 fand in dem belgischen Seebad Le Zoute eine vom *Internationalen Missionsrat* einberufene Konferenz über afrikanische Fragen statt. Unter den 300 Personen waren 12 Deutsche. In der Hauptsache wurden Angelegenheiten besprochen, die für die evangelische Mission wichtig sind. ◊ Zu den Schätzen Nordafrikas, deren vollständige Hebung noch in der Zukunft liegt, gehört auch das *Kalkphosphat*, von dem gegenwärtig Ägypten in seinen 2 Fundstellen etwa 150 000 Tonnen erzeugt, während Algerien rund 850 000 und Tunesien bereits 2½ Millionen Tonnen fördert, die leicht bis zu 3 Millionen gesteigert werden könnten. Die stärkste Entwicklung dieser neuen Produktion weist jedoch Marokko auf, dessen Kalkphosphatvorräte gegenwärtig auf 1 Milliarde Tonnen geschätzt werden; das marokkanische Produkt besitzt zudem gegenüber dem tunesischen einen Mehrgehalt von 20 % an Phosphorsäure. Auch liegen die bisher erschlossenen Lager günstig zu dem Ausfuhrhafen Casablanca, mit dem sie seit 1924 durch eine Eisenbahn verbunden sind. ◊ Neue erhebliche *Erdölvorkommen* sind neuerdings mit Hilfe englischen Kapitals durch die Taraneki Oilfields Limited in Neuseeland erbohrt worden. ◊ Im *Irak* ist mit 5 Millionen Mark Kapital eine Landwirtschaftsbank gegründet worden, an der sich die Regierung mit 50 % beteiligt. ◊ Die französische Kolonie *Obervolta*, die 1919 als selbständiges Verwaltungsgebiet im französischen Sudan gebildet wurde, scheint sich zu einem Baumwollbaugebiet ersten Ranges entwickeln zu wollen. Obwohl keine Eisenbahn vorhanden ist, konnten im Jahr 1925 doch schon 800 Tonnen Baumwolle exportiert werden.

Literatur

Die wirtschaftliche Lage der lohnarbeitenden Klassen in Bombay schildert *A.R. Burnett-Hurst* in seinem Buch *Labour and Housing in Bombay* /London, P. S. King & Son/. Der Verfasser hat sich 4 Jahre lang in Bombay aufgehalten und war auch später noch oft da. Das Buch ist eine durch Statistik fest unterbaute und durch Bilder glänzend illustrierte Darstellung namenlosen Proletariats. Wer es liest, kann nicht im Zweifel darüber sein, daß die Europäisierung der indischen Wirtschaft über zahllose Leichen geht, und daß einer fürsorglichen Kolonialpolitik noch ungeheure Aufgaben harren. Gleichzeitig sieht man aber, daß industrielle Arbeit den Eingeborenen Indiens

durchaus nicht von Natur verschlossen ist, und daß es vermutlich nur verhältnismäßig kurzer Zeit bedürfen wird, bis das indische Proletariat im industriellen Produktionsprozeß die selbe Rolle spielen wird wie das europäische. ◊ Eine noch viel umfangreichere Darstellung der sozialen Lage der Bauern im Fünfstromland Nordwestindiens gibt *Malcolm L. Darling*, der längere Zeit im indischen bäuerlichen Genossenschaftswesen gearbeitet hat (*The Punjab Peasant in Prosperity and Debt* /London, Oxford University Press/). Sein Buch schildert nicht nur die Zustände sondern zeigt auch, wie die Lebenslage und die Produktivität des Wirtschaftens indischer Bauern durch die britische Verwaltung, namentlich durch die Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, wesentlich verbessert worden sind. Es verteidigt aber nicht das britische Verwaltungssystem schlechthin, läßt es vielmehr an Kritik nicht fehlen. Auch dieses Buch sei von allen denen gelesen, die indisches Leben von heute wirklich kennen lernen wollen. ◊ Das Buch *Abraham Granovskys* Probleme der Bodenpolitik in Palästina /Berlin, Jüdischer Verlag/ unterrichtet über den Werdegang des Jüdischen Nationalfonds und ist gleichzeitig geeignet mit den wichtigsten Problemen seiner praktischen Arbeit bekannt zu machen. Eine eigentliche Lösung gibt es nicht. Namentlich fehlt es an einer Erörterung der gesamten wirtschaftlichen Voraussetzungen für die jüdische Arbeit in Palästina und an ausgiebiger Besprechung des Aufzuchtungsproblems. Immerhin ist das Buch ein brauchbarer Beitrag zur Kenntnis des Gegenstands und kann als solcher empfohlen werden. ◊ Die Broschüre *Felix Pinnars* Das neue Palästina /Berlin, Rudolf Mosse/ stellt in der Hauptsache eine Wiedergabe von Reiseeindrücken dar. Die ausgezeichnete wirtschaftliche Bildung des Verfassers hat bewirkt, daß er sehr viel und manches Bemerkenswerte beobachtete. Interessant ist zum Beispiel die Stellungnahme für die Bauerngenossenschaften und seine Skepsis gegenüber den Produktivassoziationen der Landarbeiter. Gut ist auch die konsequent befolgte Methode der Erklärung der hebräischen technischen Ausdrücke. Dagegen ist die Stellungnahme gegen den Getreidebau und für die Bevorzugung von Gemüse- und Obstkulturen wohl verfehlt; gerade der von ihm mit Recht so stark betonte Gedanke der Produktion für den Markt sollte hier dem sachkundigen Verfasser Zweifel an seiner Meinung nahelegen.

Kunstgewerbe / Ludwig Hilberseimer

**Architektur-
ausstellungen** Der Architekturverlag Ernst Wasmuth in Berlin veranstaltete in seinen Räumen

2 Architekturausstellungen, die darum von besonderem Interesse waren, weil sie 2 Extreme der architektonischen Gestaltung zeigten. Die eine war der neuern dänischen Architektur, die andere dem Pariser Architekten Le Corbusier gewidmet.

Eine lebendige Tradition hat den *dänischen* Klassizismus bis heute erhalten. Freilich sehr modifiziert. Denn dieser dänische Klassizismus, wie ihn etwa Kay Agerloft, Ivar Bentsen, Kay Fischer, G. B. Hagen, Edvard Thomsen und Kaare Klint vertreten, bedarf für seine Ziele keines großen architektonischen Apparats: Säulen, Pilaster, Kapitäle, Gesimse usw. Er kommt mit den einfachsten Mitteln, die allerdings die wesentlichsten sind, zurecht: Harmonie, Proportionen und Gleichgewicht der Massen sind seine grundlegenden Gestaltungsmittel. Der dänische Klassizismus ist somit weniger ein Formenaufwand als eine geistige Haltung. Im Gegensatz etwa zu dem in Deutschland üblichen, einen großen Aufwand benötigenden, etwas brutalen Klassizismus ist der dänische von fast morbid zu nennender Feinheit der Proportionen und der Massenharmonisierung. Ein sensibler Purismus, dessen Ziel Geschmacksvollendung ist.

Damit ist aber auch die Grenze dieses Klassizismus bezeichnet. Die strenge symmetrische Bindung, die ihm zugrunde liegt, macht ihn für viele Aufgaben ungeeignet, die die Gegenwart den Architekten stellt. Seine Mittel reichen einfach dazu nicht mehr aus. So sind sowohl Kay Agerloft wie Ivar Bentsen bei einigen ihrer Entwürfe gezwungen durch andere als beim Klassizismus übliche Fensterformen eine zweckmäßigere Beleuchtung zu erreichen. Warum aber dann noch die Belastung des Grundrisses mit Symmetrieeen, die den Bauorganismus vergewaltigen, seinen funktionellen Formenausdruck hindern?

Im Gegensatz zu diesem rückwärts gerichteten Schaffen zeigte *Le Corbusier* Arbeiten, die aus dem Geist der Gegenwart hervorgingen. *Le Corbusier* geht nicht von irgendeiner architektonischen Voreingenommenheit sondern von der Leistung einer Sache aus. Wenn er sagt, ein Haus müsse wie ein Automobil, ein Omnibus oder eine Schiffskabine entworfen und eingerichtet sein, so meint er damit nicht etwa eine architektonische

Nachahmung dieser Dinge sondern ihre ökonomische Durchbildung. Er nimmt gegen das alte Haus Stellung, weil es übel mit dem Raum umging, und fordert die Präzisierung der tatsächlichen Wohnnotwendigkeiten. Bisher machte man aus einem Haus eine mehr oder weniger zusammenhängende Gruppierung großer Räume, in denen immer zu viel und zu wenig Platz war. Die heutige Wirtschaftslage zwingt auch zur Ökonomisierung des Raums, wodurch die Wohnung noch nicht unzweckmäßig zu werden braucht. Im Gegenteil. Zuvor muß sich allerdings die Gesinnung der Bewohner ändern. Waggon und Limusinen haben bewiesen, daß der Mensch auch durch kleine Öffnungen gehen, und daß man den Raum auf den Quadratmeter berechnen kann, wogegen das Bauen von Waterclosets von 4 Quadratmeter Größe ein Verbrechen ist.

In vielen angeführten Bauten hat *Le Corbusier* gezeigt, daß er nicht nur die mit der Wohnung zusammenhängenden Probleme auf eine neue Art zu stellen sondern auch zu lösen versucht hat. Er hat das Wohnhaus von überkommenen Vorstellungen befreit und sucht ungehemmt nach neuen Möglichkeiten.

Wohnungsbau Das in der Wissenschaftlichen Abteilung der Dresdener Ausstellung Wohnung und Siedelung 1925 gezeigte umfangreiche Material hat der Vorsitzende dieser Abteilung, Paul Wolf, in seinem Buch *Wohnung und Siedelung* /Berlin, Ernst Wasmuth/ zusammengefaßt und durch weiteres Material ergänzt. So ist eine grundlegende Arbeit über all die mit dem Wohnungs- und Siedelungswesen zusammenhängenden Probleme entstanden. Wolf gibt eine durch zahlreiche Abbildungen unterstützte Darstellung der menschlichen Heimstätten von ihren ersten vorzeitlichen Anfängen an über alle Phasen hinweg bis zu der Wohnungsnot unserer Tage. Unter all den zahlreichen Problemen, die durch den Krieg und die Nachkriegszeit akut geworden sind, steht die Wohnungsnot weit im Vordergrund der Interessen. Die Plangestaltung von Wohnung und Siedelung erfordert ebenso wie ihre Finanzierung neue Wege; besonders die Finanzierung, deren bisherige Erfolglosigkeit allen offenbar ist. Keine der beiden sich bekämpfenden Parteien: Mieter und Hausbesitzer, ist von sich aus in der Lage die Wohnungsnot zu beseitigen. Wenn auch die bürokratische Handhabung der Wohnungsfürsorge den Unternehmern einen Schein

von Recht gibt, kann doch der Wohnungsbau nicht mehr ohne öffentliche Aufsicht durchgeführt werden. Ganz abgesehen davon, daß das dazu verwandte Kapital öffentlich ist.

Der Wohnungsbau war von jeher eine Produktionsfrage und ist es heute in verstärktem Maß. So ist die Produktionsfrage der eigentliche Kernpunkt des Problems. Nur durch Produktionssteigerung ist es möglich die Wohnungsnot zu beseitigen, vor allem durch Rationalisierung der Betriebe und Ausnutzung der Normungs- und Typisierungsmöglichkeiten. Eine wichtige Rolle spielt allerdings auch die Zinswirtschaft. Die Gestaltung des Zinssatzes beeinflusst den Wohnungsbau in höchstem Maß.

Wohin die rücksichtslose Bevorzugung des Privatbesitzes führt, zeigen warnend die amerikanischen Großstädte, wo in schärfster Ausprägung alle Mängel der europäischen Großstädte in ihrer letzten Auswirkung in die Erscheinung treten. Hierüber informiert Walter Curt Behrendts Bericht über seine Studienreise (Städtebau und Wohnungsbau in den Vereinigten Staaten /Berlin, Guido Hackebell/). Im Gegensatz zu dem jetzt bei uns üblichen Amerikabyzantinertum ist dieser Bericht von äußerster Sachlichkeit. Er gibt keine unkontrollierbaren Impressionen sondern kontrollierbare Tatsachen, die allerdings zum Teil erschreckend sind. Abgesehen von der bekannten Überlastung der Straßen, ihrer Verkehrsinsanspruchnahme durch die in den riesigen Hochhäusern untergebrachten Menschenmassen, die das Fortbestehen dieser Hochhausstädte immer fraglicher erscheinen lassen, sind es vor allem die großstädtischen Mietwohnungen, die durch die rücksichtsloseste Ausnutzung des Bodens hygienisch völlig unmöglich sind. Das New Yorker Parzellierungssystem sieht schmale, aber sehr tiefe Grundstücke vor, die durchschnittlich 7,5 Meter breit und 30 Meter tief sind. Dadurch ergeben sich außerordentlich ungünstige Wohnungsgrundrisse. Die Wohnungen weisen einen oder mehrere Räume ohne Fenster und unmittelbare Lüftung auf. Sie sind entweder ganz dunkel oder erhalten ihr Licht vom Nachbarraum. Andere Räume liegen an Höfen, deren Breite bei einer Höhe von 4 bis 5 Geschossen oft nicht einmal 1 Meter, im günstigsten Fall aber höchstens 3,6 Meter beträgt. Vor solchen Auswirkungen des Kapitalismus haben uns unsere Baugesetze bewahrt, die trotzdem wieder viel zu weitgehend waren. Denn warum ist das, was heute möglich ist,

nicht auch früher möglich gewesen? Die in Frage kommenden Stellen waren sich ihrer Verantwortung völlig unbewußt, ließen sich vom Tagesbedürfnis leiten. Heute sind wir in einer ähnlichen Lage, auch uns wächst die Wohnungsnot über den Kopf. Wir glauben: Wenn nur gebaut wird, ist alles in schönster Ordnung. Gewiß, es wird einmal der Zeitpunkt kommen, wo jeder eine Wohnung haben wird. Aber ob er alsdann dort, wo er wohnt, auch Arbeit finden wird, um leben zu können, daran denkt heute fast niemand. Nicht bloß Pläne für Wohnungen und Siedelungen, Wirtschafts- und Produktionspläne sind aufzustellen.

Theaterbau Das Theater als architektonisches Objekt hat im Lauf der Jahrhunderte bestimmte Gestaltbildungen gefunden, die soziologisch den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprachen. Rangtheater und Amphitheater sind die beiden Formen, die sich so herausgebildet haben. Das eine auf der ranggeteilten Hofgesellschaft beruhend, das andere in seinem Streben nach möglichst gleichwertigen Plätzen die demokratischen Prinzipien unserer Zeit verkörpernd. In Wirklichkeit aber gehen beide Typen durcheinander, je nach der mehr oder weniger großen Klarheit, mit der die Bauaufgabe erkannt wurde. Paradoxestes Beispiel: das von Kaufmann erbaute Theater der Berliner Volksbühne, ein Volkstheater in Form eines höfischen Rangtheaters. Neben diesen rein soziologischen Typen des Theaters haben bau-, verkehrs- und feuerpolizeiliche Vorschriften außerordentlich modifizierend auf den Theaterbau eingewirkt. Vor allem aber die maschinelle Einrichtung des Bühnenhauses: die Einführung der Drehbühne und die dadurch bedingte Komplizierung des Schnürbodens, die Erweiterung der Unterbühne, die Verwendung von Seitenbühnen, der Einbau des Kuppelhorizonts. All das hatte zur Folge, daß das Bühnenhaus mit seinen Nebenräumen den architektonischen Aufbau des Theaters wesentlich bestimmte.

Paul Zucker gibt in seinem Band Theater und Lichtspielhäuser /Berlin, Ernst Wasmuth/ einen Überblick über die in den letzten Jahrzehnten hauptsächlich in Deutschland ausgeführten Theaterbauten. Leider fehlen amerikanische Beispiele, die mit dem Einrangtheater einen sehr brauchbaren Theatertypus geschaffen haben, nämlich ein Theater, das allen Zwecken dient: der Oper, dem Schauspiel, der Revue und dem Film.

Während der Theaterbau, trotz allen Entgleisungen, immerhin als architektonisches Problem behandelt wurde, beruht der Durchschnittskino- und auf völlig spekulativen Grundlagentagen, über die eine modische Dekorationskunst hinwegtäuschen soll. Dabei könnte gerade der Bau von Lichtspielhäusern Anlaß zu bedeutenden architektonischen Schöpfungen werden.

Totenliste Der Stadtbaurat des Berliner Bezirkes Lichtenberg *Rudolf Gleye* starb plötzlich am Herzschlag Anfang Juni 1926 in Berlin. Er wurde nur 46 Jahre alt. Zu seinen letzten Arbeiten gehört der Entwurf für die im Bau befindliche Lichtenberger Volksbadeanstalt.

Am 31. Juli starb in Budapest der älteste der ungarischen Architekten *Alois Haubmann*, im Alter von 80 Jahren. Er wirkte seit 1869 an der Budapester Technischen Hochschule. Eine große Anzahl öffentlicher und privater Gebäude Budapests stammt von ihm. Sein Hauptwerk war die Ausgestaltung der Burg.

Kurze Chronik Am 13. Oktober 1926 wurde in Köln eine Arbeitsgemeinschaft des *Deutschen Werkbunds* für Köln und die Rheinlande gegründet. ◊ Am 4. Dezember wurde der nach den Plänen von Walter Gropius errichtete Neubau des *Bauhauses in Dessau* seiner Bestimmung als Unterrichtsanstalt übergeben, nachdem vor knapp 2 Jahren das damalige Staatliche Bauhaus in Weimar, auf Betreiben der thüringischen Reaktionäre, aufgelöst und, wie man hoffte, zerstört wurde. Darum ist es doppelt zu begrüßen, daß es Gropius wie seinen Mitarbeitern gelungen ist das Bauhaus nicht nur zu erhalten sondern ihm auch mit dem neugeschaffenen Institutsgebäude eine dauernde Heimstätte zu sichern. ◊ Eine Anzahl wichtiger Neubauten in *Palästina*, vor allem das Technikum in Haifa und das Transformatorhaus in Tel Awiw, sind von dem Berliner Architekten Alexander Baerwald geschaffen worden. ◊ Ein *Turmhaus* von 284 Meter Bauhöhe wird in Detroit nach den Plänen Louis Kaspers errichtet. Das Gebäude wird 84 Stockwerke über der Erde aufweisen; das Fundament reicht 45 Meter tief herab. Zum Bau wurden 35 000 Tonnen Stahl benötigt. ◊ Der Deutsche Werkbund veranstaltet in Stuttgart unter der Leitung Mies van der Rohe eine *Ausstellung Neues Wohnen*. Die Stadt Stuttgart hat im Frühjahr 1926 beschlossen innerhalb ihres Bauprogramms für die Jahre 1926 und 1927 etwa 60 Wohn-

einheiten als geschlossene Siedelung nach den Vorschlägen des Deutschen Werkbunds zu erstellen. Zu der Durchbildung und Gestaltung der einzelnen Häuser (Miethäuser und Einfamilienhäuser) wurden folgende Architekten des In- und Auslands herangezogen: Peter Behrens /Berlin/, Richard Döcker /Stuttgart/, Joseph Frank /Wien/, Walter Gropius /Dessau/, Ludwig Hilberseimer /Berlin/, Le Corbusier /Paris/, Mies van der Rohe /Berlin/, J. J. P. Oud /Rotterdam/, Hans Poelzig /Berlin/, Adolf Rading /Breslau/, Hans Scharun /Breslau/, Adolf G. Schneck /Stuttgart/, Mart Stamm /Rotterdam/, Bruno Taut /Berlin/ und Max Taut /Berlin/. ◊ Die *Schaufensterdekoration* macht sich neuerdings das Prinzip der Drehbühne zu eigen. In den Schaufenstern eines Berliner Konfektionsgeschäfts zeigt eine derartige elektrisch bewegte Drehbühne in regelmäßigem Wechsel gleichzeitig 4 verschiedene Schaustellungen. ◊ Der Architekt und Bauingenieur *Martin Wagner* wurde zum Stadtbaurat von Berlin gewählt. Er ist als Organisator und Förderer des Wohnungsbaus bekannt geworden.

Literatur Der Blick aus der Vogelschau bot immer schon großes Interesse. Das Bestreben eine möglichst große Anschaulichkeit zu erreichen hat die alten Stadtplanzeichner veranlaßt, wichtige Bauten, ja sogar das ganze Stadtbild mit Türmen und Toren, Mauern und Bastionen von oben gesehen zeichnerisch darzustellen. Die Neuzeit mit ihrem Bestreben nach Exaktheit benutzte die flächenhafte Horizontalprojektion zu ihren Planzeichnungen. Diese ermöglichten zwar eine maßstäbliche Genauigkeit, entbehrten aber ganz jener Anschaulichkeit. Diesen Mangel beseitigt das Luftbild. Durch die Photogrammetrie erlangt es auch jene maßstäbliche Exaktheit, die für seine Brauchbarkeit als Plan Voraussetzung ist. Im Gegensatz zum Kartenbild, das seiner Darstellungsart wegen typisieren und andeutende Kennzeichen anwenden muß, gibt das Luftbild die Wirklichkeit in voller Naturwahrheit. Darüber hinaus hat es uns die Landschaft von einem neuen Standpunkt aus schätzen gelehrt. Diesem Sondergebiet des Luftbilds ist ein Buch *Deutschland aus der Vogelschau* gewidmet, das Erich Ewald und Heinrich de Fries in Gemeinschaft mit dem Deutschen Werkbund und der Deutschen Gesellschaft für Städtebau und Landesplanung herausgegeben haben /Berlin, Otto Stollberg & Co./.